Montag, 20. Januar 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 16 - 4.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Verhandlungen: Japan und die Sowjetunion wollen die Verhandlungen über einen Friedensvertrag wiederaufnehmen, die seit mehr als einem Jahrzehnt wegen des Streits um die von den Sowjets bei Kriegsende besetzten südlichen Kurileninseln unterbrochen waren. Eine entsprechende Vereinbarung wurde während des Japan-Besuschs von UdSSR-Außenminister Schewardnadse getroffen. (S. 8)

Kanzler-Interview: US-Präsident Reagans Kranzniederlegung auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg hat nach Ansicht von Kanzler Kohl einen bedeutsamen Beitrag „zum Zusammenbruch der antiamerikanischen Welle" in der Bundesrepublik geleistet. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen bezeichnete er in einem Interview der „New York Times" als „exzellent". (S. 8)

Jubiläum: Vor mehr als 300 Vertretern der Tourismusbranche aus allen Teilen der Bundesrepublik hat der Berliner Senat das erste vollständige Programm für die 750-Jahr-Feier der Stadt im nächsten Jahr vorgestellt. (S. 4)

Europa: In Ankara mehren sich die Hinweise, daß die Türkei in absehbarer Zeit die Vollmitgliedschaft in der EG in aller Form beantragen will. Nicht ausgeschlossen wird, daß der Antrag noch 1986 eingereicht wird. (S. 5)

Kritik aus Teheran: Iran hat wegen der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Spanien und Israel seinen Botschafter in Madrid zu Konsultationen nach Hause beordert. Die Aufnahme der Beziehungen mit Israel stelle eine Beleidigung für Moslems dar. Kritisch äußerten sich auch die Arabische Liga und die Organisation für die Einheit Afrikas.

Terrorismus: Nach den jüngsten Terroranschlägen führt Italien wieder den Visumzwang für Tunesien, Algerien und Marokko ein, mit denen der Reiseverkehr seit Jahren liberalisiert war.

Kämpfe: Libanon steht möglicherweise am Anfang einer neuen Runde des Bürgerkriegs. Nördlich und östlich von Beirut tobten am Wochenende wieder Kämpfe zwischen Anhängern und Gegnern des christlichen Staatspräsidenten Gemayel. Der Justizminister der Koalitionsregierung, Schiitenführer Berri, rief zum Sturz Gemayels auf, den er den „Nero Libanons" nannte. (S. 5)

Südafrika: Eine alte Stammesfehde zwischen Zulus und Pondos führte zu einer regelrechten Schlacht auf dem Gelände eines Goldbergwerks westlich von Johannesburg. Als die Polizei die 2000 mit Messern und Eisenstangen bewaffneten Kämpfer getrennt hatte, wurden sieben Tote und 45 Verletzte gezählt.

Sterbehilfe – ja oder nein?

Kann und darf der Arzt einen Patienten erlösen, der an einer unheilbaren, mit großen Schmerzen verbundenen Krankheit leidet? Nach Veronica Carstens nimmt in der WELT heute Bundesjustizminister Hans Engelhard Stellung. Der Minister: „Wer als Arzt passive Sterbehilfe leistet, braucht den Staatsanwalt nicht zu fürchten." Seite 4

WIRTSCHAFT

Mahnung: Die EG-Staaten und die USA haben Japan eindringlich aufgefordert, die Einfuhr von Gütern aus den Partnerländern noch weit über das gegenwärtige Maß hinaus zu steigern. Auf einer Konferenz von Vertretern der wichtigsten Wirtschaftsmächte in Coronado (Kalifornien) sagte der Vizepräsident der EG-Kommission, Willy Declercq: „Die Japaner sollten wissen, daß die Ungeduld wächst. Die Unzufriedenheit ist echt." (S. 9)

Länderfinanzausgleich: Von einer Benachteiligung Nordrhein-Westfalens bei der Lastenverteilung aus der Kohlepolitik, über die NRW-Finanzminister Posser geklagt hatte, kann nach Angaben des Staatssekretärs im Bonner Wirtschaftsministerium, Grüner, „nicht die Rede sein". (S. 9)

US-Aktien: Die Märkte haben wieder Tritt gefaßt. In der vergangenen Woche konnten die hohen Vorwochenverluste zu zwei Drittel aufgeholt werden. (S. 9)

Flughäfen: Großbritannien soll das erste Land der Welt werden, dessen Flughäfen private Unternehmungen sind. Noch in diesem Jahr soll nach einem jetzt veröffentlichten Gesetz die britische Flughafen-Behörde, zu der sieben Flughäfen gehören, in eine Holding-Gesellschaft umgewandelt werden, die 1987 dann an der Börse verkauft wird. (S. 10)

KULTUR

Schriftsteller: So turbulent, wie der 48. Internationale Kongreß der Schriftstellervereinigung PEN-Club in New York begonnen hatte, war auch der Abschluß. Weibliche Delegierte verließen nach heftigem Wortwechsel den Saal, weil sie sich von ihren männlichen Kollegen diskriminiert fühlten. (S. 15)

Malerei: In einer großen Werkschau präsentiert die Düsseldorfer Kunsthalle das Werk des 1961 von Dresden übergesiedelten Malers Gerhard Richter. Die Ausstellung mit ihrer überlegten Ordnung und glücklichen Auswahl macht es zu einem reinen Vergnügen, Richters kurvenreichen Denkpfaden zu folgen. (S. 15)

SPORT

Ski Alpin: Michaela Gerg aus Lenggries belegte beim Weltcup-Riesenslalom in Oberstaufen den zweiten Platz. Es siegte Vreni Schneider (Schweiz). (S. 13)

Fußball: In einem Nachholspiel vom 17. Bundesliga-Spieltag gelang dem Aufsteiger 1. FC Nürnberg bei Waldhof Mannheim ein überraschender 1:0-Erfolg. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Luftfahrt-Unglück: Beim Absturz einer „Caravelle" im Norden Guatemalas sind alle 91 Menschen an Bord, darunter 28 Ausländer, ums Leben gekommen. In der Maschine befanden sich vorwiegend Touristen, die die Maya-Ruinen von Tikal besuchen wollten. Kurz vor der Landung prallte sie gegen einen Berg und explodierte.

Sammy Drechsel: Der Kabarettist und Sportreporter ist im Alter von 60 Jahren in München gestorben. Drechsel war nach zwei Herzinfarkten Ende November operiert worden, hatte sich jedoch nicht wieder richtig erholt. (S. 16)

Wetter: Wechselnd bewölkt, regnerisch. Bis 8 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Sozialausschüsse dringen auf Änderung des Blüm-Entwurfs

Der Arbeitsminister zur WELT: Offen für Verbesserungsvorschläge

P. PHILIPPS / M. SCHELL, Bonn

Die CDU-Sozialausschüsse (CDA) haben sich am Wochenende auf einen Kompromiß zur Änderung des Streikparagraphen 116 geeinigt und damit ihre Handlungsfähigkeit gewahrt. Aber Arbeitsminister Norbert Blüm wurde kein grünes Licht für seinen bisherigen Gesetzentwurf gegeben, sondern in einer einstimmig (auch von Blüm) beschlossenen Resolution wird die „Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion" aufgefordert, „im Gesetzgebungsverfahren sicherzustellen, daß die gültige Rechtslage zur Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit auch unter veränderten technologischen Bedingungen erhalten bleibt und nicht zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften verändert wird". Im Klartext: Die CDA verlangt eine Änderung des Entwurfs zum Paragraphen 116 AFG. Blüm konnte sich weder im CDA-Bundesvorstand noch während einer Funktionärskonferenz mit der Auffassung durchsetzen, daß der „Franke-Erlaß" über die Nicht-Zahlung von Geldern an mittelbar vom Streik Betroffene die Rechtslage nicht verschlechtere.

Irmgard Blättel, Vorstandsmitglied der CDU-Sozialausschüsse und Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, hat nach den Wochenend-Konferenzen angekündigt: „Der Kampf geht weiter." Im Gespräch mit der WELT sagte die christdemokratische Gewerkschafterin: „Der Kampf in der Fraktion, der Kampf in der CDU und dann die Auseinandersetzung zwischen CDU und FDP sowie Arbeitgebern wird weiterhin hart sein." Sie sei „ganz sicher, daß die ganz überwiegende Mehrheit" der CDA-Funktionäre „voll mit dem DGB in dieser Sache marschiert. Und wir sind entschlossen, für unsere Position zu kämpfen."

Die CDU-Sozialausschüsse würden „gespalten, wenn das Gesetz in der Legalisierung des Franke-Erlasses" bestünde. Wenn es dabei bliebe, „dann wird der Gegenwind zum Sturmwind". Die CDA lasse sich „nicht auseinanderdividieren". Und sie warnte die Parteiführung: „Eine CDU ohne Sozialausschüsse ist keine Volkspartei mehr. Und das soll die CDU sich merken und auch Besonnenheit zeigen und da nachgeben."

Für Blüm ist hingegen das wichtigste Ergebnis, „daß die Sozialausschüsse auf die Linie gehen, das Gesetz muß durchgezogen werden. Damit ist die Strategie der IG Metall, das Gesetz muß weg, jedenfalls von den Sozialausschüssen nicht bestätigt worden." Blüm nahm die CDA-Hauptforderung auf und kündigte an, daß „ich offen bin für Verbesserungsvorschläge". Es werde nach der ersten Lesung ein Hearing geben. Dann sollten die „konkreten" Änderungswünsche vorgetragen werden: „Mit Absichtserklärungen kann der Gesetzgeber nichts anfangen."

Die Richtung, in die Blüm denkt, schälte sich am Wochenende deutlich heraus: Die Rechte der Betriebsräte bei Stillegungen als mittelbarer Streikfolge sollen gestärkt werden. Der CDU/CSU-Fraktionsvize Adolf Müller-Remscheid ergänzte in der „Bild"-Zeitung: „Wir werden überlegen, ob Aussperrungen durch die Arbeitgeber generell von der Zustimmung des Betriebsrates abhängig gemacht werden."

Für CDA-Hauptgeschäftsführer Hoersken „ging es am Wochenende um die Einheit der CDA". Blüm legte „noch eine Schütte drauf: Mit jeder Unverschämtheit der IG Metall ist unser Handlungsbedarf gewachsen. Gegen Diffamierungen gehe ich nie in die Knie. Ich hoffe, daß der sachliche Abschnitt der Diskussion begonnen hat".

DER KOMMENTAR

Lehrstück Aden

PETER MEYER-RANKE

Die Welt ist zum ersten Mal Zeuge, wie die Sowjets in einer ihrer überseeischen Kolonien Krisen-Management zu treiben versuchen. Hunderte von Toten hat der zum Bürgerkrieg ausgeartete Machtkampf im Südjemen schon gekostet, die sowjetische Vermittlung ist gescheitert. So blieb den sowjetischen Militärs und Funktionären nichts übrig, als gemeinsam mit westeuropäischen Staaten die verschreckten Zivilisten aus dem Land zu bringen. Auch das ein seltenes Ereignis: Sowjetbürger müssen aus ihrem Stützpunkt Aden fliehen.

Aber Aden bleibt Sowjet-Basis. Dieses wichtige militärische Zentrum zwischen Arabien und Afrika räumen die Sowjets nicht, wie immer auch die Kämpfe zwischen der zerfallenen arabischen Streitmacht, unter den kommunistischen Milizen oder den Stämmen im Hinterland ausgehen mögen. Falls, wie jüngste Berichte behaupten, die Gegner des Präsidenten Ali Nasser Mohammed sich durchgesetzt haben, während er im Ausland Beistand zu organisieren hofft oder geflohen ist, dann haben ohnehin Moskaus radikale Parteigänger gesiegt.

Mit oder ohne Eingreifen der rund zweitausend sowjetischen Soldaten in Aden? Meldungen besagen, daß sowjetische Militärs zeitweise auf beiden Seiten in die Kämpfe verwickelt waren. Möglicherweise haben sie zum „Endsieg" ihrer Genossen beigetragen, nachdem Moskau ein Machtwort gesprochen hatte. Es wäre dann wie in Kabul 1979: im Streit der marxistischen Fraktionen anderer Länder entscheidet Moskau durch Waffeneinsatz und Rote Armee.

Der arabische Herrscher über den Südjemen muß jetzt mit scharfer sowjetischer Kontrolle rechnen, denn Moskau braucht einen sicheren Stützpunkt und will in dem gebirgigen Land kein zweites Afghanistan. Für die angrenzenden Araber-Staaten aber ist das alles eine Lehre, wie es jenen ergeht, die die Sowjets zu „Freunden" haben.

Wurde Südjemens Präsident abgesetzt?

Der Norden meldet Waffenstillstand / Marxistische Rebellen sprechen von Sieg

DW. Manama

Sieben Tage nach Ausbruch der Kämpfe in Südjemen hieß es in einer über Radio Aden verbreiteten Erklärung der aufständischen Truppeneinheiten gestern, der proarabische Präsident Ali Nasser Mohammed sei abgesetzt worden. Eine „kollektive Führung" der Sozialistischen Südjemenitischen Partei (YSP) habe die Streitkräfte angewiesen, „ein weiteres Blutbad" zu verhindern.

Nach Informationen der Golf-Nachrichtenagentur GNA sollen 9000 Menschen bei den bürgerkriegsähnlichen Gefechten getötet oder verwundet worden sein. Präsident Mohammed wurde in der Erklärung beschuldigt, er habe versucht, die Mitglieder des Politbüros zu ermorden und eine Alleinherrschaft zu errichten. „Unsere militärischen Kräfte haben die Lage unter Kontrolle", behaupteten die radikal-marxistischen Rebellen.

Das Schicksal des Präsidenten Mohammed blieb ungewiß. Der israelische Rundfunk berichtete am späten Samstagabend unter Berufung auf einen Abhörspezialisten, der Präsident sei mit seinem Flugzeug in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba eingetroffen. Dies wurde dort jedoch nicht bestätigt. Der Bruder des Präsidenten dementierte Meldungen über die angebliche Flucht Mohammeds nach Addis Abeba.

Die beiden kriegführenden Parteien sollen nach Angaben des staatlichen Rundfunks von Nordjemen einen sowjetischen Friedensplan akzeptiert haben, wonach sich die verfeindeten Truppeneinheiten zurückhalten sollen.

Laut Radio Nordjemen entspricht die Vereinbarung einem Waffenstillstandsplan, zu dem am Vortag der nordjemenitische Präsident, Ali Abdullah Saleh, aufgerufen hatte. Der Waffenstillstand sollte danach von Mitgliedern der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) überwacht werden. Die PLO unterhält in Aden ein Kontingent von etwa 1000 Palästinensern.

In einer Gemeinschaftsaktion von sowjetischen, britischen und französischen Schiffen sind nach französischen Rundfunkberichten von Sonntag insgesamt 2610 Ausländer nach Dschibuti am Horn von Afrika evakuiert worden. Die Mehrzahl der Geflüchteten sind Sowjetbürger und Osteuropäer.

Unter den Evakuierten sind der Geschäftsträger der Botschaft der Bundesrepublik in Aden sowie zehn weitere Deutsche. Fünf Westdeutsche sind nach Angaben des Geschäftsträgers noch im Land eingeschlossen. Nach seiner Kenntnis besteht für sie „keine unmittelbare Gefahr", da sie sich außerhalb der Kampfzonen befinden.

Gestern nahm die Jacht der britischen Königin Elisabeth II., „Britannia", wieder Kurs auf Aden, um erneut Flüchtlinge an Bord zu nehmen. Am Samstag hatte das Schiff bereits rund 400 Ausländer im Granatfeuer am Strand nahe Aden an Bord genommen.

Strauß antwortet Lambsdorff: Ein dummer Vorwurf

DW. Bonn

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) wehrt sich gegen den Vorwurf des früheren Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambdorff (FDP), daß sich in Teilen der Bundesrepublik Deutschland „neomerkantilistische Verhaltensweisen" breitmachten. Die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes beweise, daß in keinem Bundesland die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft konsequenter angewandt worden seien als in Bayern, schreibt Strauß in der WELT. „Deshalb gehört der Vorwurf des ‚Neomerkantilismus', wie er in jüngster Zeit von selbsternannten Hütern der Marktwirtschaft gegenüber Politikern der Union erhoben wurde, zu den dümmsten Aussprüchen, die in den letzten Jahrzehnten aus Politikermund zu hören waren."

Lambsdorff hatte seine Vorwürfe am 11. Januar in der WELT erhoben.

Seite 6: Diffamierung

Hardthöhe: Ermisch wird nicht abgelöst

ms. Bonn

„Staatssekretär Günter Ermisch ist nicht entlassen. Es gibt daher keinen Anlaß zu Spekulationen über seine Nachfolge." Mit dieser Erklärung reagierte das Bundesverteidigungsministertium auf eine Meldung im „Spiegel", wonach Minister Wörner „auf Drängen seiner Parteifreunde" Ermisch entlassen solle. Das Ministerium erklärte zudem, der Staatssekretär habe Anspruch darauf, daß seine Privatsphäre respektiert werde. Inoffiziell hieß es, Ermisch, der als beamteter Staatssekretär auch für die Dienstaufsicht über den Militärischen Abschirmdienst (MAD) zuständig ist, werde nicht abgelöst, weil „keine Verletzung" dienstlicher Obliegenheiten vorliege. Ermisch hat den Minister schon vor längerer Zeit über familiäre Probleme unterrichtet. Schon deshalb sei es absurd, von einem möglichen Erpressungsgrund zu sprechen.

Aus der EKD scharfe Kritik an Zeidler

Der Präsident des Verfassungsgerichts verteidigt sich: Wir haben ein weltliches Recht

DW. Bonn

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Wolfgang Zeidler, hat der Kirche das Recht abgesprochen, „aus ihrer Sicht zu bestimmen, wie die Rechtsordnung aussieht". Das Recht der Bundesrepublik Deutschland sei ein weltliches Recht, sagte Zeidler gestern im Deutschlandfunk. Damit wandte sich der Richter gegen die Kritik des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, Zeidler habe im Zusammenhang mit der Diskussion um das ungeborene Leben, Tötung auf Verlangen und die Gentechnologie ungeheuerliche und grundgesetzwidrige Äußerungen gemacht.

Die Kirche habe zwar „das Recht und darüber hinaus die Aufgabe, ihre Meinung in dieser Diskussion beizusteuern", sagte Zeidler. Die Gesetze in der Bundesrepublik würden allerdings „nicht von Kirchen verfaßt, sondern sind von dem weltlichen, vom irdischen Gesetzgeber zu verantworten".

Zeidler, der als Teilnehmer an einer „längeren Diskussion" (Bitburger Gespräche) das Verbot der Tötung auf Verlangen als inhuman bezeichnet und so Höffners Kritik herausgefordert hatte, räumte in dem Interview ein, daß es sich „um eine sehr kontroverse Materie" handelt. Sie stehe derzeit im Spannungsfgeld der juristischen Diskussion. Er verteidigte auch seine kritische Haltung zu der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über den Schwangerschaftsabbruch nach Paragraph 218 Strafgesetzbuch. Urteile dieses Gerichtes seien zwar verbindliche Entscheidungen, an die alle Staatsorgane gebunden seien. „Sie sind aber niemals ein Denkverbot", sagte Zeidler.

Die kritische Auseinandersetzung mit verfassungsgerichtlichen Entscheidungen sei „ein Erfordernis für die Weiterentwicklung des Rechts". Es werde auch, je älter das im 35. Jahr bestehende Verfassungsgericht werde, um so öfter „vorkommen, daß das Gericht seine eigenen Entscheidungen später aufgibt und nach einer Reihe von Jahren anders entscheidet".

Die Äußerungen Zeidlers wurden auch vom stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Hans-Gernot Jung (Kassel), kritisiert. Zeidler hatte den menschlichen Embryo als ein „himbeerähnliches Gebilde, eine wuchernde Substanz der ersten Stunde" bezeichnet. Auf einer CDU-Fachtagung zur Gentechnik sagte Jung in Kassel, diese Formulierung drücke Verachtung der sogenannten „subhumanen Natur" aus. Das „Gebilde" erscheine würdelos und entrechtet, vogelfrei zur Vernichtung oder zum Experiment. Bemerkenswert sei auch die Selbstverständlichkeit, mit der hier dem befruchteten Ei das Recht auf Existenz aberkannt werde, „obwohl wir gerade durch die biogenetische Forschung besser als alle früheren Generationen nun wissen, daß darin der ganze Mensch im Kern vorhanden ist".

Sind Zahnärzte die Kostentreiber?

DW. Bonn

Zwischen den Krankenkassen und der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung ist ein Konflikt ausgebrochen, der eine Schiedsverhandlung unter einem neutralen Gutachter erforderlich macht. Die erste Sitzung soll am 23. Januar stattfinden. Während die Kassen argumentieren, sie wollten gesundheitspolitische Fehlentwicklungen korrigieren, fühlen sich die Zahnärzte zu Unrecht als Kostentreiber an den Pranger gestellt. In Beiträgen für die WELT stellen der Vorsitzende des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen, Kurt Kaula, und der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, Wilfried Schad, die gegensätzlichen Standpunkte dar.

Seite 11: Rechentricks

Den Haag: Peres traf Gonzalez

DW. Den Haag

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres ist auf der ersten Station seiner zwölftägigen Europareise in Den Haag mit dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez zusammengetroffen. Anlaß des Treffens war die am Freitag vereinbarte Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Spanien und Israel.

Für Sonntag stand ferner ein Gespräch zwischen Peres und dem Leiter der Nahost-Abteilung im US-Außenministerium, Unterstaatssekretär Richard Murphy, auf dem Programm. Wie es hieß, will Murphy Peres vor allem über jüngste amerikanische Bemühungen um eine Förderung des Nahost-Friedensprozesses unterrichten. Am 26. Januar wird Peres in Bonn erwartet.

Sprint über den Checkpoint Charlie

DIETER DOSE, Berlin

Sonntag nachmittag am Berliner Ausländerübergang Checkpoint Charlie in der Friedrichstraße. Normaler Verkehr, auf der Ostseite normale Abfertigung der ein- und ausreisenden Fahrzeuge. Privatwagen, Omnibusse.

48 Stunden vorher hatte östlich der Mauer bei den „DDR"-Grenzposten helle Aufregung geherrscht. Denn zum ersten Mal seit Jahren ist einem Bewohner der „DDR" am Checkpoint Charlie die Flucht gelungen. Wie ein Sprinter jagte der 23jährige Ostberliner Fernmeldemonteur Andreas Bratke in die Freiheit. Unversehrt kam er auf der Westseite an. Ein Zollbeamter zog ihn in das Wachhaus. Auf der anderen Seite blieb ein entgeisterter Grenzsoldat zurück, der Bratke vergebens verfolgt hatte.

Der Flüchtling kannte sich am Checkpoint Charlie aus. Der Übergang wird auf der Ostseite von den „DDR"-Behörden „modernisiert" und teilweise überdacht. Seit Monaten wird dort gearbeitet. Aber die Baukolonnen werden so scharf bewacht, daß normalerweise jeder Fluchtversuch zum Scheitern verurteilt ist. Andreas Bratke gehörte zu den Fernmeldemonteuren, die die beim Umbau des Kontrollpunktes notwendig gewordenen Leitungsverlegungen vornahmen.

Rund 100 Meter hatte er im Laufschritt von seinem Arbeitsplatz bis zum westlichen Zollhäuschen zurückzulegen. Einen nach West-Berlin fahrenden Mercedes benutzte er zunächst als Deckung, die letzten 20 Meter aber befand sich der Flüchtling voll im Schußfeld der zahlreichen schwer bewaffneten Grenzposten (Grepos). Ein Grepo versuchte, Bratke aufzuhalten, ohne jedoch von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Bratke rannte an ihm vorbei, der Grepo hinterher. Kurz vor der Grenzmarkierung aber blieb der Verfolger stehen und kehrte um.

Zahlreiche Besucher am Checkpoint Charlie wurden Augenzeugen der Flucht. Die westlichen Zöllner nahmen Bratke, der am ganzen Körper zitterte und unter Schockwirkung stand, in Empfang. Sie veranlaßten, daß er in ein Krankenhaus überführt wurde. Dort bekam Bratke eine Beruhigungsspritze.

„Die letzten 20 Meter von der Mauer bis zum Zoll hatte ich Todesangst", berichtete der Flüchtling der Zeitung BZ. Schon einige Tage vor dem gelungenen Versuch habe er die Absicht zur Flucht gehabt – „damals traute ich mich jedoch nicht". Bratke, dessen Eltern und Geschwister im Ostberliner Neubaubezirk Marzahn wohnen, hofft, daß er bald wieder Arbeit als Fernmeldemonteur findet.

Am streng gesicherten Checkpoint Charlie hat es seit dem Mauerbau 1961 relativ wenige Fluchtversuche gegeben. Ähnlich wie jetzt Bratke – im Laufschritt – war 1961, drei Monate nach dem Mauerbau, dem Bildreporter einer Ostberliner Zeitung am Checkpoint die Flucht gelungen.

Der Flugzeugträger „Kreml" soll im Mittelmeer kreuzen

Ankara hat keine Einwände gegen Dardanellen-Durchfahrt

E. ANTONAROS, Istanbul

Die Fertigstellung des ersten klassischen Flugzeugträgers der Sowjets in einer Werft am Schwarzen Meer und die geplante Entsendung dieses Kriegsschiffes durch die Dardanellen ins Mittelmeer haben wieder die Diskussion darüber entfacht, inwieweit derartige Schiffe aufgrund der bestehenden Verträge diese Wasserwege überhaupt benutzen dürfen.

Wie erst jetzt bekannt wurde, ist das auf den Namen „Kreml" getaufte Kriegsschiff (Länge: 300 Meter, Wasserverdrängung: 90 000 Tonnen) vor etwa einem Monat auf der Nikolajew-Werft bei Odesssa vom Stapel gelaufen. Nach Angaben westlicher Militärkreise soll das Riesenschiff in etwa vier Jahren voll ausgestattet und operationsbereit sein. Höchstwahrscheinlich allerdings schon zu einem früheren Zeitpunkt soll es auf Wunsch der Kremlführung das Schwarze Meer in Richtung Mittelmeer verlassen.

Dagegen haben offenbar türkische Regierungs- und Militärspitzen nichts einzuwenden. Im türkischen Außenministerium ist zu hören, es sei selbstverständlich, daß dieses große Schiff nicht im Schwarzen Meer auf Dauer bleiben könne. Im übrigen habe Ankara nicht die Absicht, die Sowjetunion „nicht zuletzt aufgrund der gutnachbarschaftlichen Beziehungen auf bilateraler Ebene" durch eine Verweigerung dieser Durchfahrtrechte „unnötigerweise zu verärgern".

So verständisvoll die Türken mit den Sowjets umgehen, so sehr sperren sie sich allerdings – wie aus gut unterrichteten NATO-Kreisen verlautet – gegen die Idee, daß im Gegenzug ein Flugzeugträger oder ein größeres Kriegsschiff der Vereinigten Staaten oder eines anderen Staates des nordatlantischen Bündnisses die Dardanellen in Richtung Schwarzes Meer passieren darf. Dadurch könnten nach Ansicht von türkischen Regierungskreisen „zusätzliche Spannungselemente" entstehen, zumal das Schwarze Meer ein Binnenmeer sei. Daher sollten sich dort nur Kriegsschiffe der Anrainer-Staaten aufhalten. (SAD)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Minimax-Depesche

Von Peter Gillies

Es gibt politische Debatten, deren gewaltiger Nachhall den vergleichsweise winzigen Anlaß vergessen läßt und deshalb beim Publikum endzeitliche Dimensionen zu wecken vermag. Recht geschickt haben Gewerkschaften dieses Gesetz progressiver Mächtigkeit für sich ausgenutzt und mit Halbwahrem und Halbgarem aufgebläht, was zum Paragraphen 116 zu sagen ist. Information bleibt auf der Strecke.

Jede Lawine beginnt als Schneeball, manche werden freilich auch losgetreten. Erwägungen über Nutzen und Zeitpunkt dieser Debatte sind derzeit müßig, Information jedoch ist erforderlich. Es geht nicht um die „Aushöhlung des Streikrechts", um einen Klassenkampf von oben oder von sonstwo her, sondern um die Neutralität des Staates beim Arbeitskampf. Nicht einmal sie ist umstritten, sondern lediglich eine ihrer Nebenbedingungen, die Zahlung staatlicher Unterstützung an Arbeitnehmer außerhalb eines Streikgebietes.

Zutreffend haben Gewerkschaftler die Sozialausschüsse der CDU als Druckpunkt ausgemacht. Sie sind (oder gelten) als Scharnier einer Volkspartei zur Arbeitnehmerschaft. Kompromisse zwischen de Flügeln tendieren deshalb naturgemäß zum kleinsten Nenner. Kein Unionspolitiker braucht sich deshalb über die nicht gerade inhaltsschwere Formel zu grämen, man sei allseits offen für Verbesserungen. Interessanter wäre da schon eine Erläuterung, was es bedeutet, die CDA wolle keine Gesetzesformulierung zu Lasten der Arbeitnehmer zulassen. Dient es den wohlverstandenen Interessen der Arbeitnehmer, wenn die Regierung den Gewerkschaften nachgibt und ihren stärkeren Zugriff in staatliche Kassen sanktioniert?

Das höherwertige Gut ist doch wohl die langfristige Machtbalance der Gruppen, mit ihr letztlich die Tarifautonomie. Hier muß das Interesse der Arbeitnehmerschaft liegen; es enthält die Aufforderung, durch präzise, verständliche und unaufgeregte Information die öffentlichen Aufblähungen anzustechen, damit sie in sich zusammenfallen. Das Regierungslager hat es bisher zugelassen, daß die Änderung des Paragraphen nach Art der Emser Depesche redigiert wird. Die folgenden öffentlichen Anhörungen und die weitere Behandlung im Parlament bieten Gelegenheit, Versäumtes nachzuholen.

Neu-Orientierung

Von Michael Jach

Niedersachsens Kultusminister Oschatz kommt mit seiner Entscheidung zur Orientierungstufe den Forderungen der Eltern- und Lehrerverbände ein gutes Stück entgegen, auch wenn die Verbände immer noch am liebsten die Wiederherstellung des dreigliedrigen Schulsystems hätten. Die Orientierungstufe war 1976 von der Regierung Albrecht als Erbstück der vorausgegangenen SPD-Regierung übernommen und von Albrechts erstem Kultusminister Werner Remmers flächendeckend eingeführt worden.

Damals hatte die CDU behauptet, man könne aus den einmal eingeleiteten Schulstrukturprozessen nicht mehr heraus. In Wahrheit wollte Remmers die FDP auf die Seite der (zunächst) Minderheitsregierung Albrecht ziehen. Die FDP bestand damals noch auf der Orientierungsstufe. So setzte Remmers sich über die Gegner dieses Systems hinweg, ungeachtet dessen, daß die Eltern- und Lehrerverbände ein gut Teil der Wähler ausmachten, die der Regierung Albrecht 1978 zu ihrem ersten Wahlsieg verhalfen.

Die Verärgerung über diesen „Verrat" sitzt bis heute tief. Auf dem letzten Landesparteitag der CDU im Frühjahr in Oldenburg wurde das Thema mit Mühe vom Tisch gebracht. Daß die Partei endlich die Notwendigkeit zum Handeln erkennt, um einen maßgeblichen Teil ihrer Wähler vor der Landtagswahl wenigstens teilweise zufrieden zu stellen, muß allerdings nicht allein auf pädagogische Einsicht oder gar auf geistigen Führungswillen zurückgehen. Denn mittlerweile ist die FDP, die Remmers zur Unterwerfung zwang, ganz anderer Meinung. Die Pläne von Oschatz decken sich weitgehend mit Absichtserklärungen liberaler Schulpolitiker zur Zukunft der Orientierungsstufe.

Natürlich hat hier die FDP Konjunktur gewittert und darauf spekuliert, verärgerte Wähler aus dem bürgerlichen Lager auf ihre Seite ziehen zu können. Man wird sehen, ob Oschatz dies Kalkül durchkreuzt hat. Ein interessantes Beispiel dafür, wie Parteipolitik auf dem Rücken von Kindern ausgetragen werden kann, ist der Fall allemal – aber auch dafür, wie man einer Partei warm machen kann, wenn sie auf Opportunismus setzt.

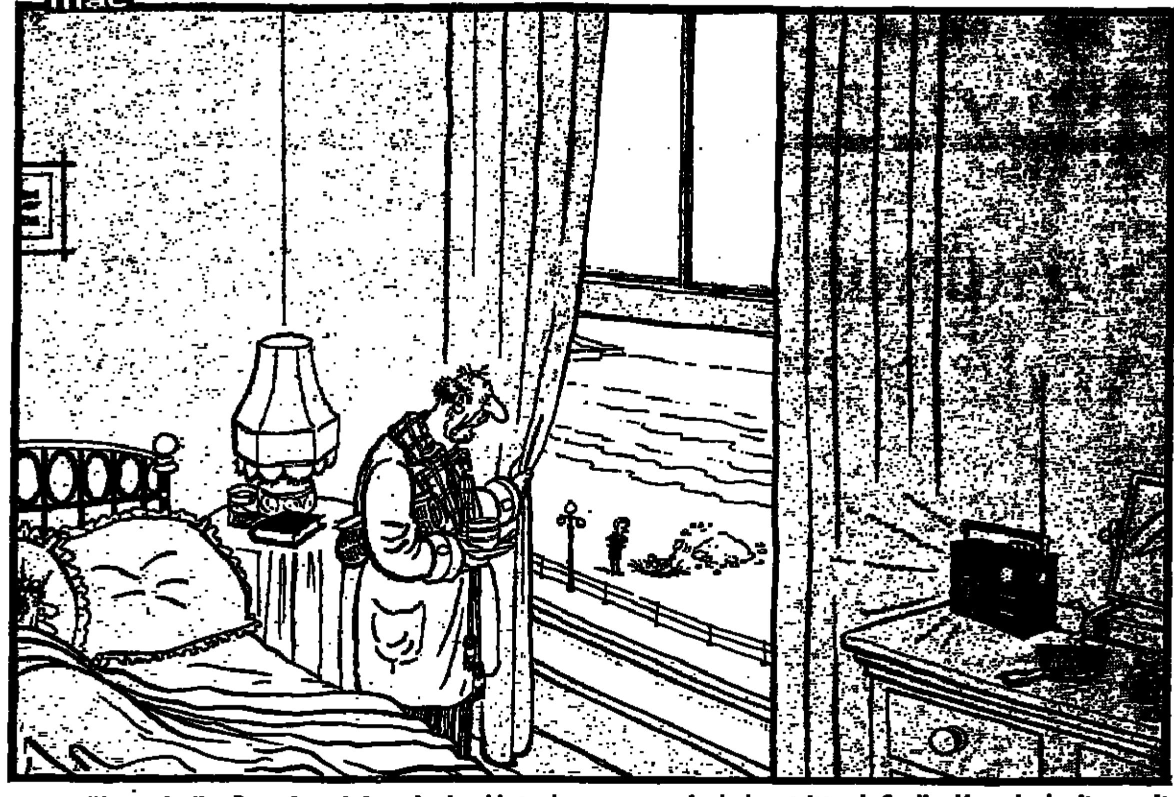
Kurilen-Konzession

Von Enno v. Loewenstern

Eduard Schewardnadses Versuch, bei einem Tokio-Besuch Zwietracht zwischen Japaner und Amerikaner zu säen, hat ihn eine interessante Konzession gekostet. Er hat den Japanern indirekt – durch Bezug auf ein sowjetisch-japanisches Kommuniqué von 1973 – zugestanden, daß sie weiterhin die Kurilen-Frage als „ungelöstes Problem" betrachten und sie in die Verhandlungen über einen Friedensvertrag einbringen dürfen (bis heute ist kein Friedensvertrag zwischen Japan und der UdSSR über ihren Fünftagekrieg vom August 1945 geschlossen worden).

Gewiß erklärte der sowjetische Außenminister gleichzeitig, daß Moskau seinen Standpunkt nicht geändert habe und die 1945 als Kriegsbeute annektierten vier Inseln nicht zurückgeben wolle. Aber die Sowjets haben einem der Kriegsverlierer von 1945 zugestanden, daß er auf der Revision der „Nachkriegsordnung" bestehen dürfe, ohne daß er als Revanchist eingestuft wird. Die japanische Haltung unterscheidet sich auffällig von Tendenzen am anderen Ende des Globus, beflissen eine „politische Bindewirkung" des territorialen status quo zu bestätigen. Der Erfolg auch. Ohne Zweifel ist Schewardnadse mit dem Gefühl heimgekehrt, es nicht mit einem Staat minderen Selbstwertgefühls zu tun gehabt zu haben.

Der Fall der vier Kurilen-Inseln wird in Deutschland zumal deshalb ungern diskutiert, weil er ein peinliches Schlaglicht auf eine beliebte hiesige Deutung wirft: daß nämlich die Annexion deutschen Territoriums nach 1945 die gerechte Strafe für deutsche Annexionen vor 1945 gewesen sei. Japan hat auch Expansion betrieben, aber es hat die UdSSR nicht angegriffen. Moskau selbst wagt nicht, die Wegnahme der vier Inseln strafrechtlich zu begründen. Sie erfolgte aus keinem anderen Grunde als dem, daß Japan sich nicht dagegen wehren konnte. Ebenso verhält es sich in Afghanistan, mit der Annexion Lembergs und Wilnas und allen sonstigen Zugriffen: was die Sowjetunion erobern konnte, hat sie erobert; dabei hat sie nie nach *Schuld und Sühne* gefragt, sondern allein nach Stärke oder Schwäche.



„... während die Premierministerin im Unterhaus energisch bestritt, daß die Kanalarbeiten mit übermäßiger Hast vorangetrieben würden." MAC

Besserwissers Auftritt

Von Peter Dittmar

Der deutsche Dichter G. hat verkündet: „Und es mag am deutschen Wesen / Einmal noch die Welt genesen". Ein anderer deutscher Dichter G. mag dieses Wort zwar nicht, aber seinen Inhalt hat er sich zur Maxime erwählt. Günter Grass gibt sich als der *praeceptor* nicht nur *germaniae*, sondern mundi, wobei er das „mag" aus Geibels Gedicht in ein kategorisches „soll" umwandelt.

Wenn dieser Tage die Zeitungen in Amerika sich ausgiebig mit deutschen Selbstdarstellungen beschäftigten, so haben wir das Günter Grass zu verdanken. Nur waren die Kommentare über die Auftritte des Schriftstellers auf der Jahrestagung des Internationalen PEN in New York alles andere als schmeichelhaft. Denn der deutsche Dichter G. belehrte seine Kollegen vom Katheder herab, was sie zu denken, was sie zu tun hätten. Danach wäre die erste Pflicht des Poeten, nichts, wenn nichts Schlechtes über die Vereinigten Staaten, aber auch nichts, wenn nichts Gutes über die sozialistischen und kommunistischen Regime zu sagen. Grass, so schien es, wollte alle Vorurteile über deutsche Besserwisserei und Grobheit bestätigen. Denn wer auch nur ein freundliches Wort über Amerika sagte, durfte mit einer zornigen Replik rechnen.

Weil der amerikanische Außenminister Shultz bei der Eröffnung des Kongresses ein paar Worte sagen durfte, fühlte Grass sich „schockiert". Er sei nicht nach New York gekommen, um sich diese „Lektion über die Literatur und die Freiheit" anzuhören, donnerte er. Und wenig später erteilte er Saul Bellow seine „Lektion", denn der amerikanische Nobelpreisträger hatte die Lebensverhältnisse in den Vereinigten Staaten gelobt. Grass wußte es besser. Er dozierte über die Armut in den USA und gleich auch noch über Washingtons Politik in Lateinamerika.

Das Thema nahm er wenig später in einer Entgegnung auf die Rede von Mario Vargas Llosa auf. Der peruanische Schriftsteller hatte erklärt: „Ich glaube nicht, daß die meisten Schriftsteller mit der Mehrheit der Menschen in Südamerika, die eine Demokratie wollen, übereinstimmen," weil die Dichter in ihrer Mehrzahl autoritäre Linksregierungen befürworteten. Ein Beispiel sei der kolumbianische Nobelpreisträger Gabriel Garcia Marques, den Vargas Llosa als „Kurtisane" Fidel Castros bezeichnete. Worauf Grass lamentierte, wenn er das höre, verliere er jede Hoffnung. Auch Susan Sonntag wurde eine *Grass-Sentenz* zuteil, als sie über den Wert von Utopien sprach. Sie erfuhr, daß Kapitalismus wie Kommunismus beides Utopien seien, der Kapitalismus aber gewiß nicht die bessere.

Dagegen mischte sich Grass nicht ein, als der umstrittene Generaldirektor der Unesco, Amadou Mahtar M'Bow, als Förderer der Schriftsteller auftrat, obwohl er sie mit der „Neuen Informations-Ordnung" an die Kette legen möchte. Von Grass war nichts zu hören, als Arthur Miller, René Tavernier und Wassilij Aksjonow auf das Schicksal der Schriftsteller in der Sowjetunion aufmerksam machten. Auch hatte Grass nichts gegen Auftritte von Politikern (Bruno Kreisky, Pierre Trudeau und der gescheiterte Präsidentschaftskandidat George McGovern) zur Palästinenserfrage. Kein Wunder, daß die „New York Times" angesichts dieser „aufgesetzten Tugend", dieser „Gemeinplätze in der Sprache und den Gedanken" bei Grass, aber auch bei Nadine Gordimer und Allen Ginsberg, sich an eine „Anti-Atom-Versammlung" erinnert fühlte.


Den Amerikanern vorgeschrieben, wie sie ihr Land zu sehen haben: Grass FOTO: RABANUS

Grass schaffte es, eine Anzahl bedeutender Schriftsteller, die alles andere als „Rechte" und Reagan-Anhänger sind, zum Lobe Amerikas und seiner Freiheiten herauszufordern. Saul Bellow erwiderte auf Grass' Verkündung der „Aufgaben" des Schriftstellers: „Wir haben keine ‚Aufgaben', wir haben Inspirationen". Und der polnische Autor Adam Zagajewski hielt allen, die versuchten, aus der PEN-Tagung ein politisches Tribunal gegen Amerika zu machen, entgegen: „Wir sind hier als Schriftsteller, nicht als Sozialarbeiter."

Offenbar neigen solche Mammutveranstaltungen zu groben Vereinfachungen. Die häufige Gleichsetzung der „Supermächte", wobei kein Unterschied zwischen den Verhältnissen in der Sowjetunion und in den USA gemacht wurde, war in New York eines der Beispiele dafür. Diese Redner be*griffen nicht* oder *wollten nicht* begreifen, daß die amerikanische Regierung jeden Eingeladenen hatte einreisen lassen, ob Kommunist oder nicht, während die Sowjetunion eine Teilnahme ihres Schriftstellerverbandes ablehnte, weil auch Emigranten aus Rußland zu Wort kommen sollten.

Es blieb dem israelischen Autor Amos Oz – auch er eher ein Linker und zu Hause wegen seiner scharfen Kritik an der Politik des Landes gefürchtet – vorbehalten, seinen Kollegen in Erinnerung rufen, daß, wer die unterschiedlichen Stufen des Bösen nicht erkenne, zu einem Diener des Bösen werde. „Unser Beruf ist es, zu differenzieren," mahnte Oz. Das war unverkennbar gegen Redner wie Günter Grass gerichtet, der ein Szenario vom „Staat" entwarf, wonach dessen (des Staates) Phantasie die Schreckensvisionen eines Franz Kafka übertroffen habe. Den „Konkurs der Ideologien", von dem Grass die Gegenwart beherrscht sieht, hat er selbst noch nicht zur Kenntnis genommen. So bleibt die Hoffnung, daß die Amerikaner von Grass nicht auf „die" Deutschen schließen. Ihm können sie mit Lessing sagen: „So geh, du deutscher Bär! So geh!".

IM GESPRÄCH Wilfried Schad

Um den Mercedes im Mund

Von Peter Jentsch


Er fährt ein bescheidenes Auto: Zahnärzte-Vorsitzender Schad FOTO: DIE WELT

Er wirkt wie einer, der niemandem weh tun kann. Einem solchen Zahnarzt vertraut man sich gern an. Allerdings findet, wer sich ihm anvertrauen will, ihn nicht nach Belieben vor. Denn Wilfried Schad ist allenfalls zwei bis drei Tage einer Woche in seiner Praxis tätig. In der restlichen Zeit vertritt ihn eine Kollegin.

Er vertritt unterdes die deutschen Zahnärzte in ihrem politisch höchsten und zur Zeit wohl auch schwierigsten Amt: Seit dem 10. Januar ist der 55jährige Darmstädter Zahnarzt Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV). In einer Kampfabstimmung siegte er gegen seinen Münchner Kollegen und Vorgänger Helmut Zedelmaier, dem seine Zunft in der Honorarpolitik zuviel Nachgiebigkeit gegenüber den Krankenkassen vorgeworfen hatte.

In diesem Amt stehen ihm harte Auseinandersetzungen mit den Krankenkassen um die Höhe des Honorars, um die Gebührenrelationen sowie um die Bestimmung des Leistungsrahmens bevor. Die Zahnärzte hoffen, mit dem einstigen Richter am Sozialgericht Frankfurt (1964 bis 1972) den richtigen Mann gefunden zu haben, ihr Hauptziel durchzusetzen: über das notwendige und funktionell ausreichende Maß hinausgehende prothetische Luxusleistungen nur noch durch einen Festzuschuß der Kassen abzugelten, im übrigen aber zwischen Versicherten und Zahnärzten direkt abzurechnen. „Ist es notwendig", fragt Schad, „daß sich jeder Kassenpatient auf Kosten der Solidargemeinschaft den ‚Mercedes im Mund' leisten kann?"

Man sagt Schad Verbindlichkeit in der Form, aber Härte in der Sache nach. Das Urteil rührt noch aus seiner Zeit als Vorsitzender des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (1978 bis 1981) her. Das Amt gab er auf, um sich seinen Patienten besser widmen zu können, weil er sich ohnehin schon berufspolitisch als Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hessen engagierte. Schad selbst sagt dazu: „Ehrlichkeit und Festigkeit, das wäre das, was ich hier für mich in Anspruch nehmen möchte."

Das sind keine hohlen Worte. Der Träger des Verdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland bleibt auch gegenüber den eigenen Reihen fest. Den Aufruf von Kollegen aus Nordrhein, die Zahnärzte müßten „schneller und schmerzhafter" arbeiten, würden ihnen kostenmäßig die Daumenschrauben angelegt, weist er zurück: „Davon distanziere ich mich ganz energisch."

Für die Glaubwürdigkeit des Mannes, der in seiner Praxis neben zwei Helferinnen eine Auszubildende beschäftigt, spricht auch sein Lebensstil. „Ich würde mir gern einen Mercedes mit ABS-System kaufen, damit ich auch bei Glatteis auf der Autobahn keine Probleme habe", sagt er. „Aber ich kann mir das nicht leisten, also bin ich mit dem zufrieden, was ich habe." Und das ist ein Japaner.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE FIGARO

Zu Aden heißt es in der Pariser Tageszeitung:

Die Sowjets wissen nicht mehr, wie sie in Aden dran sind. Am Montag *morgen haben sie eine Palastrevolu*tion angezettelt, damit Präsident Ali Nasser Mohammed gestürzt und der frühere Staatschef Ismail wieder an die Macht gebracht wird. Aber am Montag mittag haben die Sowjets gemerkt, daß Mohammed sich das nicht gefallen ließ. Nachdem Mohammed am Dienstag morgen die Lage wieder in der Hand zu haben schien, beschlossen die Sowjets schamlos, ihn voll zu unterstützen. Aber am Dienstag nachmittag unterstützte die politische Polizei, in der die härtesten Elemente der marxistischen Einheitspartei versammelt sind, zur allgemeinen Überraschung und insbesondere der der Sowjets, weiter die Anführer der „Rebellen". Am Donnerstag morgen, während die Kämpfe sich auf das ganze Land ausweiteten, hatte man sonderbarerweise sowjetische Berater sowohl auf der einen als auf der anderen Seite. Es ist der erste politische Eingriff Moskaus in der arabischen Welt seit der Machtübernahme Michail Gorbatschows im Kreml. Es scheint so, als ob er gegen jede Vernunft durchgeführt wurde, und wenn man die strategische Bedeutung des Südjemen für die UdSSR kennt, kann man sich die Wut des Kreml-Chefs vorstellen.

Kölnische Rundschau

Sie bemerkt zum Bonner Bittgang der „Neuen Heimat":

Beschädigt wurde auch die Idee der Gemeinnützigkeit. Sie vor allem hat Schaden genommen, und die Verantwortung dafür tragen allein die Gewerkschaftsfunktionäre. Es waren Gewerkschaften, die immer wieder mit dem Alarmruf von der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste angetreten sind. Und heute ist von über 18 Milliarden Mark Schulden der „Neuen Heimat" die Rede – Zahlungsverpflichtungen, die den DGB zum Bittgang nach Bonn veranlaßt haben.

RHEINISCHE POST

Die Düsseldorfer Zeitung meint zu den jüngsten Gewalt-Vorfällen:

Zwar distanzieren sich Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer von der Gewalt als Mittel der Politik. Aber diese Distanzierung wird zur hohlen, nichtssagenden Redensart, wenn – wie auch gestern wieder im Bundestag – Verständnis für die Gewalttäter, zumindest für deren Motive nachgeschoben wird.

Badische Zeitung

Zu den Sozialausschüssen äußert sich das Freiburger Blatt:

Wenn der DGB darauf hoffen sollte, die Sozialausschüsse der Union könnten das umstrittene Gesetz zum sogenannten Streikrechtsparagraphen 116 zu Fall bringen, dann täuscht er sich. Denn bei allen Schwierigkeiten, in die Sozialausschüsse in ihrem Konflikt zwischen Koalitions- und Gewerkschaftstreue gekommen sind – zwischen ihrer Mehrheitsmeinung und der Forderung des DGB besteht eine unüberbrückbare Kluft.

Eine teure List von Genscher und Bangemann

Wieviel Schlitzohrigkeit kann Bonn den Amerikanern zumuten? / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Bangemanns Reise in die USA vermittelt den Eindruck, daß sich die Bonner Entscheidung über SDI langsam, sehr langsam, einer Beschlußlage nähert, die von vornherein feststand. Die Bundesrepublik Deutschland wird sich an SDI mit einem Rahmenvertrag beteiligen, der keine finanzielle Verpflichtung und damit auch keine inhaltliche Mitbestimmung vorsieht, aber Interessen unseres Staates, der Wissenschaft und der Wirtschaft wahrt. Offensichtlich ist es das politische Ziel, das Gebotene für die Sicherheit des Landes zu tun, aber gleichzeitig das Verhältnis zum politischen Osten so wenig wie möglich zu stören.

Dies ist nicht die ursprüngliche Gangart des Bundeskanzlers, sondern die seines Außenministers. Kohl weiß, daß seine Richtlinienkompetenz nur soviel wert ist wie seine Mehrheit im Parlament. Sorgsam hat er beobachtet, wie die FDP ihren Willen zu SDI immer eindeutiger an Genscher orientierte. Das heißt: Der deutsch-deutsche Handlungsspielraum soll unbedingt gewahrt bleiben; folglich darf SDI in Europa nicht das blockieren, was Genscher die realistische Entspannung nennt.

Es ist schwierig, sich den Kopf des gewieften Taktikers Genscher zu zerbrechen. Aber man kann davon ausgehen, daß der Außenminister keineswegs total gegen SDI eingestellt ist. Im Bundestag hat er gesagt, die „amerikanischen Forschungen" seien nach dem ABM-Vertrag zulässig und „angesichts der laufenden sowjetischen Anstrengungen auch gerechtfertigt". Besser noch als jeder andere Informierte weiß der besonders gut unterrichtete Außenminister:

1. SDI ist unabwendbar, denn es ist das entscheidende Pilotprogramm in der amerikanischen Kosmopolitik, die mit jener der Sowjetunion konkurriert. Die Geschichte von SDI beginnt nicht mit der Rede Präsident Reagans vom 23. März 1983, sondern 1957, als die Sowjetunion den Durchbruch bei den Fernraketen erzielte, in deren Reichweite Amerika liegt, und mit dem Sputnik-Schock (ebenfalls 1957).
2. SDI liegt in der Logik der Rüstungsentwicklung. Da die äußerste Drohung durch nukleare Offensiv-Waffen längst erreicht ist, wird der Drang unabweisbar, das Offensiv-System mit einem Defensiv-System zu überwinden.
3. Die Sowjets haben die amerikanische Grundidee für den ABM-Vertrag von 1972, der die Raketenabwehr strikt begrenzt, nicht akzeptiert. Statt die Balance eines von beiden Seiten respektierten Systems gegenseitig gesicherter Verwundbarkeit einzuhalten, rüsteten sie doppelt, bei ihren Offensiv-Waffen und zugleich bei der Abwehr amerikanischer Raketen. Reagans Antwort heißt SDI.
4. Die Sowjetunion hat eine Rakete (SA-X-12) entwickelt, die nach Meinung des US-Verteidigungsministeriums die in Europa stationierten Pershing-Raketen abfangen kann. Damit wird die heiß umkämpfte Nachrüstung der NATO unterlaufen. Im Gegenzug könnte eine europäische Komponente von SDI die sowjetischen SS-20-Raketen neutralisieren.

In Genf ist eine neue Runde der Raketen-Verhandlungen eingeläutet. Ist die Situation bei den Mittelstreckenraketen so, wie unter Punkt 4 dargelegt, dann macht es Sinn, daß Reagan und Gorbatschow während ihres Gipfeltreffens im November ein Interimsabkommen über diese Waffengattung ins Auge faßten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß gerade dieser Sachverhalt Genscher fasziniert. Denn hier ergibt sich die Verknüpfung mit der Orthodoxie, die das Auswärtige Amt seit Brandts Zeiten in der Entspannungsdiplomatie praktiziert.

Die *Instrumente dieser Diploma*tie – die verschiedenen Verhandlungsebenen zur Rüstungskontrolle und vor allem der KSZE-Prozeß – suggerieren den Europäern eine begrenzte Eigenständigkeit zwischen den beiden Supermächten und damit auch gewisse Möglichkeiten der Einwirkung auf die jeweilige Führungsmacht. Genscher wäre der letzte, der diesen Spielraum preisgäbe.

Das probate Rezept: Da Reagan SDI ohnehin vorantreibt, kann sich Bonn mit Maßen reserviert verhalten; zu wenig reserviert, um SDI zum kardinalen Streitobjekt im westlichen Bündnis zu machen, aber doch reserviert genug, um in Moskau gespannte Aufmerksamkeit zu wecken. Auf diese delikate Art könnte das Auswärtige Amt versuchen, sowohl in Washington als auch in Moskau Einfluß auf den großen West-Ost-Dialog zu nehmen, den Reagan just mit SDI in Gang gesetzt hat.

Die Frage ist, was Bonn der Schutzmacht an durchsichtiger Schlitzohrigkeit zumuten kann. Genschers Entspannungsorthodoxie ist die Politik der siebziger Jahre, die den Rüstungswettlauf eher begünstigt hat. Das Verharren in solcher Diplomatie wird seinen Preis haben. Unsere finanzielle Distanzierung von SDI gibt den Amerikanern den Weg frei zum Monopol auch in der Kosmopolitik, so wie sie es gemeinsam mit der Sowjetunion in der Nuklear-Politik schon betreiben (Nichtverbreitungsvertrag). Und je gewaltiger die SDI-Lasten werden, welche sich die USA auch im wohlverstandenen Interesse ihrer europäischen Verbündeten aufbürden, desto unabweislicher wird Washington die Frage nach dem Lastenausgleich im Bündnis stellen. Die Rechnungen für Genschers Finassieren werden Bonn noch präsentiert.

Schimmel, nicht die Klimaanlage macht krank

Von PETER JENTSCH

In der Bundesrepublik Deutschland arbeiten 2,5 Millionen Menschen in klimatisierten Räumen. Jeder fünfte von ihnen, so stellte jüngst eine Forschergruppe der Uni München in einer empirischen Untersuchung fest, klagt über Beschwerden. Sie sprechen vom Augenjucken, Fließschnupfen, bis hin zu Kopfschmerzen und Übelkeit. Machen Klimaanlagen krank?

Sie machen „nur Kranke krank", meinen die Allergologen Wolfgang Jorde und Martin Schata vom Asthma-Krankenhaus der Kamillianer in Mönchengladbach. Sie wiesen jetzt nach: „Nicht die Klimaanlage an sich macht krank; sie kann jedoch für Allergiker eine besondere Expositionsquelle darstellen."

Seit 1976 arbeitet die technische Zeichnerin Anneliese Sch. in einem Großraumbüro. Seither klagt sie über Fließschnupfen, Augenjucken und eine abnorme Müdigkeit am Arbeitsplatz. Die Symptome nahmen im Laufe der Jahre ständig zu. Nur an Wochenenden machten sich die Störungen kaum bemerkbar. Und auch in ihrem Urlaub fühlt sich die 41jährige „geradezu wie neugeboren – kein Schnupfen, kein Augenjucken, und schlapp und müde", sagt sie, „bin ich dort nie".

Mit seiner Beförderung in eine leitende Stellung begann für Bankkaufmann Ludwig T. der Leidensweg. Für seine ständigen Kopfschmerzen, Abgeschlagenheit und sein Augenjukken fanden aber weder Hausarzt noch Internist organische Ursachen. Ein Psychologe erklärte schließlich die Symptome mit einem „Stress-Syndrom". Seine Beförderung, so glaubte schließlich auch der 47jährige selbst, überfordere ihn. Dies um so mehr, als seine Beschwerden an Wochenenden kaum und im Urlaub nie auftraten. Ludwig T. schluckte Beruhigungspillen.

Genesung im Asthma-Krankenhaus

Als schließlich auch diese Pillen bei Ludwig T. keine Wirkung zeigen und sich bei Anneliese Sch. die Beschwerden weiter verstärken, lassen sich beide Patienten im Asthma-Krankenhaus der Kamillianer in Mönchengladbach untersuchen. Und in beiden Fällen finden die Ärzte Jorde und Schata eine Übereinstimmung: Mit seiner Beförderung wurde Ludwig T., seinem neuen Status entsprechend, in ein klimatisiertes Büro versetzt. Auch das Großraumbüro, in dem Anneliese Sch. seit 1976 arbeitet, ist vollklimatisiert. Im Hauttest reagieren beide Patienten auf verschiedene Schimmelpilze; bei einer nasalen und inhalativen Provokationstestung kommt es schließlich zur gleichen Symptomatik wie im Büro – die Ursache der ungewöhnlichen Beschwerden war gefunden. Und damit der Weg zur Heilung.

Beide Patienten wurden mit entsprechenden Allergenen hyposensibilisiert. Seither sind sie beschwerdefrei. Ludwig T. weiß nun, daß er mit seiner Beförderung nicht überfordert war.

Über zwei Jahre dauerten die Versuche

Mit Unterstützung des „Fördervereins Allergieforschung Mönchengladbach" haben Jorde und Schata von Juni 1983 bis September 1985 das Phänomen der Erkrankung durch Klimaanlagen an 130 Patienten im Alter zwischen 27 und 52 Jahren wissenschaftlich untersucht. Dabei inhalierten diese Patienten, bei denen aufgrund von Allergie-Hauttests der Verdacht auf eine Schimmelpilzallergie bestand, die jeweiligen Schimmelpilzextrakte. Jorde: „In 105 von 130 Fällen konnte eine aktuelle Sensibilisierung gegen Schimmelpilzallergene nachgewiesen werden. Das heißt, die Patienten klagten nach der Inhalation über die gleichen Symptome wie bei Aufenthalt in klimatisierten Räumen." Die Patienten wurden hyposensibilisiert, 53 von ihnen sind inzwischen beschwerdefrei, bei 52 wird die Hyposensibilisierung fortgesetzt.

Auch die Frage, warum Klimaanlagen für Allergiker eine Gefahr darstellen, haben Jorde und Schata beantwortet. Sie nutzten die seit knapp zwei Jahren in ihrem Krankenhaus betriebene Klimaanlage in Zusammenarbeit mit Professor Linskens vom Institut für experimentelle Ökologie der Universität Nijmegen/Niederlande zu mikrobiologischen Untersuchungen. Und sie wiesen nach, daß sowohl vor als auch hinter den zahlreichen Filtervorrichtungen der Anlage Schimmelpilze wachsen, die mit dem Luftstrom in die klimatisierten Räume transportiert oder deren Allergene in die Luft abgegeben werden.



Warten auf derbe Hausmannskost: Norbert Blüm, Irmgard Blättel und Ernst Breit FOTO: DPA

Die CDU-Gewerkschafter ließen Dampf ab, doch Unwohlsein bleibt

Zwei Tage lang versuchten die CDU-Sozialausschüsse am Wochenende ihre Einheit und Handlungsfähigkeit zu wahren. Die Debatte um den Streikparagraphen 116 hat sie in große Schwierigkeiten gebracht. Am Ende stand ein Kompromiß-Papier.

Von PETER PHILIPPS

Bei deftiger Hausmannskost im Hauptquartier der CDU-Sozialausschüsse (CDA) in Königswinter wurde auch DGB-Chef Ernst Breit sehr schnell deftig: „Du spaltest", warf er Norbert Blüm vor, wenn der jetzt vorliegende Gesetzentwurf zum Paragraphen 116 AFG realisiert würde. Doch beim „tabula rasa" von Gewerkschafter zu Gewerkschafter distanzierte sich der ehemalige Postler gegenüber dem IG-Metaller auch von den „Verbalinjurien", die insbesondere durch die Metall-Gewerkschafter „durch die Landschaft geistern". Hier in Königswinter, beim mehr familiären Treffen des geschäftsführenden DGB-Vorstands mit dem CDA-Vorstand, sollten „Information" und „Klarstellung" Trumpf sein.

Norbert Blüm, um passende Antworten nie verlegen, ergriff die Gelegenheit und ging vor allem Breit-Stellvertreter Gerd Muhr frontal an: Da vagabundiere ein Referenten-Entwurf aus der DGB-Zentrale durch die Lande über die Folgen des Gesetzentwurfs, in dem unter anderem drinstehe, daß in Zukunft an vom Streik mittelbar Betroffene überhaupt nicht mehr gezahlt werde. Der Punktsieger aus dem Arbeitsministerium freute sich noch Stunden später, daß „der DGB nicht anders konnte als zuzugeben, daß sein Referentenmaterial falsch ist. Und dann haben die sich damit herausgeredet, das wäre Altes." Blüm konterte: „Dann wollen wir zu Protokoll nehmen, daß also das Gesetz besser ist als das alte Referentenmaterial des DGB."

Doch das Scharmützel änderte nichts an der Tatsache, daß der Vorsitzende der Sozialausschüßler an diesem Wochenende einen schweren Stand hatte – beim viereinhalbstündigen Treffen mit dem DGB, beim anschließenden fast fünfeinhalbstündigen Konklave des CDA-Bundesvorstands und bei der etwa fünfstündigen Konferenz der CDA-Kreisvorstände am Samstag in der CDU-Parteizentrale. Am Ende konnte jedenfalls der neben einem sichtbar geschafften Blüm sitzende stellvertretende DGB-Vorsitzende und CDU-Vorzeige-Gewerkschafter Gustav Fehrenbach unwidersprochen feststellen: „Wenn viele in seiner Richtung argumentiert hätten, wäre der Norbert hier jetzt anders aufgetreten." Der Dissens im Kern war nur übertüncht worden, um die Einheit der Sozialausschüsse wahren zu können und Blüm nicht im Regen stehen zu lassen.

Bei allen drei Treffen ging es vor allem um zwei zentrale Fragen, in denen der Arbeitsminister jeweils gegen den Rest der DGB- und CDA-Welt kämpfte: ob überhaupt Handlungsbedarf für die Novellierung bestanden habe und wie der Franke-Erlaß über die Nichtzahlung von Geldern der Bundesanstalt für Arbeit an mittelbar vom Streik Betroffene zu bewerten sei. Ein merklich in die Enge getriebener Blüm, der während der Funktionärskonferenz auch ungewohnt schweigsam blieb, bat die DGB-Spitze fast flehentlich: „Ihr könnt doch von mir nicht verlangen, was ihr mit der SPD während deren Regierung nicht durchsetzen konntet!" Und er appellierte: „Wenn ihr zur Klarstellung die geltende Rechtslage ändern wollt, dann geht das in dieser Koalition nur mit den Sozialausschüssen." Breit versprach: „Wir arbeiten mit."

Der Gesetzentwurf zum Paragraphen 116 AFG hat die CDU-Gewerkschafter, die es ohnehin nie leicht haben, bei ihrer Arbeit an der Basis empfindlich getroffen. Auch Blüm weiß, „welchem Druck unsere Leute in den Betrieben ausgesetzt sind". Aber, in die Offensive gehend: „Da tun eben auch viele, die uns bisher als Badehose der CDU verspotteten, so, als seien wir plötzlich das Stellwerk der Nation. Wir haben da", vor allem bei der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, „eine ganze Menge Freunde mit dem Dolch im Gewande, mit dem Revolver in den Blumen."

In Königswinter, vor allem aber beim Funktionärstreffen in Bonn, ließen die CDU-Gewerkschafter „Dampf ab". Einer von ihnen resümierte: „Wir haben uns geeinigt, doch es bleibt ein dumpfes Unwohlsein." Unwillig akzeptierten die Versammelten die Blüm-Aufforderung, daß „wir jetzt politische Entscheidungen zu treffen und keine Geschichtsschreibung zu machen haben". Zwar gab es keinen Redebeitrag, in dem nicht die Überzeugung verkündet wurde, es habe „überhaupt kein Handlungsbedarf bestanden", aber die Sozialausschüßler einigten sich darauf, „auf der Grundlage des Gesetzentwurfs über Verbesserungsvorschläge zu sprechen".

Irmgard Blättel, wie Fehrenbach Mitglied im Vorstand der CDA als auch des DGB, bekam Beifall für ihre Rede, daß „ich ganz sicher bin, daß die ganz überwiegende Mehrheit der hier Versammelten voll mit dem DGB marschiert". Aber „die müssen auch alle wissen, sie können die CDA-Leute nicht einfach spalten".

Wie lange der am Wochenende gefundene Kompromiß wirklich tragen wird, muß sich erst noch beweisen. In dem einstimmig (auch von Blüm, Fehrenbach und Blättel) verabschiedeten Vorstandspapier, das dann auch gegen die Stimmen von vier Fundamental-Opponierern von der Funktionärskonferenz angenommen wurde, wird Blüm für die erfolgten „Klarstellungen zwischen allen Beteiligten" gedankt. Nach einem Seitenhieb auf die „ursprünglichen Vorschläge von FDP, Arbeitgebern, Teilen der CDU/CSU und Prof. Müller, die eindeutig die Streikfähigkeit der Gewerkschaften beeinträchtigt hätten" und die jetzt „vom Tisch" seien, folgt aber keine eindeutige Unterstützung seiner Gesetzespläne, sondern die Festlegung der „Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion": „Im beginnenden Gesetzgebungsverfahren sicherzustellen, daß die gültige Rechtslage auch unter veränderten technologischen Bedingungen erhalten bleibt und nicht zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften verändert wird."

Nur mit dieser allgemeinen Formulierung war überhaupt die Einheit zu wahren. Wie dünn das Eis ist, auf dem sich die Sozialausschüßler damit in den kommenden Wochen und Monaten bewegen werden, zeigte sich schon sehr schnell: Blüm unterstrich auf der abschließenden Pressekonferenz seine Position, daß der umstrittene Franke-Erlaß die Rechtslage nicht verändert, sondern nur verdeutlicht habe. Fehrenbach übertünchte diesen grundsätzlichen „Dissens" nicht und betonte seine Auffassung und die der ganz überwiegenden Mehrheit der CDA-Mitglieder, daß eine Novellierung nur mitgetragen werde, die die geltende Lage „minus Franke-Erlaß" beinhalte.

Mehr zufällig war am Eingang zum Bonner Konrad-Adenauer-Haus, in dem die CDA-Funktionäre „Dampf abließen", auch ein Hinweisschild angebracht: „Heilpraktiker-Seminarschule". In der Tat aber versuchten die rund 320 anwesenden Sozialausschüßler mit homöopathischen Dosen ihre Einheit und Handlungsfähigkeit zu bewahren. Die persönliche Nähe zueinander jedenfalls blieb intakt. „Komm Gustl, trinkst du noch ein Bier mit?" zog Blüm den Parteifreund Fehrenbach an seine Seite und verließ mit ihm die Stätte seines partiellen Triumphs.

Am Schild der „eisernen Lady" zeigen sich Kampfes-Spuren

Hinter Margaret Thatcher liegen harte Wochen: Sie verlor ihren Verteidigungsminister, überstand mühsam eine Unterhausdebatte, und über „Westland" – Ursache aller Probleme – ist noch nicht entschieden. Die „eiserne Lady" hat alles überstanden, doch Narben sind geblieben.

Von REINER GATERMANN

Es war bereits nach 22 Uhr, als Frau Thatcher nach geschlagener – und mit Müh und Not gewonnener – Unterhausdebatte über ein umstrittenes Gespräch ihres Handels- und Industrieministers Leon Brittan mit der Spitze des Hubschrauber-Herstellers Westland den Mann, der im Zentrum dieses verbalen Fegefeuers stand, gemeinsam mit ein paar anderen engen Mitstreitern in ihr Zimmer in Westminster einlud. Als die Gläser eingeschenkt waren, reichte sie eines ihrem Industrieminister und sagte: „Gut gemacht, Leon."

Die konservative Regierung hat die schlimmste Krise ihrer bisherigen Amtszeit überstanden. Im Zentrum des Sturmes stand Leon Brittan, nicht weit von ihm entfernt die Premierministerin, die „eiserne Lady", die nur bedingt bereit war, ihren schützenden Schild zu erheben. Erste Zeichen einer Ermüdung?

Diese Frage muß auch Leon Brittan nach dem Glückwunsch seiner Chefin durch den Kopf gegangen sein, denn das ganze Debakel der vergangenen Woche und die Unentschlossenheit der Herrin von 10 Downing Street haben Anhänger wie Gegner hellhörig werden lassen.

Bezeichnenderweise hat nicht die Opposition den Sturm ausgelöst, er wurde in Frau Thatchers eigenem Lager und zudem noch in ihrer unmittelbaren Nähe entfacht. Auch in den drei Tagen, in denen vor überfülltem Haus die Parlamentsdebatte tobte, bezog die Opposition ihre meiste Munition nicht aus dem eigenen Fundus, sondern bediente sich der großzügigen Zulieferungen des gerade als Verteidigungsminister zurückgetretenen Michael Heseltine.

Leute wie Brittan gibt es genug

„Das ist ein unfairer Kampf", stellte ein konservativer Abgeordneter fest, der versuchte, in der persönlichen Auseinandersetzung zwischen dem Ex-Verteidigungsminister und dem amtierenden Industrieminister neutral zu bleiben. Hier der elegante, hochgewachsene, redegewandte und mit dem Image eines Sunnyboys umgebene Heseltine und dort der behäbige, trockene, „schlechteste Redner des Kabinetts", Leon Brittan.

Der aber schlug sich tapfer, erheischte Respekt, aber, so ein Seufzer aus dem konservativen Lager: „Leute vom Schlage Brittans gibt es genug im Kabinett, die Heseltine-Typen sind dagegen äußerst rar." Womit er gesagt haben will, der falsche Mann hat mal wieder in der Ministerrunde das Handtuch geworfen.

Seit der Amtsübernahme durch Frau Thatcher 1979 haben sich sechzehn Minister von ihr verabschiedet, viele frustriert und resigniert, andere wütend und aufgebracht, einige wenige „wurden gegangen". Für Beobachter steht das Urteil fest: Der Rücktritt Michael Heseltines war der spektakulärste, manche meinen sogar der aufsehenerregendste in diesem Jahrhundert. Und der Ministerverschleiß der Lady ist nur vergleichbar mit Harold McMillans Kabinettsumbildung Mitte 1962, als er ein Drittel seiner Ressortchefs auswechselte.

Margaret Thatcher meinte es sicherlich ehrlich, als sie in ihrem Abschiedsbrief an Michael Heseltine seinen Rücktritt „sehr bedauerte". Sie hätte dafür auch mehrere Gründe: Einmal war er einer ihrer fähigsten Minister und attraktives Aushängeschild der Partei („Er kann über die Notwendigkeit der Trident-Atomraketen genauso engagiert und überzeugend reden wie über die Notwendigkeit der Innenstadtsanierung"), zum anderen aber hatte sie den widerspenstigen Heseltine im Kabinett im Verbund mit den Ministerkollegen besser unter Kontrolle.

Darauf mußte sie bedacht sein, denn trotz des gegenseitigen Respekts bestand nie ein größeres Vertrauensverhältnis zwischen den beiden, es herrschte eine ständige Spannung. Heseltine war neben Energieminister Peter Walker („Ich hoffe, Michael kehrt bald wieder ins Kabinett zurück") der letzte „Wet" (Gemäßigte), den die Premierministerin noch in ihrer engsten Umgebung duldete. Der Rest besteht aus treuen „Thatcheristen".

Es überrascht nicht, daß Heseltine mit seiner dramatischen Aktion im Volk, auch beim konservativen Wähler, erheblich mehr Zustimmung findet als im Kabinett und in seiner Fraktion. Fast zwei Drittel der befragten Bürger unterstützten den Beschluß des Ex-Ministers, bei den konservativen Wählern sind es 62 Prozent. Etwa genauso hoch waren die Sympathien in der Tory-Fraktion. Dort bestätigten allerdings auch 77 Prozent, daß sich die Premierministerin richtig verhalten habe. Ein typisches konservatives Parteiphänomen, das der Labour Party fremd ist: Wird die Premierministerin, und somit die Partei, angegriffen, schließen sich die Reihen um sie. Loyalität geht dann über alles, auch wenn man persönlich mit den Kritikern und Rebellen einig ist.

Dieses ambivalente Verhältnis zeigte sich auch im Unterhaus, wo Frau Thatchers wenig engagierte Verteidigungsrede von den Bänken ihrer Fraktion nur den Pflicht-Applaus bekam. Blaß, mit unbewegter Miene nahm sie ihn zur Kenntnis. Ähnlich innerlich gespalten sind die Kabinettsmitglieder. Michael Heseltine: „Im Kabinettsausschuß stand die Mehrheit auf meiner Seite." Frau Thatcher: „Im Vollkabinett verteidigte ihn niemand."

Margaret Thatcher und ihre Parteistrategen glaubten sicherlich, nach der Sympathieflaute in der Wählerschaft wieder Rückenwind zu spüren, die Meinungsumfragen schienen dies zu bestätigen. Im Dezember hatten die Tories wieder die Spitze erobert oder lagen mit Labour gleich auf. Die erste Umfrage nach diesem Desaster wirft die Partei jedoch wieder auf den dritten Platz zurück, fünf Prozentpunkte hinter Labour, und die Sympathiekurve für Margaret Thatcher ging ebenfalls auf Talfahrt.

Wieder einmal stand nicht ihre Politik im Mittelpunkt der Kritik, sondern ihr Regierungsstil. Der von Michael Heseltine gelieferte Katalog „übertraf unsere schlimmsten Befürchtungen", meinte die eine Hälfte der sozialdemokratisch-liberalen Allianzführung, David Owen. „Arroganz" und „Mißachtung" wurden ihr von Labour vorgeworfen. „Präsidialmacht" und „Eigenmächtigkeit" bescheinigte ihr Heseltine.

Die Auffassung ist weit verbreitet, daß das, was einst zu Margaret Thatchers besten Eigenschaften als Regierungschefin gezählt wurde, Engagement, Durchsetzungswille und wenig Kompromißbereitschaft, heute zu einer Belastung geworden ist.

Das mag zutreffen, der Vorwurf Heseltines, daß sich die Premierministerin nicht mehr an die Konstitutionsordnung halte, wonach sie lediglich Primus inter pares sei, schießt aber übers Ziel hinaus.

Die einsamen Beschlüsse der Premierministerin

Es ist kein Geheimnis, daß die Premierministerin keine Begeisterung für wöchentliche Sitzungen des Vollkabinetts aufbringt, deswegen kürzte sie sie im Vergleich zu ihren Vorgängern um etwa die Hälfte auf 45 pro Jahr. Sie bevorzugt Kabinettskomitees, Ad-hoc-Ausschüsse und eine geringe Zahl von engen Beratern.

Das führt zu einsamen Beschlüssen, unzureichendem Informationsfluß zwischen den Ministern, was die „kollektive Kabinettsverantwortung" nicht gerade erleichtert, und zu einer Alleinkämpfer-Mentalität. Diese Schattenseiten des Kabinettsstils der Frau Thatcher waren letztlich auch die Ursache der jetzigen Krise.

„Keine Sache ist so ausführlich diskutiert worden wie die Westland-Affäre", behauptete die Premierministerin. Trotz allem war das Gesamtkabinett mit der Sachlage lediglich fünf Minuten befaßt. Michael Heseltine hatte den offiziellen Auftrag, zu versuchen, eine europäische Beteiligungsalternative zur Sikorsky-Fiat-Offerte aufzubauen. Seine Kollegen trauten ihm dies offenbar nicht zu, weswegen der Industrieminister Westland ermunterte, sich vorzeitig kompromißlos auf die amerikanisch/italienische Seite zu schlagen. Heseltine mußte sich desavouiert fühlen, als er mit dem europäischen Vorschlag kam und feststellen mußte, daß der „Zug sowohl bei Westland als auch bei Frau Thatcher bereits abgefahren war".

Jetzt, wo die „heißeste Regierungskrise seit Jahrzehnten" im Ausklingen ist, bleibt die Feststellung eines Staatssekretärs zu zitieren: „Niemand ist aus dieser Sache ungeschoren davongekommen."







Lob von Margaret Thatcher für ihren Handels- und Industrieminister Leon Brittan, aber kein schützender Schild FOTOS: AP/DPA

An Schleswig-Holsteins Küste schrillen die Alarmsirenen

Bisher segelten die kleinen Werften, die sich dem Spezialschiffsbau verschrieben hatten, erfolgreich mit dem Wind im Rücken. Doch der Wind hat sich gedreht, die „Großen" haben gelernt. In Schleswig-Holstein droht der Verlust von Arbeitsplätzen.

Von GEORG BAUER

Das Thermometer zeigt um die null Grad. Eisig bläst der Wind von der Kieler Förde her landeinwärts und treibt Schneeregen über die Lindenau-Werft. Eine Handvoll Arbeiter, Fachleute auf ihrem Gebiet Schiffbau, turnt mehrere Meter über dem Erdboden auf Gerüsten. Nach einem bis ins Detail ausgearbeiteten Plan schweißen sie seit Stunden tonnenschwere Eisenkonstruktionen zusammen. Unter den „Blaumännern" tragen sie dicke Pullover zum Schutz gegen die Kälte. Ein fast lächerliches Unterfangen. Der Wind dringt unbarmherzig durch die Wollfasern und läßt die Körper frösteln.

Doch nicht nur die Kälte macht den Schiffbauern zu schaffen. Die Sorge um ihre Zukunft lastet schwerer auf der Seele.

Noch sind sie Mitarbeiter der privaten traditionsreichen Werft Paul Lindenau in Lohn und Brot. Der Auftrag mit der Baunummer S 219 sichert die Arbeitsplätze für die allernächste Zukunft. Das Schiff wird im Auftrag von Reedern aus Bremen gebaut. Im Juni oder Juli soll das Spezialschiff, das dank seiner verschiedenen Tanks Speiseöl ebenso wie Bitumen transportieren kann und damit das hohe Niveau des Schiffbaus in der Bundesrepublik Deutschland demonstriert, vom Stapel laufen. Dann aber ist Schluß.

„Wir leben von der Hand in den Mund"

Eine Anschlußarbeit – die Umrüstung eines Fischdampfers in ein Forschungsschiff – liegt zwar vor. Doch für die Auslastung der Werft reicht das nicht aus. Der Auftrag für ein komplett neues Schiff muß her. „Wir leben zur Zeit von der Hand in den Mund", kommentiert der Vorsitzende des Betriebsrates, Gert Krusch, die Ungewißheit. Drastischer formuliert Günter Wegner: „Wenn das mit dem Anschlußauftrag nicht läuft, sind wir die Dummen." Der 47jährige arbeitet seit 30 Jahren bei Lindenau.

Im kommenden Monat bricht der Juniorchef Dirk Lindenau ins Ausland auf. Auf seiner Jagd nach Aufträgen begleiten ihn die Hoffnungen der rund 400 Mitarbeiter. Die Chancen? Die Antwort ist ein Zucken der Achseln.

Für die privaten mittelständischen Unternehmen ist die Decke dünn geworden. Die Nachfrage nach Spezialschiffen sinkt. Auf dieses, damals noch weniger hart umkämpfte Feld, das erstklassiges Know-how und hervorragende Fachleute erfordert, hatten sich die Deutschen zurückgezogen, als Japaner und Koreaner begannen, sich mit nationalen Schiffbaukonzepten den Löwenanteil auf dem Weltmarkt zu sichern. Doch inzwischen hat der Ferne Osten dazugelernt und drängt in den Spezialschiffbau. Ein Kampf ums Überleben.

Das Dilemma der noch auf 40 000 geschätzten Schiffbauer in Norddeutschland kann so beschrieben werden: weltweite Überkapazitäten, hohe Subventionen in Konkurrenzländern und fehlende Investoren.

Für einen ersten Schreckschuß in Richtung Kiel, der via Landesregierung bis nach Bonn hallen sollte, sorgte jüngst der Sprecher der Kooperation mittelständischer Werften in Schleswig-Holstein, Peter B. Ilchmann. „Wir haben keinerlei Reserven", erklärte der Geschäftsführer der Rendsburger Werft Nobiskrug auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem SPD-Oppositionsführer des Landtags, Björn Engholm.

Der Schuß tat seine Wirkung. Die Parteien, vor allem SPD und FDP, überschlagen sich mit Konzepten und Appellen. Angesichts des weltweiten Subventionswettlaufs müsse der Staat aus Konkurrenzgründen dem Werk unter die Arme greifen, fordern Liberale und Sozialdemokraten in trauter Gemeinsamkeit. Schon im Frühjahr habe die FDP ein Konzept angemahnt, erinnerte Wolf-Dieter Zumpfort, der FDP-Landesvorsitzende. Der 2. März, der Tag der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein, wird das Engagement der Parteien beflügelt haben.

Auch der Ministerpräsident griff den Faden auf. Hin und hergerissen zwischen den Prinzipien der Marktwirtschaft, den Landesinteressen und wahltaktischen Überlegungen sagte er bei der Vorlage seiner Jahresabschlußbilanz: „Die Bundesregierung muß aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Erwägungen heraus erkennen, wo die Schwelle erreicht ist, an der Bonn spätestens einzuschreiten hat." Die Werftindustrie dürfe nicht ganz „wegrationalisiert" werden.

Die Frage ist: Wen trifft es?

Für das an sich schon strukturschwache Land wäre das eine Katastrophe. Besonders an der Westküste gingen die Lichter aus. Beispielsweise in Husum. Noch rund 400 Menschen arbeiten hier auf der Werft. An ihre Arbeitsplätze sind rund 1200 Stellen in der Zulieferindustrie gekoppelt.

Illusionen – das Wort ist dem nüchternen Menschenschlag im Norden fremd. „Wir rechnen damit, daß die Zahl der in der Werftindustrie Beschäftigten auf 30 000 sinken wird", peilen Gewerkschafter den neuen, möglicherweise „marktgerechten" Stand der Beschäftigungszahl an. Die Frage ist nur – wen trifft es?

An einer engeren Kooperation ist den privaten Werften nur bedingt gelegen. Facharbeiter werden zwar ausgetauscht, doch ansonsten gilt das Prinzip des Stärkeren. Ilchmann: „Die Eigentümer werden bis zum letzten Atemzug kämpfen, bis es überhaupt nicht mehr geht. Und auch Dirk Lindenau, der Junior, verficht diesen Grundsatz: „Jeder kämpft für sich."

Die Auseinandersetzung Werft gegen Werft findet in der Arbeiterschaft ihre Fortsetzung. Die IG Metall erhebt zwar ihre Stimme für eine engere Zusammenarbeit. Die Praxis sieht aber auch in ihren Reihen anders aus. Gewerkschafter berichten von einer Versammlung, auf der zwei Betriebsräte von Werften in Bremen und Niedersachsen nur unter Mühen davon abgehalten werden konnten, mit Fäuster aufeinander loszugehen. Auslöser des Zwists soll unter anderem die Bemerkung gewesen sein: Ihr habt uns diesen Auftrag weggenommen.

In der Not richten sich die Blicke der Unternehmer und Arbeitnehmer Richtung Bonn. Im Februar werden sich die vier norddeutschen Küstenländer zusammensetzen, um die Situation zu beraten.

Oschatz will Klassen nach Leistung ordnen

Hannover plant den Abbau der Orientierungsstufe

MICHAEL JACH, Hannover

Ein Jahrzehnt nach der Einführung der integrierten Orientierungsstufe als eigenständiger Schulart zwischen Grund- und weiterführenden Schulen in Niedersachsen zieht die CDU-Landesregierung in Hannover jetzt, in Sichtweite der Landtagswahl, Konsequenzen aus der nie verstummten Kritik an einem „Erbstück" aus sozialistisch inspirierter Schulreform-Vergangenheit. Nach den Plänen von Kultusminister Georg-Bernt Oschatz soll mit Beginn des Schuljahres 1987 – ein früherer Zeitpunkt ist wegen der zu Ende gehenden Landtagsperiode nicht mehr möglich – die Orientierungsstufe zwar nicht beseitigt, jedoch der Unterricht in den entsprechenden Klassen 5 und 6 wieder weitgehend „schulform-bezogen" erteilt werden: Die Leistungsanforderungen werden frühzeitig auf die hernach weiterführende Hauptschule, Realschule oder das Gymnasium ausgerichtet.

Damit kommt, was die Schulstruktur angeht, Kultusminister Oschatz den Gegnern der Zwischenschule in den ebenso einflußreichen wie CDU-nahen bürgerlichen Eltern- und Lehrerverbänden auf halbem Wege entgegen; deren härteste Vertreter hatten bis zuletzt im Prinzip auf Wiederherstellung des früher dreigegliederten Schulwesens bestanden. Hinter den Unmut über Struktur und Etikettierung steht hier jedoch seit jeher die inhaltliche Kritik an lernpädagogischen Mängeln der Orientierungsstufe.

Lernhindernis beseitigen

Das nach Gesamtschulmuster organisierte System „leistungsdifferenzierter" A-, B- und C-Kurse mit zweimaliger „Neusortierung" der Schüler binnen zwei Jahren zerstöre die Klassenverbände und gerate damit zum gruppen- und beziehungspsychologischen Lernhindernis. Zudem wirke sich der bisher geltende Grundsatz, über die Eignung für die eine oder andere weiterführende Schule erst zum Ende der zwei „Orientierungs"-Jahre zu entscheiden, deutlich leistungshemmend aus. Dies alles in einem Kindesalter, das entwicklungsphysiologisch höchste Lernfähigkeit böte, so daß den Schülern im Ergebnis zwei Jahre nahezu verloren gingen.

Diesen Vorhaltungen will Oschatz nun die Spitze nehmen. Wohl soll das Kurssystem beibehalten, die „Sortierung" nach Leistung in den maßgebenden Fächern Englisch und Mathematik aber künftig nur noch einmal vollzogen werden. Die Schulen selbst sollen künftig entscheiden, wann – spätestens mit Beginn des 6. Schuljahres – sie die Schüler leistungsgerecht in schulformbezogene A- (Gymnasium), B- (Realschule) oder C-Kurse (Hauptschule) aufteilen. In der Klasse 6 soll der Kursunterricht vollends von Lehrern der entsprechenden Schulformen erteilt werden.

„Bonbon" für Kritiker

Den hartnäckigsten Gegnern der Orientierungsstufe – sie haben sich vor allem in und um Uelzen, Lüneburg, Celle, Braunschweig, Göttingen gehalten – bietet Oschatz ein besonderes „Bonbon": Wo es „organisatorisch möglich" ist, (sofern also vor allem Räumlichkeiten und Lehrkräfte es zulassen), können neben der so veränderten Stufenschule Klassen eigens für künftige Haupt-, Real- oder Gymnasialschüler eingerichtet werden. Die Eltern selbst sollen hier entscheiden, welche Klasse ihr Kind besucht.

Bei Niedersachsens Sozialdemokraten, die bereits vor dem Amtsantritt der Regierung Albrecht vor zehn Jahren die Einführung der integrierten Orientierungsstufe in Gang gesetzt hatten, stößt Oschatz' Vorhaben auf harte Ablehnung. Im Verbund mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat die SPD im Land nie Zweifel gelassen, daß sie die Stufe nach wie vor eigentlich als ersten Schritt auf dem Wege zur allgemein verbindlichen Integrierten Gesamtschule ansieht. Insofern war sie auch mit dem Vollzug ihrer Pläne durch Ernst Albrechts früheren Kultusminister Werner Remmers, den dieser unter dem Druck der (damaligen) FDP durchboxte, wohl einverstanden, aber nicht zufrieden. Oschatz' halbe Kehrtwendung nun geißelt der SPD-Landtagsabgeordnete Rolf Wernstedt, von Spitzenkandidat Gerhard Schröder als Kultusminister vorgesehen, folgerichtig als „Kniefall vor reaktionären Elternverbänden, Philologenvertretern und Teilen der CDU".

Mit einem Superprogramm will Berlin 1987 seine Geschichte präsentieren

Signal des Senats an Ost-Berlin: 750-Jahr-Feier wird kein „Festival des Getrenntseins"

DIETER DOSE, Berlin

Berlin lud ein, und über 300 Vertreter der Tourismusbranche aus allen Teilen des übrigen Bundesgebietes kamen. Der Anlaß: die 750-Jahr-Feier der Stadt im nächsten Jahr. Zur ersten vollständigen Präsentation des Programms hatte der Senat Bürgermeister Lummer, die Senatoren Franke (Bau), Hassemer (Kultur) und Pieroth (Wirtschaft) aufgeboten. Im Reichstagsgebäude, direkt an der Mauer, erfuhren die Teilnehmer der „Berlin-Präsentation", was sich zwischen April und Oktober 1987 im Westteil der Stadt abspielt.

Ein Super-Programm! Allein rund 100 Millionen Mark werden für die kulturellen Veranstaltungen aufgebracht. Mit Festakt und Karajan-Konzert zum Auftakt, Stadtfesten, Gastspielen der Mailänder Scala wie der Wiener Staatsoper. „Erinnerung, Erneuerung, Gespräch" – unter diesem Motto steht das Programm mit Hunderten von Einzelveranstaltungen.

Auf den meist bei Stadtjubiläen üblichen Festumzug verzichten die Berliner. Die Organisatoren unter Leitung des Senatsbeauftragten Dr. Ulrich Eckhardt haben sich etwas Besonderes einfallen lassen: Wasserkorsos auf allen Gewässern – Spree, Havel, Kanäle und Seen. Nachgebaute Schiffe vergangener Jahrhunderte werden ebenso teilnehmen wie Dampfer aus anderen Bundesländern und dem Ausland. Wasserkorso statt Umzug, weil Berlin bei seiner Gründung eine Fischer- und Schifferstadt war und im 14. Jahrhundert sogar der Hanse angehörte. Der Kurfürstendamm und die „Tauentzien" werden zum „Skulpturen-Boulevard", der Große Stern zu Füßen der Siegessäule im Tiergarten zur größten Freilichtbühne Europas. Auf dem Verkehrsrondell im Zuge der Straße des 17. Juni „wird die Geschichte Berlins unterhaltsam nachgezeichnet".

Rock-Festival vor dem Reichstag, Festwochen, Deutsches Turnfest, Historischer Jahrmarkt, viele Ausstellungen, Attraktionen in Hülle und Fülle. Auf dem Gelände des ehemaligen Hamburger Bahnhofs gibt es die Ausstellung „Die Reise nach Berlin". Die Eröffnung wird mit einem großen Unterhaltungsprogramm live von der ARD übertragen.

Die zentrale Berlin-Ausstellung im Martin-Gropius-Bau im Stadtteil Kreuzberg ist der Geschichte der Stadt gewidmet. „Hier wird der weite Bogen gespannt von jenem mittelalterlichen Gemeinwesen, das 1237 erstmals Erwähnung in einer Urkunde fand, über die Residenz brandenburgischer-preußischer Kurfürsten und Könige bis hin zur Reichshauptstadt Berlin, zu Zerstörung und Neubeginn 1945", heißt es in einer Ausstellungsbeschreibung.

Die älteste Berlin-Urkunde, in der 1237 erstmals die Teilstadt Cölln erwähnt wird, kann im Martin-Gropius-Bau nicht gezeigt werden: Sie befindet sich im Dommuseum der in der „DDR" gelegenen Stadt Brandenburg/Havel.

„Unsere Tür steht für alle Aktivitäten offen", appelliert Kultursenator Volker Hassemer an Ost-Berlin, wo die 750-Jahr-Feier ebenfalls mit großem Aufwand betrieben wird. Der Senat sei bemüht, die 750-Jahr-Feier nicht zu einem „Festival des Getrenntseins" werden zu lassen.

Mit der Internationalen Bauausstellung, der Fertigstellung des neuen Kammermusiksaals und dem Wiederaufbau der Kongreßhalle sowie vielen Projekten im Rahmen der Stadterneuerung trägt auch die Bauverwaltung zum Jubelfest bei. Vor allem aber verspricht der Bausenator die Beseitigung permanenter Ärgernisse: „Alle großen Straßenbaustellen sind zur 750-Jahr-Feier beseitigt." Auch das „90-Millionen-Ding", die Magnetbahn, wird 1987 fahren. Das Oberverwaltungsgericht gab endgültig grünes Licht.

Das Stadtjubiläum soll aber nicht nur Geld kosten, sondern auch Geld bringen. Deshalb wird jetzt schon begonnen, die Reklametrommel zu rühren und Touristen zu werben. Denn 1987 soll das „Rekordjahr" 1985 – fast 1,7 Millionen Berlin-Besucher aus aller Welt – noch übertroffen werden.

Neue Affäre um Berliner Stadtrat

D. D. Berlin

Der Baustadtrat des Berliner Bezirks Wilmersdorf, Jörg Herrmann (CDU), ist vom Dienst suspendiert und vom Kreisvorstand der CDU aufgefordert worden, von seinem Amt zurückzutreten. Gegen Herrmann (46) wird wegen des Verdachtes der Vorteilsnahme ermittelt. Seine Diensträume und die Privatwohnung, die Büros einer Wohnungsbaugesellschaft sowie die Wohnungen von zwei Gesellschaftern der Firma sind von Polizei und Staatsanwaltschaft durchsucht worden. Herrmann soll von den Repräsentanten der Firma in einen Nachtklub eingeladen worden sein. Sie sollen die Rechnung von 9000 Mark bezahlt haben.

Kündigung des ARD-Vertrages?

AP, Frankfurt

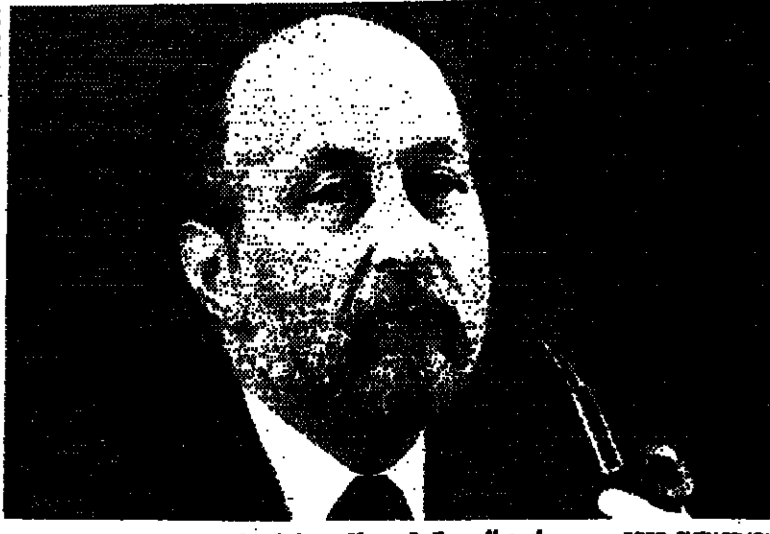
Die Unionspolitiker Dieter Weirich und Edmund Stoiber haben damit gedroht, der Gebührenstaatsvertrag zwischen den Ländern über die ARD könnte gekündigt werden, wenn der Hessische Rundfunk die Werbung im Dritten Fernsehprogramm nicht einstellt. CDU-Medienexperte Weirich erklärte, Hessen habe mit dieser Werbung „den Boden gemeinsamer Vereinbarungen verlassen". Wenn Wiesbaden nicht nachgebe, sollten die Ministerpräsidenten den Vertrag innerhalb des nächsten Vierteljahres kündigen. Stoiber (CSU) brachte „eine Südschiene in der Medienpolitik" mit Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ins Gespräch.

Bessere Chancen für Berufsanfänger

dpa, Hamburg

Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt wird sich nach Ansicht von Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) schon in diesem Jahr entspannen. In einem Interview der „Kölnischen Rundschau" sagte Frau Wilms, Ende Dezember 1985 seien noch knapp 39 000 Jungen und Mädchen nicht vermittelt gewesen. Sie hoffe, „daß diese Zahl bis März auf 25 000 bis 22 000 heruntergeht".

Die CDU-Politikerin wies darauf hin, daß „90 Prozent von denen, die eine Lehre abschließen, der Berufsstart glückt". Große Probleme hingegen sehe sie in der Ungleichheit der Chancen in den verschiedenen Bundesländern.



Justizminister Hans A. Engelhard FOTO: SVEN SIMON

Das Gesetz spricht nicht gegen passive Sterbehilfe

Von HANS A. ENGELHARD

Die aktive Sterbehilfe, insbesondere die Tötung auf Verlangen, ist strafbar nach Paragraph 216 StGB. Ich bin auch gegen eine Änderung dieser Strafrechtsbestimmung. Ich sehe mich in dieser meiner Haltung in Übereinstimmung mit der Auffassung der beiden großen Kirchen und auch mit der Mehrheit der Ärzteschaft. Ferner wird diese Haltung auch durch das Ergebnis eines Hearings vom 15. Mai 1985 vor dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages bestätigt, in dem sich die ganz überwiegende Mehrheit der Sachverständigen gegen eine gesetzliche Freigabe der aktiven Sterbehilfe ausgesprochen hat. Dafür gibt es nämlich auch gute Gründe:

1. Niemand kann rechtlich einem Dritten die Befugnis zum Töten verleihen, auch wenn er selbst das Opfer sein soll.

2. Keinem Menschen sollte zugemutet werden, einen anderen vorsätzlich zu töten; dies gilt auch, wenn der Leidende den Tod ausdrücklich wünscht.

3. Gesetzt den Fall, die Tötung auf Verlangen oder die aktive Sterbehilfe würde gesetzlich zugelassen, so bestünde die Gefahr, daß sich mancher Sterbende moralisch verpflichtet fühlen könnte, seinen Tod zu erbitten, etwa um seinen Angehörigen nicht mehr länger zur Last zu fallen.

4. Und schließlich könnte der Patient in einer momentanen Krisensituation, zum Beispiel bei vorübergehenden starken Schmerzen, von seinen Erben dazu gedrängt werden, um Sterbehilfe zu bitten.

Im übrigen besteht auch kein Bedürfnis, die aktive Sterbehilfe straffrei zu stellen, denn das geltende Recht verlangt von keinem Arzt, unter Einsatz aller heute noch denkbaren medizinisch-technischen Möglichkeiten ein qualvoll verlöschendes Leben künstlich hinauszuzögern. Ich meine damit, wer als Arzt passiv Sterbehilfe leistet, braucht den Staatsanwalt nicht zu fürchten. So wäre es zum Beispiel auch nicht strafrechtlich zu beanstanden, wenn ein Arzt etwa einem Krebskranken das Sterben durch die Verabreichung eines schmerzlindernden Mittels erleichtert, selbst wenn dadurch eine gewisse Verkürzung des Lebens nicht auszuschließen ist. Kurzum: Die Ärzte sind von Gesetzes wegen nicht zur Inhumanität verpflichtet. Kein Arzt, der nach verantwortungsvoller Prüfung einem Sterbenden durch Verzicht auf eine im konkreten Fall unmenschliche Intensivbehandlung passiv Sterbehilfe leistet, muß mit einer strafrechtlichen Verfolgung rechnen.

Die Grenze liegt allerdings dort, wo durch aktives Tun auf eine Tötung hingewirkt wird. Und zwar auch dann, wenn dies auf ausdrücklichen Wunsch des Sterbenden geschieht. Wer sich als Arzt dem schicksalsmäßigen Verlauf einer tödlichen Krankheit nicht in den Weg stellt, wird zu Recht vom Gesetz anders behandelt als derjenige, der glaubt, selbst ein Leben durch aktives Tun beenden zu dürfen.

Türkei will EG-Mitglied werden

Ankara sucht die engere Bindung an Europa / Vor allem wirtschaftliche Motive

E. ANTONAROS, Ankara

Vor dem Hintergrund einer immer deutlicher werdenden Anlehnung der Türkei an Westeuropa verdichten sich Vermutungen, wonach Ankara in absehbarer Zeit die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft in aller Form beantragen will. Westliche Beobachter in Ankara schließen nicht mehr aus, daß der türkische Antrag noch vor Ende des Jahres offiziell eingereicht wird.

Daß die Türken ihre Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft reaktivieren wollen, wurde vor einigen Tagen demonstriert, als Ankaras Außenminister Vahit Halefoglu die Einberufung des Assoziierungsrates beantragte, der seit dem Militärputsch 1980 nicht mehr getagt hat. Offenbar sind die Türken nunmehr der Ansicht, daß ihre Beziehungen zur EG normalisiert werden können, weil verschiedene EG-Mitgliedsländer eine Klage gegen die Türkei wegen Menschenrechtsverletzungen vor dem Europäischen Gerichtshof zurückgezogen haben.

Die Türkei ist seit 1963 mit der Gemeinschaft assoziiert und soll aufgrund dieses Abkommens zu einem nicht näher bestimmten Zeitpunkt der EG als Vollmitglied beitreten. Ankaras Beziehungen zur Gemeinschaft sind allerdings in den letzten zehn Jahren durch viele Krisen gegangen.

Mindestens zwei Länder – Griechenland und Dänemark – sollen Bedenken gegen eine türkische Vollmitgliedschaft haben, obwohl die Regierung in Athen in der Vergangenheit öffentlich kundtat, daß sie die Eingliederung der Türkei nicht blockieren würde. Auch die Bonner Regierung scheint von der Perspektive einer türkischen Vollmitgliedschaft nicht begeistert zu sein, weil sie die Masseneinwanderung von türkischen Arbeitnehmern verhindern will. Nach dem Assoziierungsabkommen, auf dessen Anwendung die Türken nun bestehen, soll die Freizügigkeit bereits am 1. Dezember 1986 in Kraft treten. Einen Verzicht wollen sich die Türken offenbar nur durch großzügige Militär- und Wirtschaftshilfe Bonns abkaufen lassen.

Daß die Türken nunmehr auf engere Kontakte zur Gemeinschaft erpicht sind, hat wirtschaftliche und politische Motive: Im politischen Bereich haben sie festgestellt, daß durch die Mitgliedschaften Griechenlands, Spaniens und Portugals nun für sie die Gefahr besteht, zu politischen Parias an der Peripherie Europas abgestempelt zu werden. Ihnen geht es darum, nicht allzusehr mit der islamischen Welt identifiziert zu werden.

Auch haben sie Angst vor den wirtschaftlichen Nachteilen: Durch das „Einfrieren" der vertraglichen Bindungen wurde das sogenannte vierte Finanzprotokoll in Höhe von 530 Millionen Dollar gesperrt. Ebenfalls bekamen die türkischen Exporteure zu spüren, wie eng die europäischen Absatzmärkte für sie geworden sind. Erst im September 1985 waren die Verhandlungen der Türkei mit der EG über die Aufhebung von verschiedenen EG-Schutzmaßnahmen im Textilbereich gescheitert.

Gerade diese Märkte sind für die Türkei jedoch von besonderer Bedeutung, weil weder die Handelsbeziehungen zu den islamischen Nachbarn so rosig sind, wie sie manchmal zweckoptimistisch dargestellt werden, noch die Bemühungen um Exporte in die USA bisher besonders erfolgreich waren.

Syrien probt Widerstand der Christen

Wieder Gefechte in Libanon / Damaskus sucht starken Mann im christlichen Lager

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

In Libanon ist wieder mit längeren militärischen Auseinandersetzungen zu rechnen. Das unter syrischer Schirmherrschaft ausgehandelte Abkommen vom 28.Dezember 1985 zwischen Christen, Drusen und Schiiten wird von der Mehrheit der Christen abgelehnt und hat nach dem internen Machtkampf unter den Christen, der zugunsten der Gegner des Abkommens verlief, auf absehbare Zeit keine Chance, in der jetzigen Form von ihnen angenommen zu werden.

Dem militärischen Machtkampf waren auch politische Auseinandersetzungen im 15-köpfigen Exekutivkomite der Christenmiliz Forces Libanaises (FL) vorangegangen. Sieben Mitglieder des Gremiums hatten dem Vertragstext zugestimmt, sechs waren dagegen, eines enthielt sich, ein weiteres war bei der Abstimmung nicht zugegen, sprach sich aber nachher dagegen aus. Die Befürworter sind entmachtet und zum Teil im Exil. Die Gruppe der Gegner um FL-Stabschef Samir Dschadscha ist nun bestrebt, mit Staatspräsident Gemayel, der größten libanesischen Partei, der Kataeb, und anderen einflußreichen Kräften eine neue Einheit unter den Christen zu schmieden. Als Vermittler sind der Neffe Gemayels und ehemalige Chef der FL, Fuad Abunader sowie der Generalobere des libanesischen Mönchsordens, Pater Paul Namaan, und das Patriarchat der Maroniten tätig. Letztere folgen damit einem Wunsch des Vatikans, der die Vorgänge mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Heftige Artilleriegefechte zwingen die Bevölkerung, wieder Schutz in den Kellerräumen ihrer Häuser zu suchen. Der Beschuß auf die christlichen Wohnviertel erfolgt zum Teil aus Gebieten, die von der syrischen Armee kontrolliert werden. Wie die WELT aus Beirut erfährt, ist es den Einheiten der Kataeb und FL gelungen, zwei Bergorte zurückzuerobern, die von prosyrischen Milizen während der internen Machtkämpfe bei den Christen eingenommen worden waren. Die Dörfer Douar und Ain el Tefaha („Auge des Affen") liegen nur wenige Kilometer vor dem Heimatort des Präsidenten, Bikfaya.

Die Auseinandersetzungen haben nach Ansicht diplomatischer Beobachter gezeigt, daß die Christen über ein Reservoir an jungen Führungskräften verfügen. Damaskus werde entgegen jetziger Behauptungen nach den Kämpfen weiter mit den Christen verhandeln. Die Syrer wollten jetzt feststellen, wer der starke Mann im christlichen Lager sei. Es sei damit zu rechnen, daß sie auch weiterhin mit jüngeren Leuten verhandeln wollten, da diese Generation wisse, was sie wolle oder wenigstens, was sie nicht wolle. Angesichts der Anlehnung der Schiiten an Teheran und der Drusen an Moskau müsse Damaskus daran gelegen sein, die Christen für sich zu gewinnen, wenn es seine starke politische Position in Libanon behaupten wolle – und damit auch in der arabischen Welt.

Die Schweden geben Beispiel im Osthandel

G. MEHNER, Stockholm

Schweden hat seine Kontrollen entscheidend verschärft, um die Einhaltung der amerikanischen Bestimmungen über die Nichtweitergabe von Hochtechnologie lückenlos garantieren zu können. Seit Wochenfrist arbeiten Militär, Zoll- und Sicherheitspolizei bei dieser Aufgabe ressortübergreifend zusammen. Ein Ausschluß vom amerikanischen Technologietransfer hätte für Schweden katastrophale Folgen. Dies gilt auch für die bei den SDI-Forschungs- und Entwicklungsarbeiten anfallenden zivilen Nebenanwendungen.

Inwieweit die schwedische Industrie überhaupt Chancen hat, bei SDI partizipieren zu können, ist noch nicht absehbar. Da „Schweden allianzfrei ist, um in Kriegszeiten neutral sein zu können" ist eine offizielle schwedische SDI-Beteiligung ausgeschlossen. Andererseits verfügt Schweden über einen überproportional hohen Anteil von Großunternehmen, die an Industrieanwendungen der im Rahmen des SDI-Programmes entwickelten extrem kurzwelligen und daher energievollen Lasertechnik interessiert sind.

Ein Weiterexport amerikanischer Spitzentechnologie , auch wenn nur einige amerikanische Komponenten den Weg in das Innneleben schwedischer Produkte gefunden haben, ist an eine ausdrückliche amerikanische Erlaubnis gebunden. Selbst unabsichtliche Übertretungen ahnden die Amerikaner mit Liefersanktionen. Mit den verschärften Kontrollen versucht Schweden seinen aus amerikanischer Sicht unsicheren Kantonistenstatus abzuschütteln. Schwedische Firmen hatten in der Vergangenheit mehrmals massiv gegen amerikanische Weiter-Export-Auflagen verstoßen. Data-Saab etwa ist verantwortlich, daß ein fortschrittliches amerikanisches Flugleitsystem jetzt auf dem Moskauer internationalen Flughafen seinen Dienst versieht. Dieses Unternehmen steht noch heute auf der schwarzen Liste.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Mit Arbeitslosigkeit beginnt die neue Qualität der sowjetischen Gesellschaft

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Kein Tag vergeht, an dem die sowjetischen Medien nicht die „Massenarbeitslosigkeit", die „neue Armut" des Westens in schwärzesten Farben ausmalen, sie als Menschenrechtsverletzung geißeln. Nun, da Parteichef Gorbatschow eine „neue Qualität der sowjetischen Gesellschaft" erreichen will und zwar mit Hilfe der „wissenschaftlich-technischen Revolution", geht derzeit auch in der Sowjetunion das Gespenst der Massenentlassungen um. Die strikte Durchforstung des bürokratischen Dschungels fordert ihre Opfer.

Der Bereich der Landwirtschaft gehörte zu den ersten, die direkt von diesen Maßnahmen betroffen wurden. Von den zwanzig Ministerien und Staatsämtern, die alle mit diesem Bereich verbunden waren, wurden sechs abgeschafft und durch ein Staatskomitee für Landwirtschaft und Agrarindustrie ersetzt.

Revolutionäre Änderungen

Das Landwirtschaftsministerium selber ging in die neugeschaffene Institution auf, die Ministerien für Fleisch und Milch, für Früchte und Gemüse verschwanden völlig. Tausende von Beamten – die genaue Zahl wurde bis heute nicht bekannt gegeben – wurden von dieser gewaltsamen Umstrukturierung betroffen.

Daß diese Rationalisierungsmaßnahmen die Sowjetunion auch noch in den kommenden Jahren beschäftigen wird, macht ein Artikel in der „Sowjetskaja Kultura" deutlich, der erhebliches Aufsehen hierzulande erregte. Ein Professor namens W. Kostakow beschreibt darin, wie sich die Sowjetbürger künftig wappnen müssen für jene zu erwartende „gründliche, qualitative Umgestaltung der Arbeitssphäre". Um die geplante Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu erreichen (der neue Plan bis zum Jahr 2000 geht davon aus, daß sie jährlich um sechs bis 6,5 Prozent steigen soll), legt der Wissenschaftler dar, daß in erster Linie die Zahl der in der „materiellen Produktion" Beschäftigten um 13 bis 20 Prozent sinken wird. Das aber bedeutet, daß „rund 13 bis 19 Millionen Menschen betroffen werden".

Durch die Einschränkung der manuellen Arbeit um bis zu 20 Prozent – sie soll derzeit über 60 Prozent in der Produktion ausmachen – werde es „Änderungen revolutionären Charakters geben". Ein Teil dieser Menschen würde in rekonstruierten Werkhallen eingesetzt werden, die mit modernen, hochproduktiven Anlagen ausgerüstet sein würden. Es handele sich aber, wohlgemerkt, so der Wissenschaftler, nur um einen Teil der Mitarbeiter, weil gemessen an den Arbeitsergebnissen dann „ein Arbeiter mehrere Arbeiter von heute" ersetzen werde.

Neu und ungewöhnlich scheint dem Autor die Notwendigkeit, Arbeitsstellen zu suchen. „Wir sind das Gegenteil gewohnt – die Arbeit sucht den Menschen". Der Verfasser macht den Lesern klar, daß die künftige rationelle Arbeit hohe Ansprüche an den Menschen stellen wird, an seine Fähigkeiten, an seine Ausbildung, an seinen Fleiß, an seine Disziplin. „Die Qualität der Schulausbildung muß erhöht werden", fordert er. Ferner: „Die Qualität des Fachmanns muß sich durch speziell erworbene Kenntnisse auszeichnen". Die Rolle „der Arbeitsvermittlungsämter wird zunehmen, ohne Rechenmaschinen werden diese Ämter nicht auskommen".

Gesetz und Plan

Daß die sowjetischen Arbeitnehmer durch diese Massenentlassungen aufgeschreckt und beunruhigt sind, zeigen Artikel in der sowjetischen Gewerkschaftszeitung „Trud" und in der zweitgrößten Parteizeitung „Iswestija". Beide Blätter befassen sich ausführlich in ihren Artikeln mit den rechtlichen Normen, auf deren Grundlage Entlassungen von Arbeitnehmern überhaupt möglich sind. Ausgelöst wurden diese Berichte durch eine Flut von Leserbriefen, die in die Redaktionen schwappten.

Aber wie das in totalitären Staaten eben üblich ist, unterliegen Gesetze und Rechtsprechung natürlich den Bestimmungen der Einheitspartei. Und hier gilt der Plan, sprich, im Moment die Effizienz und höhere Produktivität. Insofern sind die Massenentlassungen auch ein Mittel zur Einschüchterung und zum Ansporn der noch arbeitenden Massen.

Wehrpflichtige in Polen verurteilt

DW. Warschau

Drei Mitglieder der polnischen Friedensgruppe „Frieden und Freiheit" sind in Warschau in der letzter Instanz wegen „mutwilligem Verlust" ihrer Wehrpässe zu jeweils 50 000 Zloty oder ersatzweise 50 Tage Haft verurteilt worden, verlautete am Rande des „Friedenskongresses" der Regierung. Die jungen Männer hatten im Juli 1985 ihre Wehrpässe aus Solidarität mit dem Wehrpflichtigen Adamkiewicz zurückgegeben. Dieser hatte sich geweigert, den Eid auf die Waffenbrüderschaft der UdSSR abzulegen und war zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Die Verurteilten wollen die Strafe nicht bezahlen.

Papst und Cossiga reden über Terror

KNA, Rom

Den festen Willen zu „einmütiger Zusammenarbeit im Dienst des Menschen und der Gesellschaft" haben Papst Johannes Paul II. und Italiens Staatspräsident Francesco Cossiga betont. Themen wie Friede und Koexistenz und die Besorgnis um das Wiederaufflammen des internationalen Terrorismus bildeten weitere Gesprächspunkte zwischen Cossiga und dem Papst, der dem italienischen Staatspräsidenten einen offiziellen Staatsbesuch abstattete. Das Gespräch zwischen Cossiga und Johannes Paul II. im „Gläsernen Studio" im Sitz des Präsidenten dauerte rund eine halbe Stunde.

Putsch in Lesotho dementiert

rtr, Johannesburg

Der Ministerpräsident von Lesotho, Jonathan, hat Meldungen über einen Putsch im Lande bestritten und die Kämpfe in der Hauptstadt Maseru als „interne Auseinandersetzungen der Streitkräfte" bezeichnet, die nichts mit Politik zu tun hätten. Auf einer Pressekonferenz hat Jonathan gestern den Westen erneut um Hilfe bei der Einrichtung einer Luftbrücke zur Versorgung der Bevölkerung gebeten. Südafrika blockiert die Grenze des von ihm eingeschlossenen Lesotho, um das Eindringen von Mitgliedern des verbotenen Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) zu verhindern.

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hatte mit Blick auf den Süden der Bundesrepublik in einem Gastbeitrag für die WELT den Vorwurf erhoben, daß sich in Teilen der Bundesrepublik neomerkantilistische Verhaltensweisen breitmachen (WELT vom 11. Januar). Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) setzt sich in seinem Gastbeitrag mit diesem Vorwurf auseinander. Die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns beweise, daß in keinem Bundesland die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft konsequenter angewandt worden seien. Deshalb gehöre der Vorwurf des „Neomerkantilismus", wie er jüngst von „selbsternannten Hütern der Marktwirtschaft" gegenüber Politikern der Union erhoben worden sei, zu den „dümmsten Aussprüchen, die in den letzten Jahren aus Politikermund zu hören waren". Es sei unverantwortlich, wenn das Bemühen, günstige Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft zu schaffen, als „Neomerkantilismus" diffamiert werde. Ohne dieses Bemühen gäbe es beispielsweise keinen Airbus.

Diffamierung der staatlichen Vermittlerrolle



Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß FOTO: WINFRIED RABANUS

Von F. J. STRAUSS

Hätte jemand vor 40 Jahren die Prognose gewagt, das wirtschaftlich-industriell rückständige Agrarland Bayern gehöre schon binnen einer Generation zu den modernsten Industrieregionen Europas – er wäre verlacht oder gar für verrückt erklärt worden. Daß aus dem Fremdenverkehrsland Nummer eins der Bundesrepublik Deutschland jemals ein Industriestandort, der zu den ersten Adressen in Europa zählt, werden könnte, überstieg nach dem Kriege das Vorstellungsvermögen vieler.

Auch heute noch wollen manche nicht wahrhaben, daß die ungleich günstigere Wirtschaftsentwicklung, die der Süden der Bundesrepublik Deutschland gerade in den letzten Jahren genommen hat, nicht auf faulem Zauber beruht, sondern das Ergebnis einer vorausschauenden Regional-, Struktur- und Industriepolitik ist.

Wie war die Ausgangslage 1945? In allen deutschen Ländern lagen die Städte in Schutt und Asche, waren die Industrieanlagen zerstört oder wurden demontiert, waren die Verkehrswege unterbrochen und mangelte es an allem, was eine Wirtschaft braucht, wenn sie laufen soll. Die meisten Länder mußten mit dem Flüchtlingsproblem fertigwerden, besonders Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern. Millionen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen suchten eine Bleibe und mußten ernährt werden. Allein Bayern hatte zwei Millionen von insgesamt acht Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen aufzunehmen. Bayern war als Zonenrandgebiet genauso wie Niedersachsen im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg zusätzlich durch die unselige Teilung Deutschlands betroffen.

Bayern war durch den undurchlässigen Eisernen Vorhang nach Osten und Nordosten von seinen natürlichen Handelslinien abgeschnitten. Straßen, Brücken, Schienenwege, die früher nicht nur die Menschen miteinander verbanden, sondern auch der Wirtschaft und dem Handel dienten, endeten plötzlich im Niemandsland. Aus diesem Grunde glaubte damals kaum jemand, daß das Land zwischen Main und Alpen jemals obenauf sein würde.

Im Jahre 1948 fiel aber eine epochale wirtschaftspolitische Entscheidung, die für Bayern und alle anderen Länder der damals erst im Entstehen begriffenen Bundesrepublik Deutschland den Weg in eine neue, hoffnungsvolle Zukunft ebnete: Es war die Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft. Ich habe mit den Stimmen der CSU im Wirtschaftsrat damals nicht ohne Widerspruch und Anfechtung aus den eigenen Reihen die Mehrheit für diese Entscheidung mit herbeigeführt.

Die soziale Marktwirtschaft gehört neben dem demokratischen Rechtsstaat, neben der parlamentarischen Demokratie und neben der föderativen Ordnung zu den vier Säulen unserer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung. Ich bin heute mehr denn je stolz darauf, daß ich im Juni 1948 mit dabei war und mithelfen konnte, das Ordnungsprinzip der sozialen Marktwirtschaft – gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten – durchzusetzen und so das Fundament zu legen, auf dem die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut werden und zur heutigen Bedeutung gelangen konnte.



» Es verstößt auch keineswegs gegen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, einer Branche mit wirtschaftspolitischen Mitteln zu helfen, wenn sie beispielsweise vom Ausland mit unfairen, marktwirtschaftswidrigen Mitteln in ihrem Bestand gefährdet wird. «

Ich gehörte zu jenen 50 Parlamentariern, die am 17. Juni 1948 im Frankfurter Wirtschaftsrat bei der namentlichen Abstimmung für das „Gesetz über die wirtschaftspolitischen Leitsätze nach der Währungsreform" gestimmt haben. Damit war die Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft gefallen und die Voraussetzung für den Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland geschaffen. Seither ging es mit dem freien Teil Deutschlands wirtschaftlich steil aufwärts. Dieser Aufstieg – er wurde später im Ausland mit einer Mischung aus Neid und Bewunderung als „Wirtschaftswunder" bezeichnet – vollzog sich aber nicht in allen deutschen Ländern in gleicher Weise und nicht überall mit gleicher Dynamik. Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs war damals das klassische Industrie- und Kohleland Nordrhein-Westfalen. Nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung und der alliierten Produktionsbeschränkungen gelang es in kürzester Zeit dank einer bewundernswerten Aufbauleistung der Menschen im Ruhrgebiet, das industrielle Herz Deutschlands und Europas wieder funktionsfähig zu machen. Schon bald lief die Produktion auf vollen Touren, es wurden wieder Gewinne gemacht, die Einkommen stiegen rasch – und damit natürlich auch die Steuereinnahmen des Staates.

Nordrhein-Westfalen wurde das finanzstärkste Land der Bundesrepublik Deutschland. Ganz nebenbei: Damals regierte dort die CDU.

Ganz andere Probleme hatte der Freistaat Bayern: Hier gab es kaum vergleichbare Industriestruktur, keine ausreichende Rohstoffbasis für Grundstoffindustrien, keine flächendeckende Verkehrserschließung, wie sie in Nordrhein-Westfalen bereits vor dem Kriege vorhanden war.

– Bayern war ein Agrarland, das nunmehr von seinen östlichen Absatzmärkten durch den Eisernen Vorhang abgeschnitten und daher empfindlich am Lebensnerv getroffen war.

– Bayern ist ein Flächenstaat, der seit dem Kriege im Vergleich mit anderen Ländern den höchsten Anteil am Zonenrand- und Grenzgebiet aufweist.

– Bayern ist infolge des Krieges in eine verhängnisvolle Randlage zu den europäischen Bezugs- und Absatzmärkten gedrängt worden.

– Bayern muß sich mit dem Rhein-Main-Donau-Kanal erst eine Wasserstraße für kostengünstigen Massenguttransport schaffen.

Lange Wege und teure Wegkosten haben die bayerische Wirtschaft somit zusätzlich belastet und darum vor allem in den ersten Nachkriegsjahren den Wiederaufbau stark behindert und die Ansiedlung neuer Betriebe vor allem im Grenzland zusätzlich erschwert.

Für die Politiker in Bayern, die in der Verantwortung standen – sie gehören seit 40 Jahren mit einer kurzen Unterbrechung stets der CSU an –, war es klar: Diesen besonderen Schwierigkeiten der bayerischen Wirtschaft konnte weder mit den überkommenen planwirtschaftlichen Lenkungsmodellen noch mit traditionellen liberalistischen Vorstellungen von „freier" Marktwirtschaft begegnet werden. Es mußten neue Wege gefunden und auch neue Wege gegangen werden. Das war die Chance der „sozialen Marktwirtschaft". Alfred Müller-Armack, der Schöpfer des Begriffs „soziale Marktwirtschaft", sieht in dieser Wirtschaftsordnung einen elastischeren und umfassenderen Gestaltungsauftrag an die Politiker als bei anderen Ordnungsprinzipien. Müller-Armack hat die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft nicht als ein in sich geschlossenes Gefüge verstanden, sondern als „ein der Ausgestaltung harrender, progressiver Stilgedanke", wie er es 1965 selbst formulierte. Das bedeutet: Es gehört zum Wesen der sozialen Marktwirtschaft, daß der Staat mit marktkonformen Mitteln in den Wirtschaftsablauf eingreifen kann.

Das Ordnungsprinzip „soziale Marktwirtschaft" rechtfertigt es, daß der Staat beispielsweise Mittelstandspolitik treibt, Existenzgründungen begünstigt, Kreditprogramme hierfür auflegt und dafür sorgt, daß die Wirtschaft über mehr Information zu besserer Kooperation kommt.Dazu gehört auch, daß zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in strukturschwachen Gebieten Finanzhilfen gewährt und Steuervergünstigungen eingeräumt werden. Derartige Struktur- und Regionalpolitik ist im Interesse aller Bürger, denn niemand kann die Konzentration in Ballungsgebieten wollen und die Verödung ganzer Landstriche zulassen. Gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land sichern den sozialen Frieden und müssen darum Ziel einer vernünftigen Politik sein. Die Stadt und das flache Land müssen dem Bürger eine Chance zur beruflichen Entfaltung und Entwicklung bieten. Der Staat muß auch Vorsorge für Krisenzeiten treffen. Er hat daher für die Bevorratung wichtiger Rohstoffe zu sorgen und das nötige Krisenmanagement bereitzustellen.

Der Staat hat auch darüber zu wachen, daß Natur und Umwelt geschützt werden. Der Staat muß allerdings auch durchsetzen, daß unsere moderne Industriegesellschaft die erforderliche Infrastruktur zur Verfügung hat und diese so leistungsfähig ist, daß auch unerwartete Krisen gemeistert werden können. Darum hat der Staat beispielsweise eine Energiepolitik zu garantieren, die sich nicht nur am täglichen Bedarf orientiert, sondern die auch in Zeiten der Not eine ausreichende Grundversorgung der Bevölkerung ermöglicht.

Es verstößt auch keineswegs gegen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, einer Branche mit wirtschaftspolitischen Mitteln zu helfen, wenn sie beispielsweise vom Ausland mit unfairen, marktwirtschaftswidrigen Mitteln – etwa staatlich subventionierten Niedrigpreisen – in ihrem Bestand gefährdet wird. Im Gegenteil: Hier fordert das „soziale Element" im Konzept der sozialen Marktwirtschaft die helfende Hand des Staates zur Sicherung der Arbeitsplätze.

Ordnungspolitisch bedenklich ist es allerdings, wenn ein Industriezweig wie der deutsche Kohlenbergbau über Jahrzehnte hinweg Staatszuschüsse erhält und so gegen die Konkurrenz anderer Energieträger geschützt wird. Dies läßt sich für eine gewisse Zeit im nationalen Interesse zur Sicherung der heimischen Energiegrundlage rechtfertigen, aber auf Dauer ist die absolute Kohle-Vorrang-Politik schon aus dem Grunde nicht vertretbar, weil unsere heimische Kohle zum Verheizen und Verstromen viel zu kostbar ist. Ganz abgesehen davon: Diese Politik nützt nicht einmal denjenigen, deren Arbeitsplätze geschützt werden sollen. Wohin es führt, wenn veraltete und überholte Strukturen um jeden Preis erhalten werden, zeigen die unlösbaren Probleme im Revier. Die „Süddeutsche Zeitung" brachte es Anfang Dezember auf den Punkt: „In Baden-Württemberg ist das Risiko, arbeitslos zu werden, so gering wie in keinem anderen Bundesland, in NRW aber so groß wie nirgendwo."

In keinem Bundesland sind die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft konsequenter angewandt worden als in Bayern. Deshalb gehört der Vorwurf des „Neomerkantilismus", wie er in jüngster Zeit von selbsternannten Hütern der Marktwirtschaft gegenüber Politikern der Union erhoben wurde, zu den dümmsten Aussprüchen, die in den letzten Jahrzehnten aus Politikermund zu hören waren.

Die Anwendung eines historischen Begriffes aus der Zeit des Absolutismus auf wirtschaftspolitische Vorgänge des 20. Jahrhunderts zeugt nicht nur von einer schwerwiegenden Fehleinschätzung aktueller Vorgänge, sondern vor allem auch von einer bemerkenswerten Unkenntnis wirtschaftsgeschichtlicher Fakten und Zusammenhänge: Nicht das merkantilistische Streben nach machtpolitischem Wohlstand der *Staaten* ist heute das Ziel der Wirtschaftspolitik, sondern ausschließlich der wirtschaftliche Wohlstand seiner Bürger. Nicht eine Abschottung der heimischen Märkte wird heute angestrebt, sondern im Gegenteil die Öffnung möglichst vieler Märkte für den freien und ungehinderten Austausch von Waren und Dienstleistungen. Nicht eine auf Autarkie – höchstes und letztes Ziel eines jeden Merkantilisten – hinsteuernde Wirtschaftspolitik kommt heute in Frage, sondern eine immer weiter gehende Verflechtung der Volkswirtschaften untereinander und ihre Abhängigkeit voneinander bestimmen heute das Wirtschaftsleben. Kooperation statt Konzentration, Zusammenarbeit statt Isolation sind heute die Ziele wirtschaftlicher Vernunft. Es ist deshalb abwegig und unverantwortlich, wenn das Bemühen, günstige Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft zu schaffen, wenn die wohlmeinende staatliche Vermittlerrolle und wenn die Förderung von Wissenschaft und Forschung als „Neomerkantilismus" diffamiert werden.

Über die Rolle, die Staat und Wirtschaft in einem Gemeinwesen zu spielen haben, wird immer wieder diskutiert werden. Aber die Frage ist doch, wie weit die Mechanismen der Wirtschaft die Probleme selbst lösen können oder aber wie weit der Staat ergänzend, helfend, partnerschaftlich – nicht dirigierend oder intervenierend – eingreifen soll oder muß.

Wenn wir in den 50er Jahren die Entscheidung, ob in der Bundesrepublik Deutschland eigene kerntechnische Forschungen und Entwicklungen betrieben werden sollten oder ob man den Aufbau einer eigenen Luft- und Raumfahrtindustrie riskieren sollte, allein der Wirtschaft überlassen hätten, dann gäbe es heute diese beiden wichtigen Zukunftsbranchen in der Bundesrepublik nicht. Denn gerade aus Kreisen der Wirtschaft kam heftiger Widerstand gegen eine finanzielle Beteiligung an solchen Projekten – aus Angst, das investierte Kapital zu verlieren.

» Es ist deshalb abwegig und unverantwortlich, wenn das Bemühen, günstige Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft zu schaffen als „Neomerkantilismus" diffamiert wird. «

Den Airbus gäbe es genausowenig wie moderne Kernkraftwerke, denn, wie niemand besser weiß als ich, selbst die finanzkräftige Industrie wollte in das Risiko nicht einsteigen oder möglichst ausscheiden und es dem Staat überlassen. Das ist die Wirklichkeit und nicht umgekehrt.

Ich habe damals als Kabinettsmitglied das Ringen um diese grundlegenden Entscheidungen für die deutsche Wirtschaft nicht nur aus nächster Nähe miterlebt, sondern auch maßgeblich mitbeeinflußt. Als die Bundesrepublik nach Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 wieder die Erlaubnis bekam, auf dem Gebiet der Kerntechnik tätig zu werden, gab es für mich nicht den geringsten Zweifel, daß wir alles versuchen mußten, um auf diesem Gebiet trotz eines scheinbar unaufholbaren Forschungsrückstandes von 15 Jahren wieder den Anschluß an die westlichen Industrienationen zu gewinnen. Nur dank der umfassenden Hilfestellung des Bundes haben wir dieses Ziel bereits nach zehn Jahren, 1965, erreicht.

Ende der 60er Jahre waren wir dann in der Lage, uns dem internationalen Wettbewerb zu stellen und Kernkraftwerke zu exportieren, die allen Ansprüchen genügten. Heute steht die deutsche Nukleartechnik in punkto Zuverlässigkeit und Sicherheit weltweit an der Spitze. Zehntausende sicherer Arbeitsplätze sind mittelbar oder unmittelbar im Umfeld der Kerntechnik entstanden.

Ähnlich lagen die Dinge bei der Entscheidung für oder gegen eine eigene deutsche Flugzeugindustrie. Auch hier hatten wir durch eine zehnjährige Zwangspause den Anschluß verloren. Die Frage war: Hat es überhaupt einen Sinn, angesichts der belasteten deutschen Vergangenheit, der Zerstörung und Demontage der Produktionsanlagen, der in diesen zehn Jahren stürmisch vorangeschrittenen Technik, wieder eine Flugzeugproduktion in nationaler Regie aufzunehmen? Oder sollten wir uns mit der Rolle einer großen Wartungsfirma für militärisches, vielleicht auch ziviles Fluggerät begnügen, und uns im übrigen mit Unteraufträgen abspeisen lassen?

Ich war damals der Meinung, daß es nur einen einzigen richtigen Weg gab, nämlich die zehn Jahre Rückstand aufzuholen, zunächst amerikanisches Gerät zu warten, dann in Lizenz nachzubauen und schließlich über den Nachbau die Ingenieurkapazitäten zu schaffen, die technisch-wissenschaftlichen Potentiale zur eigenen Entwicklung oder zur Koproduktion aufzubauen.

Wir sind diesen langen, beschwerlichen und kostspieligen Weg gegangen. Rückblickend stelle ich fest – und es wird mir heute kaum jemand widersprechen: Es hat sich gelohnt. Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie gehört zu den stürmisch wachsenden Branchen unserer Wirtschaft. Wir produzieren heute, zusammen mit unseren europäischen Partnern, im militärischen wie im zivilen Bereich absolute Spitzentechnik – angefangen von Tornado über Spacelab und Ariane bis hin zum Airbus.

Dabei ist es uns bei den Zivilflugzeugen gelungen, gegen eine zunächst übermächtige amerikanische Konkurrenz auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen und eine drohende amerikanische Weltmonopolstellung zu verhindern.

Wie groß inzwischen weltweit das Vertrauen in die Qualität und die Leistungsfähigkeit der deutschen und europäischen Flugzeugindustrie geworden ist, zeigt ein „Weltrekord", den das jüngste, noch in der Entwicklung befindliche Kind der Airbus-Familie, die A 320, aufgestellt hat: Noch nie in der Geschichte des zivilen Flugzeugbaus konnte eine Maschine, die erst auf dem Reißbrett existierte, so viele Festbestellungen und Kaufoptionen verbuchen wie die A 320. Noch hängt die Airbus-Industrie am finanziellen „Tropf" öffentlich verbürgter oder gewährter Kredite, aber rückzahlbar und verzinsbar. Doch wenn sich die Auftragslage weiterhin so günstig entwickelt wie bisher, wird das Unternehmen in wenigen Jahren in der Gewinnzone sein und ohne öffentliche Mittel auskommen.

Mitte der 50er Jahre war jedoch kein deutsches Unternehmen willens oder fähig, in eine aus damaliger Sicht so unsichere Branche wie den Flugzeugbau Geld zu investieren – hier mußte der Staat einspringen.

Nicht zuletzt solchen staatlichen Weichenstellungen, die oft mit dem unscharfen Begriff „Industriepolitik" umschrieben werden, ist der unaufhaltsame Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland vom größten Trümmerhaufen der Weltgeschichte bis an die Spitze der europäischen Industrienationen zu verdanken.

Zu Beginn der 70er Jahre geriet die Bundesrepublik – wie die meisten anderen Industriestaaten – in die schlimmste Strukturkrise seit ihrem Bestehen. Für diese Krise gab es, neben hausgemachten Fehlern und Versäumnissen, auch verschiedene weltwirtschaftliche Ursachen:

– Die Vervielfachung der Energiekosten seit 1973, so daß energieintensive Branchen nicht mehr konkurrenzfähig waren.

– Höheres Risiko im Außenhandel durch flexible Wechselkurse seit 1971.

– Die Verschärfung des internationalen Wettbewerbs und damit die Verengung der Absatzmärkte durch die Industrialisierung zahlreicher Entwicklungsländer und die zunehmende industrielle Konkurrenz aus Schwellenländern wie Taiwan, Brasilien, Südkorea.

– Zum Teil unlauterer Verdrängungswettbewerb durch die aggressive, staatlich massiv unterstützte Exportpolitik Japans.

– Die Entwicklung neuer Produktionstechniken (z. B. durch Roboter-Einsatz, Verwendung numerisch gesteuerter Maschinen) mit dem Zwang zu horrenden Investitionen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die strukturellen Verwerfungen machten sich auf zweierlei Weise bemerkbar: Arbeits- und energieintensive Branchen fielen mehr und mehr zurück, während hochtechnisierte und automatisierte Industriezweige für Wachstum sorgten. Regional entstand das, was von manchen heute als „Süd-Nord-Gefälle" bezeichnet wird: Die traditionellen Industriezweige wie Bergbau, Kohle, Stahl, die vor allem im Norden der Bundesrepublik angesiedelt sind, konnten mit der Wachstumsdynamik der überwiegend im Süden Deutschlands beheimateten modernen Branchen (Elektrotechnik, Datenverarbeitung, Luft- und Raumfahrtindustrie) nicht mehr mithalten.

So bitter die Wirtschaftskrise in den 70er Jahren vor allem für diejenigen, die durch sie ihren Arbeitsplatz verloren, auch war, so sorgte sie doch für eine Klärung der durch Reformeuphorie und überzogenes Anspruchsdenken vernebelten wirklichen Verhältnisse: Nun schlug die Stunde der Wahrheit für die Qualität der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Die Strukturkrise deckte schonungslos die bis dahin oft nur für Eingeweihte erkennbaren strukturpolitischen Fehler und Versäumnisse liberalsozialistischer Politiker auf.

Auch Bayern war und ist keine Insel der Seligen, auch wir hatten unter den tiefgreifenden wirtschaftlichen Veränderungen jener Jahre zu leiden. Aber nun mußten auch die böswilligsten Kritiker bayerischer Verhältnisse zugeben: Bayern hat – zusammen mit Baden-Württemberg – die Strukturkrise des vergangenen Jahrzehnts am besten überstanden. Eine seit Jahrzehnten konsequent auf den Fortschritt setzende, zukunftsorientierte, marktoffene und unternehmensfreundliche Wirtschaftspolitik war die Grundlage für den bayerischen Erfolg in der Vergangenheit. Sie ist auch das Fundament dafür, daß Bayern in der Wachstumsdynamik – noch vor Baden-Württemberg – Spitzenreiter bleibt und damit inzwischen zum Schrittmacher des Aufschwungs in der Bundesrepublik geworden ist: Ohne die überdurchschnittlichen Konjunkturdaten Bayerns und ohne die glänzenden bayerischen und baden-württembergischen Wirtschaftserfolge fiele der derzeitige Aufschwung in der Bundesrepublik weit bescheidener aus. Die Zahlen sprechen für sich:

– Das reale Wachstum betrug in Bayern 1984 3,4 Prozent, im Bund nur 2,6 Prozent.

– Das Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Halbjahr 1985 in Bayern sogar um 4,3 Prozent, im Bund jedoch nur um 1,8 Prozent gewachsen.

– Die Arbeitslosenquote war 1984 in Bayern deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt: 7,8 Prozent in Bayern gegenüber 9,1 Prozent im Bund. Im Dezember 1985 das gleiche Bild: Bayern 7,9 Prozent, Bund 9,3 Prozent.

– Bayern ist das einzige Bundesland, in dem in den letzten zehn Jahren keine Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Im Gegenteil: Jeweils ein Drittel der neugeschaffenen Arbeitsplätze der Jahre 1984 und 1985 entfallen auf Bayern. Es ist eine Tatsache: Gäbe es überall bayerische Verhältnisse, läge die Zahl der Arbeitslosen bundesweit nicht bei 2,3 Millionen, sondern bei 1,6 Millionen.

Diese Erfolge kommen nicht von ungefähr: Bayerns Haushalte sind solide finanziert. Wir haben eine Investitionsquote von 22,6 Prozent, während die Ländergesamtheit nur bei 16,6 Prozent liegt. Wir haben die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung. Diese liegt bei 2260 DM, während der Länderdurchschnitt bei 4270 DM liegt und die Nordrhein-Westfalens sogar bei 4807 DM.

Wir haben uns also in schwierigen Zeiten den Spielraum erhalten, unsere Haushalte für zusätzliche Investitionen expansiv zu gestalten. Diese Politik gestattet es uns auch, die in den nächsten Jahren notwendigen weiteren Steuersenkungen ohne höhere Neuverschuldung und ohne Verzicht auf Investitionen zu finanzieren.

Die günstige Entwicklung, die Bayern genommen hat, ist vor allem eine Folge einer konsequent betriebenen Politik zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Ansiedlung von Industrien mit Zukunft:

– Die erfolgreiche Spacelab-Mission ist das Ergebnis eines seit Mitte der 60er Jahre konsequent betriebenen Aufbaus der bayerischen Luft- und Raumfahrtindustrie. Heute ist mehr als die Hälfte der deutschen Kapazitäten dieses Industriezweiges in Bayern angesiedelt.

– Knapp die Hälfte der in der Bundesrepublik Deutschland produzierten Halbleiter kommt aus Bayern.

– In der Produktion von Silizium des höchsten Reinheitsgrades hält ein bayerisches Unternehmen einen Anteil von 40 Prozent am Weltmarkt.

– Die Elektroindustrie, vor allem in den Bereichen Datenverarbeitung, Nachrichtentechnik, Meß- und Regeltechnik, elektronische Bauelemente, ist zur bayerischen Schlüsselindustrie geworden: 17,3 Prozent aller Industriebeschäftigten sind hier tätig.

– Neben den Produzenten von Hardware haben sich auch rund 40 Prozent der deutschen Software-Häuser in Bayern angesiedelt.



» Den Airbus gäbe es genausowenig wie moderne Kernkraftwerke, denn, wie niemand besser weiß als ich, selbst die finanzkräftige Industrie wollte in das Risiko nicht einsteigen oder möglichst ausscheiden und es dem Staat überlassen. «

Wir sind in Bayern mit den atemberaubenden Veränderungen der Wirtschaft in den letzten Jahren nur deshalb so gut fertig geworden, weil wir durch eine solide Industriepolitik auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft der Herausforderung des wirtschaftlich-technischen Fortschritts seit jeher Rechnung tragen.

Marktwirtschaftsoffene, ideologiefreie und unternehmensfreundliche Industriepolitik, so wie wir sie verstehen, betrachtet den Staat als ehrlichen Makler und Mittler, gegebenenfalls auch als Partner auf Zeit, der alles dafür zu tun hat,

– daß Unternehmen, die sich ergänzen, zusammenfinden,

– daß Gruppierungen entstehen, die sich gegenseitig stärken und so international wettbewerbsfähig bleiben,

– daß vor allem Unternehmen – wie zum Beispiel BMW – im Lande bleiben und hier neue Arbeitsplätze schaffen. Ohne den Konzerngiganten aus Übersee vergleichbare Größenordnungen entgegensetzen zu können, wird kein europäisches Unternehmen auf den Weltmärkten konkurrenzfähig sein können.

Bayern hat die Herausforderung der „dritten industriellen Revolution" angenommen und ist auf dem besten Wege, sie zu bewältigen.

So jung und schon 14facher Preisträger in Europa. Für Technik, Design und Sicherheit. Der Scorpio von Ford.

Auto des Jahres 1986
Scorpio

Serienmäßig: Das integrierte Anti-Blockier-System. Der Scorpio bleibt auch bei einer Vollbremsung lenkfähig.

Deutscher Verkehrssicherheitspreis (Deutsche Verkehrswacht/Björn-Steiger-Stiftung).
Schwedischer Automobil-Sicherheitspreis.
Sicherheitspreis 1985 (Autozeitung).
Goldenes Lenkrad 1985 (Bild am Sonntag).
Premio Attualita (vom italienischen Magazin „Motor").
Goldene Hupe (Auto und Sport, Belgien).
Importwagen des Jahres (von der spanischen Zeitschrift „Motor Mundial").
Importwagen des Jahres (von der spanischen ABC Zeitung).
Importwagen des Jahres (von „Cadena Catalana Radio" in Spanien).
Auto des Jahres 1985 in Irland.
Auto des Jahres 1986 in Norwegen.
Auto des Jahres 1986 in Dänemark.
Top Car 1986 in Großbritannien
Auto des Jahres 1986 in Europa.



Kohl nennt Verhältnis zu USA „exzellent“

SAD, New York

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Teilnahme von US-Präsident Ronald Reagan bei der Kranzniederlegung auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg „einen der wichtigsten Schläge gegen die amerikafeindlichen Gefühle“ in der Bundesrepublik Deutschland genannt.

In einem Interview der „New York Times“ betonte der Kanzler, daß gegenwärtig die deutsch-amerikanischen Beziehungen trotz einiger Meinungsunterschiede „exzellent“ seien.

In seiner dreijährigen Amtszeit sei „der Antiamerikanismus in Deutschland zerbröckelt, in sich zusammengebrochen“. Trotz der damaligen Proteste gegen die Teilnahme Reagans an der Feier in Bitburg vertrat Kohl die Auffassung, die Mehrheit der Amerikaner sei jetzt der Meinung, daß ihr Präsident mit dem Besuch das Richtige tat.

Kohl warnte in dem Interview vor offenen Vergeltungsschlägen gegen Libyen. Militärische Aktionen würden nur die Solidarität der arabischen Staaten stärken und damit letztendlich den westlichen Interessen schaden.

Der Kanzler verhehlte auch nicht seine „tiefe Skepsis“ gegenüber der Entscheidung Washingtons, die Libyer wegen ihrer Unterstützung des internationalen Terrorismus mit wirtschaftlichen Sanktionen zu bestrafen.

Statt dessen befürwortete Kohl eine „viel engere“ und „völlig unbürokratische“ Zusammenarbeit der Amerikaner und Westeuropäer zur wirksameren Bekämpfung des Terrorismus, den er die „Pest des 20. Jahrhunderts“ nannte.

Zur Frage des Korrespondenten der „New York Times“ nach einem Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland erklärte Kohl, dieser hänge vom Ausgang des sowjetischen Parteikongresses im Februar ab. Es gebe Anzeichen dafür, daß die sowjetische Führung ihren osteuropäischen Verbündeten wieder „festere Zügel“ anlegen wolle.

Die wirtschaftliche Erholung der Bundesrepublik, der damit verbundende wachsende Optimismus in der deutschen Bevölkerung sowie die Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ließen es, so Kohl, als sicher erscheinen, daß seine Regierung die Wahlen 1987 gewinnen werde.

NATO: Gorbatschows neuer Vorstoß zielt auf die totale Überlegenheit

16 SS-20-Regimenter blieben bei Realisierung des Plans östlich des Ural erhalten

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Der neue Abrüstungsvorschlag Michail Gorbatschows läßt Moskau eine Hintertür offen, durch die der Kreml die absolute militärische Überlegenheit in Europa erreichen könnte. Zugleich würde Europa von den USA abgekoppelt werden. Zu diesem Schluß kommen NATO-Experten, die zwei Tage lang Gorbatschows Erklärung geprüft haben.

Der wichtigste Punkt für Europa ist Gorbatschows Vorschlag: „In der ersten Etappe wird eine Entscheidung über die vollständige Beseitigung der Mittelstreckenraketen der UdSSR und der USA in der europäischen Zone als erster Schritt auf dem Weg zur Befreiung des europäischen Kontinents von Kernwaffen herbeigeführt und verwirklicht.“ (Amtliche Übersetzung der Ost-Berliner Agentur ADN.)

Hinter der harmlos erscheinenden Formulierung „in der europäischen Zone“ verberge sich, so die NATO-Fachleute, daß Gorbatschow von den USA den vollständigen Abbau aller Mittelstreckenraketen in Europa verlange, selbst jedoch 16 SS-20-Raketenregimenter östlich des Ural behalten dürfe. Von dort aus könnten diese Raketen, die eine Reichweite von 5000 Kilometern besitzen, bequem Westeuropa erreichen. Sie würden über 432 Atomsprengköpfe verfügen, ausreichend, um die Staaten Westeuropas zu bedrohen und zu erpressen: Die Abkoppelung Europas von den USA wäre perfekt, denn amerikanische Atomraketen, deren Gegenschlag bei ihrer Präsenz in Westeuropa die sowjetische Staatsführung in Rechnung zu stellen hätte, würden nach Gorbatschows Plan abgebaut. Damit wäre für die Sowjetunion ein Signal gegeben, daß sie bei einem Nuklearangriff auf Westeuropa nicht unbedingt mit dem Einsatz amerikanischer Interkontinentalwaffen zu rechnen hätte, weil der Automatismus entfalle, den ein Angriff auf US-Atomwaffen auslöse.

Nach den Worten hochstehender NATO-Gewährsleute entstünde eine „instabile Situation“, die in Krisenlagen zur Folge haben müßte, daß die Staaten Westeuropas „sich dem Willen der Sowjetunion unterwerfen“ müßten. Historisch sei es schon seit Stalin das Ziel Moskaus, Westeuropa von Amerika zu trennen. Gorbatschow habe eine neue Variante hinzugefügt. Abrüstung müsse der Sicherheit dienen. Allein und ohne Beachtung der Sicherheit, gerate sie in die Gefahr zum Selbstzweck zu werden. Das aber könne den „Untergang unserer Zivilisation“ nach sich ziehen. (SAD)

DW. Bonn

Die Vereinigten Staaten hatten am 1. November 1985 in Genf vorgeschlagen, beide Seiten sollten in Europa die Zahl der Startrampen für Mittelstreckenraketen auf 140 reduzieren und sich weltweit auf eine Obergrenze der Atomsprengköpfe für Mittelstreckenwaffen festlegen. Vom Prinzip globaler Obergrenzen für die Gefechtsköpfe wollen die USA mit Billigung ihrer NATO-Partner nicht abgehen, um zu verhindern, daß Moskau von Asien aus Europa bedroht. Die Amerikaner haben sieben Tage lang ihren Vorschlag erläutert, ehe die Konferenzrunde bis zum 16. Januar unterbrochen wurde. Die sowjetische Antwort darauf steht noch aus, wenn sie nicht schon durch Gorbatschows neuen Vorschlag gegeben worden ist. Der Drei-Stufen-Plan des Kreml-Chefs sieht folgende Phasen vor:

- bis 1990: die Atomwaffen der UdSSR und USA sollen um die Hälfte reduziert werden.
- bis 1995: die USA und UdSSR frieren ihre gesamte Nuklearrüstung ein und verpflichten sich keine Atomwaffen auf dem Territorium anderer Länder zu besitzen.
- bis 1999: Alle noch verbliebenen Atomwaffen sollen endgültig vernichtet werden.

In Brüssel heißt es, der mit großer Fanfare im Moskauer Fernsehen verkündete Kreml-Plan für die Mittelstreckenwaffen habe keine Chance, in dieser Form vom Westen angenommen zu werden. Als Abrüstungsplan sei er unseriös.

Achromejews „radikaler Schritt“

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Die Regierungschefs von England, Frankreich und China haben mehrmals erklärt, daß sie sich dem Prozeß einer Abrüstung der Kernwaffen anschließen würden, wenn die UdSSR und die USA ihre Kernwaffenarsenale wesentlich reduzieren würden“. Dies sagte der sowjetische Generalstabschef Sergej Achromejew während einer internationalen Pressekonferenz in Moskau, auf der noch einmal die Vorschläge Gorbatschows dargelegt wurden. Die UdSSR schlügen deshalb vor, daß diese Staaten mit der Reduzierung ihrer Kernwaffen in der zweiten Phase – also nicht später als 1995 – beginnen sollten, nachdem die UdSSR und USA ihre strategischen und anderen Kernwaffen, die das Territorium des anderen erreichen können, um die Hälfte reduziert hätten. England, Frankreich und China sollten ihre strategischen Waffen dann in der dritten Phase – von 1995 an – beseitigen, nach dem Abschluß der vollständigen „Liquidierung“ der Kernwaffenarsenale der UdSSR und der USA. Auf die Kernwaffenreduzierung in Europa eingehend, meinte der Generalstabschef: „Wir haben die SS-20 stationiert, weil es in den NATO-Ländern Europas entsprechende Kernwaffen mittlerer Reichweite gibt, die die Sicherheit der Sowjetunion gefährden. Ebenso haben wir diese SS-20 im Osten stationiert, weil die USA in dieser Region Raketen haben, die die UdSSR erreichen können.

Als ersten „radikalen“ Schritt zur Befreiung des europäischen Kontinents von Kernwaffen nannte Achromejew die „Liquidierung“ aller ballistischen sowie Flug-Raketen der mittleren Reichweite der UdSSR und USA in Europa. Diese würden aber nur dann abgebaut, wenn die USA auch wahrhaftig die Verpflichtung übernehmen würde, weder strategische noch mittelstrecken-Raketen an andere Länder zu liefern und wenn weder England noch Frankreich ihre entsprechenden Kernwaffen nicht aufstocken würden.

Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse hat in Tokio die USA vor einer Fortsetzung ihres Raketenabwehrprogramms SDI gewarnt. Angesichts des Abrüstungsvorschlages von Gorbatschow sei SDI überflüssig. Falls aber die Vereinigten Staaten dennoch „offensive Waffen“ im All stationierten, werde die Sowjetunion mit eigenen Waffen nachziehen, erklärte Schewardnadse.

Rita Süssmuth und der Hebel der Veränderung

MICHAEL JACH, Loccum

Der Gleichberechtigung von Mann und Frau wie sie im häuslichen Rahmen gilt, in den außerfamiliären Lebensbereichen Geltung zu verschaffen, hat Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth (CDU) am Wochenende als vorrangige Aufgabe ihrer Amtsführung herausgestellt. Während einer Tagung „Frauenpolitik kontra Familienpolitik?“ in der Evangelischen Akademie Loccum verneinte Frau Süssmuth die thematische Fragestellung für ihren Verantwortungsbereich mit der Zielerklärung, die „Spannung zwischen Gleichberechtigungspolitik und Familienpolitik“ beseitigen zu wollen. „Das heißt für mich, in erster Linie in der Familienpolitik konsequent der Gleichheit von Mann und Frau nachzugehen.“

Das Ja zur Familie

Auf gezielte Nachfrage ergänzte die Ministerin, hier liege auch ihr wesentlicher Beweggrund für die Annahme ihrer Berufung ins Regierungsamt: „... die Dinge, die den Frauen unter den Nägeln brennen, in Bewegung setzen.“

Anhand ihres von der Tagungsleitung vorformulierten Referatsthemas „Braucht der Mensch eine Familie?“ – an ihrer uneingeschränkt positiven Antwort auf die banale Frage gab es nichts zu deuteln – ermöglichte die Ministerin aufschlußreichen Einblick in ihre Grundüberzeugungen, wonach die Geschlechtergleichheit als Sinn- und Zweckerfüllung christlich-demokratischer Familienpolitik anzusehen sei.

Die eigentliche Ursache tatsächlicher Ungleichheiten zwischen Mann und Frau im öffentichen, Erwerbs- wie häuslichen Leben erblickt Frau Süssmuth in der herkömmlichen Bindung der Frau an die familiären Versorgungs- und Erziehungspflichten. Hier sei der Hebel nötiger Veränderung anzusetzen, „so daß Sicheinlassen auf Familie nicht die ständige Ursache und Fortschreibung von Ungleichheit ist“. Solange von den Frauen selbstverständlich erwartet werde, „daß sie in die Familie gehen und sich damit wieder in die Ungleichheit begeben, kann diese Sache nicht gelingen“.

Zur Entlastung der Frauen von dieser „zugeschriebenen Rolle“ denkt die Minsterin indessen nicht an sozialistische Lösungsmodelle, wonach Staat oder Kollektiv einzuspringen hätten. Vielmehr seien die Männer gefordert, sich ihrer Vaterschaft neu zu besinnen: nicht als eines „hierarchischen Anspruchs“, sondern als „gelebte Vaterschaft“, die in ihrem häufig vorwiegend berufs- und freizeitbezogenen Leben „Grundlegendes verändert“, weit hinaus über den „Stolz darauf, Vater geworden zu sein“. Männer wie Frauen müßten es sich durch wechselseitige Aufgabenteilung ermöglichen, „in unterschiedlichen Lebensbereichen Erfahrungen zu machen und Erfüllung zu finden“, gleicherweise somit im Haus, im Beruf, in der Gesellschaft, damit beiden „ganzheitliches Menschsein“ möglich werde.

Dazu jedoch bedürfe es einer Frauenpolitik, die „mehr ist als ein Anhängsel der Familienpolitik“, mehr als „Verteilen von Wohltaten für Frauen“. Jenem derzeit weit entrückten Idealbild näherzukommen, seien auf dem Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik tiefgreifende Umwälzungen vonnöten. Die jüngsten Gesetzgebungsschritte zur Teilzeitarbeit, zu Elternurlaub und Erziehungsgeld bewertet Süssmuth als bescheidene erste Gehversuche, allerdings „in die richtige Richtung“. Demnächst werde wirksame Frauenförderung im Beruf erforderlich – vielleicht mit „flexiblen Richtwerten“ für Quotenzuteilung von Arbeitsplätzen.

Rita Süssmuth („wir Frauen“), die sich in Loccum mit ihrem Bonner Amt ausdrücklich zur „Anwältin für eine benachteiligte Gruppe“ erklärte, „solange die Benachteiligung anhält“, erntete von den etwa 150 überwiegend jüngeren Tagungsteilnehmerinnen (plus einige Teilnehmer) verehrungsvollen Applaus als die Vorkämpferin der Frauenbewegung in der Bundesregierung.

Objektiv und subjektiv

Erstaunen allerdings löste ihr betontes Bemerken im kleineren Kreise aus, an Rückendeckung vom Bundeskanzler habe es ihr bisher nicht gemangelt. Nichtsdestoweniger ließ die eben in Göttingen zur Bundestagskandidatin nominierte Ministerin wissen: „Objektiv schadet mir meine Politik.“ „Subjektiv“ hingegen kann sie sich „nichts Schöneres vorstellen, als die Möglichkeit, etwas zu bewirken“. So solle denn durchaus – „aber gewiß nicht mehr vor der Bundestagswahl“ – die Zweckwidmung ihres Ministeriums um ein Frauenressort erweitert werden.

Lafontaine wartet auf den Beitrag der Banken

ULRICH REITZ, Bonn

Die saarländische Regierung will noch im Januar eine grundsätzliche Einigung über die Sanierung von Arbed Saarstahl erreichen. Vor diesem Hintergrund trafen sich Vertreter des Bundes, des Landes, der Banken, der IG Metall, von Arbed und der Dillinger Hütte zu Beratungen in der Saarland-Vertretung. „Positiv“ nannte der saarländische Wirtschaftsminister Hajo Hoffmann das Ergebnis. Gleichwohl: Was den Beitrag des Bundes und der Banken angeht, konnte noch keine Einigung erzielt werden. Bevor Ministerpräsident Lafontaine und Bundeskanzler Kohl eine politische Entscheidung über das Konzept der Landesregierung fällen können, ist, wie verlautete, noch eine weitere Arbeitsrunde nötig.

Den „bisher größten Beitrag“ soll die IG Metall geleistet haben. Die Landesregierung hatte von den Metallern eine Modifizierung des Schutzvertrages von 1978 verlangt, der die Arbed-Arbeitnehmer vor Massenentlassungen schützt. IG Metall und die Dillinger Hütte, die die industrielle Führung bei Saarstahl übernehmen soll, erzielten eine unterschriftsreife Einigung.

Die Banken sollen nach dem Willen der Landesregierung auf 350 Millionen Mark ihrer unverbürgten Kredite in Höhe von einer Milliarde verzichten. Doch an ihrer Haltung, lediglich 250 Millionen preiszugeben, änderte sich nichts. Das Bundesfinanzministerium ist darüber hinaus nicht bereit, die Forderung der Kreditinstitute an den Bund zu erfüllen, den verbleibenden Betrag zu verbürgen.

Kaum Zweifel gibt es an der Bereitschaft der Bundesregierung, ihren Anteil an der Entschuldung von rund 700 Millionen zu übernehmen. Das Saarland fordert indes von Bonn die Übernahme des Landesanteils an der Entschuldung in Höhe von 500 Millionen. Das Landes-Wirtschaftsministerium geht jedoch davon aus, daß es eine direkte Subvention aus Bonn in dieser Höhe nicht geben wird. „Das würde die Begehrlichkeiten anderer wecken.“ Die saarländische FDP und die CDU haben sich deshalb dafür eingesetzt, die bis 1987 befristeten Strukturhilfen nach dem Grundgesetz in Höhe von 300 Millionen bis 1990 zu verlängern. Doch „weitere 300 Millionen können den Saar-Haushalt nicht retten“, verlautete aus dem Hoffmann-Ministerium.

Annäherung in Tokio?

Sowjetischer Außenminister mit Besuch in Japan zufrieden

FRED de LA TROBE, Tokio

Die Bilanz des fünftägigen Tokio-Besuchs des sowjetischen Außenministers Schewardnadse, der am Sonntag endete, wird in Anbetracht bescheidener Voraussagen als passabel gewertet. Zwar blieb der sowjetische Politiker in der Kernfrage, dem Anspruch Japans auf vier von den Sowjets 1945 besetzte Inselgebiete – Etorofu, Kunashiri, Shikotan und die Habomai-Gruppe – unnachgiebig.

Doch einigten sich beide Seiten auf eine Formel, welche die Japaner als wichtigen Fortschritt werten: Die Friedensgespräche sollen auf der Basis einer sowjetisch-japanischen Erklärung von 1973 wiederaufgenommen werden. Die Erklärung hatte auf „ungelöste Probleme“ zwischen den beiden Ländern hingewiesen, also die Territorialfrage angeschnitten.

Seit 1973 vertritt Moskau die schärfere Haltung, daß es kein Territorialproblem zwischen beiden Staaten mehr gebe. Schewardnadse ging nun so weit, zu erklären, er habe Verständnis dafür, daß Japan die Territorialfrage als ein noch ungelöstes Problem ansehen wolle. Man werde darüber weiterreden. Insgesamt sei er mit dem Ergebnis seines Tokio-Besuchs zufrieden. Der sowjetische Außenminister gab auch zu, daß es während der Verhandlungen mit seinem japanischen Amtskollegen Abe zu hitzigen Auseinandersetzungen gekommen sei.

Ein Schritt zur Entspannung des gegenseitigen Verhältnisses aber war das Übereinkommen, daß künftig einmal jährlich Konsultationen auf Außenministerebene stattfinden werden. Das letzte reguläre sowjetisch-japanische Treffen auf dieser Ebene hatte vor acht Jahren stattgefunden. Schon Ende dieses Jahres wird Abe nach Moskau fliegen.

Als Erfolg buchen beide Seiten auch die Vereinbarung über einen gegenseitigen Besuch von Parteichef Gorbatschow und Ministerpräsident Nakasone zu noch unbestimmten Terminen. Der japanische Regierungschef schränkte allerdings ein, er werde eine Reise nur dann unternehmen, wenn ein positives Ergebnis zu erwarten sei. Außerdem solle zuerst Gorbatschow nach Tokio kommen.

Der Gegensatz zwischen der bisher mürrischen Kälte des früheren sowjetischen Außenministers Gromyko im Umgang mit den Japanern und der Diplomatie des Lächelns von Schewardnadse war auffallend. Offensichtlich war der neue Mann bemüht, das schlechte Image der Sowjetunion in Japan aufzupolieren.

Bei einem Treffen zwischen Schewardnadse und Ministerpräsident Nakasone äußerte der japanische Premier „tiefes Bedauern“ über den Aufbau der sowjetischen Militärmacht in Ostasien und forderte eine Einschränkung der Rüstung Moskaus in der Region. Nach amerikanischen Angaben haben die Sowjets 162 Raketen vom Typ SS 20 östlich des Urals auf Japan, China und andere asiatische Staaten gerichtet.

Der sowjetische Außenminister erklärte, daß im Falle einer amerikanisch-sowjetischen Übereinkunft entsprechend dem neuen Abrüstungsvorschlag Gorbatschows die Sowjets auch in Asien die Zahl ihrer Nuklearraketen einschränken würden, wenn die Amerikaner in der Region entsprechende Abstriche an ihrem Raketenpotential machen würden. (SAD)

Bagdad greift ziviles Schiff an

AFP, Rotterdam/Bagdad

Zum dritten Mal seit Beginn des iranisch-irakischen Kriegs ist ein ziviles Schiff im Persischen Golf von einem Geschoss getroffen worden. Bei einem irakischen Angriff auf die „Smit Maassluis“ wurden sechs Mann der 34köpfigen Besatzung verletzt, teilte ein Sprecher des Unternehmens in Rotterdam mit.

An Bord des Schiffs seien, so ein Unternehmenssprecher, nicht nur Niederländer gewesen. Ein irakischer Armeesprecher in Bagdad bestätigte den Angriff, der sich in der Nähe des iranischen Hafens Buschir, rund 130 Kilometer südlich des Erdölterminals Khark, abspielte. Die „Smit Maassluis“ war auf Kurs in die Vereinigten Arabischen Emirate.

Von Fischer kein Baustopp

dpa, Friedberg

Der hessische Umweltminister Joschka Fischer (Die Grünen) sieht keine Möglichkeit, die Bauarbeiten an der Sondermülldeponie Mainhausen (Kreis Offenbach) zu stoppen. Fischers Staatssekretär Karl Kerschgens (Die Grünen) sagte während der Landesversammlung der Partei in Friedberg (Wetteraukreis), Fischer könne sich nicht über Gerichtsurteile hinwegsetzen, in denen bestimmte Baumaßnahmen erlaubt worden seien.

Mit dieser Feststellung lehnte Kerschgens die Baustopp-Forderung des sozialdemokratischen Bürgermeisters von Mainhausen, Rainer Poller, ab, der beim Parteitag der Grünen als Gast gesprochen hatte.

Kieler SPD für „Option“ bei Staatsbürgerschaft

GEORG BAUER, Eutin

Einen neuen Vorstoß zur Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft der „DDR“ hat die schleswig-holsteinische SPD unternommen. Über den Weg einer „Option“ für die Menschen in Mitteldeutschland auf die deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne des Grundgesetzes solle Bonn eine Staatsbürgerschaft der „DDR“ respektieren, heißt es in einer deutschlandpolitischen Resolution der SPD Schleswig-Holsteins. Das Papier soll dem Bundesparteitag der Sozialdemokraten im August als Beschluß vorgelegt werden.

In Eutin meinte der SPD-Landesvorsitzende Günther Jansen, die Bewohner der „DDR“ sollten „das Recht auf die deutsche Staatsangehörigkeit entsprechend den in der Bundesrepublik geltenden Gesetzen“ behalten, doch müsse dieses Recht „im Rahmen einer praktikablen Option“ eingeräumt werden. Voraussetzung sei eine „Willenserklärung“, da den Bewohnern der „DDR“ eine Staatsbürgerschaft nicht aufgezwungen werde dürfe. In der Resolution ist die Rede von der „Fiktion der Existenz einer gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit“.

In der Absichtserklärung wird die Tendenz deutlich, die vom Grundgesetz und den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts vorgegebenen rechtlichen Spielräume nicht zu verletzen. Ihren Vorstoß begründete die SPD unter anderem mit einem, wie er genannt wurde, Widerspruch im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag. In der Resolution heißt es, einerseits werde die Staatlichkeit der „DDR“ anerkannt mit der Konsequenz, daß sich die Hoheitsgewalt der Bundesrepublik auf ihr Staatsgebiet beschränke. Andererseits würde die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten ebenso behandelt wie Ländergrenzen innerhalb der Bundesrepublik.

In der neun Punkte umfassenden Initiative werden ferner die Aufnahme offizieller Kontakte zwischen dem Bundestag und der „Volkskammer“ unter Einbeziehung der Berliner Bundestagsabgeordneten gefordert, die Auflösung der Erfassungsstelle in Salzgitter und Verhandlungen zur Lösung des nach SPD-Meinung strittigen Verlaufes der Elbgrenze.

Scharfe Angriffe richtete Jansen in diesem Zusammenhang gegen Vertreter der Vertriebenenverbände. Er warf ihnen einen „Porzellanvandalismus“ vor und meinte, noch heute würden sie „auf Kundgebungen und in Verbandszeitschriften nach Osten ins schlesische Himmelreich reiten“.

Schwieriger Einstieg

Ha. (Brüssel) – Bis 1992 sollen in der EG die Steuergrenzen verschwinden, da möchte man meinen, daß die Finanzminister in die Hände spucken und sich schleunigst an die Lösung der damit verbundenen konkreten Probleme machen würden. In Wirklichkeit erweist sich der Einstieg in die Debatte jedoch wieder einmal als weit schwieriger: Statt um neue Ansätze oder um die einzelnen Stufen der Steuerharmonisierung geht vorerst noch immer um die Frage, wie weit überhaupt eine Angleichung der Steuersysteme angestrebt werden soll.

Bei ihrer ersten Zusammenkunft nach dem Luxemburger EG-Gipfel waren die Fachminister vor einem Monat übereingekommen, eine Ad-hoc-Gruppe aus leitenden Beamten zu bilden. Worüber diese Herren beraten sollen, blieb jedoch unklar. Einige Mitgliedsstaaten wollten bereits ein präzises Mandat, etwa die ausdrückliche Weisung, ein Arbeitsprogramm zur völligen Abschaffung der Steuergrenzen auszuarbeiten sowie über ein Standstill-Abkommen bei der Mehrwertsteuer und eine schrittweise Angleichung der Umsatzsteuersätze zu verhandeln. Andere scheuten sich, im gegenwärtigen Zeitpunkt schon detaillierte Aufgaben zu verteilen. So wird der Rat heute wohl ein Mandat formulieren, wonach die Experten alle Maßnahmen prüfen sollen, die nötig sind, um die „Schaffung und das Funktionieren eines einheitlichen Binnenmarktes zu sichern."

Der Vorgang zeigt, daß manche Regierungen trotz der Beschlüsse über die EG-Reform noch lieber bei allgemein formulierten Zielsetzungen belassen wollen; daraus auf mangelnden politischen Willen zu schließen, liegt nahe.

Weinsteuer?

Mk. – Der Teufel steckt bekanntlich im Detail, so auch bei der Absicht der EG-Regierungschefs bis 1992 einen Binnenmarkt zu verwirklichen. Daß dazu eine stärkere Harmonisierung der Steuern gehört, hat sich herumgesprochen. Die Hoffnung auf eine Reduzierung der deutschen Kfz- und der Mineralölsteuer wird schon jetzt genährt. Über die Kehrseite der Medaille wird jedoch kaum gesprochen. Wenn das, was in Brüssel jetzt angedacht wurde, in die Tat umgesetzt würde, dann müßte in der Bundesrepublik eine Weinsteuer, die es bisher nicht gibt, eingeführt werden – rund 66 Pfennig für die Normalflasche, ganz gleich, ob es sich um einen Tafelwein oder eine Auslese handelt. Auch beim Bier würde der Fiskus dann kräftiger hinlangen. Beim Schnaps änderte sich wenig – bis auf das Branntweinmonopol. Nur darauf glaubt die Landwirtschaft, keineswegs verzichten zu können. Und dort hört bekanntlich die Gemütlichkeit auf. Keine Angst, diese Lobby schläft nicht

FÜNFER-TREFFEN IN LONDON / Dollar wird als überbewertet angesehen

Finanzminister einigten sich nicht auf gemeinsame Zinssenkungsaktion

WILHELM FURLER, **London**

Die Finanzminister und Notenbankchefs der fünf größten westlichen Wirtschaftsnationen haben in London keine konzertierte Zinssenkungsaktion beschlossen, erklärte Bundesfinanzminister Stoltenberg vor deutschen Journalisten im Anschluß an das Fünfer-Treffen. Eine solche gemeinsame Initiative – ähnlich der zur Senkung des Dollar im Anschluß an die Zusammenkunft im September in New York – hatte vor allem Japan angeregt; Frankreich hatte dieses Streben unterstützt.

Allerdings haben sich die fünf Finanzminister – aus Großbritannien, den USA, Japan, Frankreich und der Bundesrepublik – darauf geeinigt, daß Zinssenkungsaktionen ermutigt werden sollten, sofern dies durch die jeweiligen inländischen Gegebenheiten gerechtfertigt sei. Grundsätzlich seien die Chancen für niedrigere Zinsen und damit für eine zusätzliche Stimulierung der Weltwirtschaft günstig, da gegenwärtig niedrige Rohstoff- und Ölpreise die Risiken einer Inflationsbeschleunigung deutlicher verringert hätten.

Doch insbesondere die britische und die deutsche Delegation waren nicht gewillt, einen festen Beschluß zu einer gemeinsamen Zinssenkungsaktion herbeizuführen. Großbritannien hat seine eigenen Probleme mit dem Pfund Sterling und dem Zinsniveau aufgrund der fallenden Ölpreise. Ein Vergleich der Drei-Monats-Euro-Zinsen zeigt, daß das Zinsniveau in Großbritannien für das Pfund mit knapp 13 Prozent am höchsten liegt, gefolgt vom französischen Franc mit zwölf, dem Dollar mit etwa acht, dem Yen mit 6,75 und der D-Mark mit rund 4,5 Prozent.

Doch nicht wegen des vergleichsweise niedrigen Zinsniveaus in seinem Land hat Finanzminister Stoltenberg keine Sympathie für eine gemeinsame Handlung aufgebracht. Auch die Bundesrepublik sei von niedrigeren Zinsen angetan. Aber eine künstliche Kürzung des Welt-Zinsniveaus sei äußerst problematisch. Ein auf dem Londoner Treffen anwesender Notenbankchef soll erklärt haben, daß die Idee, Finanzminister könnten sich einfach zusammensetzen und eine simultane Zinssenkung beschließen, reine Phantasie sei.

Anders als das New Yorker Treffen der sogenannten „G-5"-Länder im September war das Wochenend-Treffen in London ein zwangloses, informatives Ministergespräch. Beschlüsse sollten nicht gefaßt und Kommuniqués nicht abgegeben werden. Entsprechend wurden von der Runde lediglich Überlegungen angestellt, ob eine neuerliche Initiative zur gemeinsamen Dollarkurs-Senkung angebracht ist oder nicht. Seit September gelang es, den Wert der amerikanischen Währung insgesamt um zehn Prozent zu reduzieren, gegenüber D-Mark und Yen sogar um 16 Prozent.

Allgemein herrschte die Ansicht vor, daß der Dollar noch immer überbewertet ist, daß aber sowohl inländische Erwägungen in den USA als auch die gegenwärtige internationale Entwicklung erst einmal für eine Pause sprechen. So bestehen Befürchtungen, daß ein freier Fall des Dollar-Wertes nicht nur den Inflations-Druck in den USA aufflammen lassen könnte, sondern daß auch innerhalb des Europäischen Währungssystems der Druck auf den Dollar die erheblichen Verschiebungen noch verstärken würde. Investoren haben in jüngster Zeit insbesondere die D-Mark favorisiert, was zu einem starken Druck auf die Lira und auch auf den Franc geführt hat.

Ganz offensichtlich wollen die Minister mit weiteren Schritten bis zur Sitzung des Interim-Komitees des Internationalen Währungsfonds im April abwarten. Auf dem „G 5"-Treffen am Wochenende in Nummer 11, Downing Street, dem Sitz des britischen Schatzkanzlers, ist außerdem über die Auswirkungen diskutiert worden, die der sogenannte „Gramm-Rudman-Hollings-Act" auf das US-Haushaltsdefizit hat.

Erörtert wurde auch der sogenannte Baker-Plan zur Minderung der Welt-Verschuldungskrise, der vom amerikanischen Finanzminister im Oktober letzten Jahres entwickelt worden war. Offensichtlich besteht Einigung darüber, daß diesem Plan mehr Leben eingehaucht werden sollte.

US-AKTIENMÄRKTE

Investoren hoffen jetzt auf ein besseres Gewinnjahr

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die US-Aktienmärkte haben, wenn auch etwas zaghaft, wieder Tritt gefaßt. Die hohen Vorwochenverluste sind zu zwei Drittel aufgeholt, und es sieht so aus, als wenn die nun einsetzende Bilanzsaison den Investoren zusätzlich Mut macht. Durchweg sind die Reingewinne zwar 1985 um vier bis sechs Prozent gesunken, deutliche Verbesserungen sind jedoch schon für das 4. Quartal publiziert worden. Nach letzten Analysen wird für 1986 mit einem Gewinnplus von zehn bis zwölf Prozent gerechnet.

Das dominierende Beispiel ist IBM, die für 1985 den ersten Rückgang des Nettogewinns seit 1979 meldete (um 0,3 Prozent auf 6,56 bei um 9 Prozent auf 50,1 Mrd. Dollar gestiegenen Umsätzen). Die Wende gelang in der Oktober-Dezember-Periode, als der Gewinn um 23,5 Prozent auf 2,68 und der Umsatz um 18,3 Prozent auf 17,2 Mrd. Dollar in die Höhe schoß. Ähnlich erging es Apple und Digital Equipment, deren Gewine um 23 Prozent auf 56,9 (ein Quartalsrekord) beziehungsweise 23,4 Prozent auf 136,1 Mill. Dollar zunahmen. Hier liegen die Jahresergebnisse noch nicht vor.

Die High-Tech-Krise am besten bewältigt hat bisher aber Honeywell, deren Reingewinn sich im 4. Quartal auf 127 Mill. Dollar vervierfachte. 1985 wuchs er um 17,8 Prozent auf 282 Mill. Dollar, während sich der Umsatz um 9,2 Prozent auf 6,6 Mrd. Dollar verbesserte. Die Börse reagierte Freitag mit Gewinnmitnahmen. Folgt man der Wall Street, dann stehen High-Tech-Werte, auch weil unterbewertet, beste Zeiten bevor.

Das Interesse richtet sich überdies auf Bankaktien, nachdem erste Gewinne 1985 steil angezogen haben (Chase Manhattan plus 39 Prozent auf 565, J. P. Morgan plus 31 Prozent auf 538 und Bankers Trust plus 21 Prozent auf 371 Mill. Dollar). Aus dem Schneider ist auch die Continental Illinois, die Washington 1984 mit 3,5 Mrd. Dollar vor dem Bankrott retten mußte. Nach einem Vorjahrsverlust von 1,1 Mrd. betrug der Gewinn immerhin 150,5 Mill. Dollar.

Wunder bewirkt haben auch die im Dezember kräftig erhöhten Einzelhandelsumsätze (1,9 Prozent ohne Autos) und Industrieproduktion (0,7 Prozent). Ferner verbesserte sich die Kapazitätsauslastung um 0,4 auf 80,5 Prozent. Über die Woche stieg der Dow-Jones-Industrie-Index um 23,17 (Freitag: minus 4,93) auf 1536,70, der Standard & Poor's 500 um 2,47 (0,74) auf 208,43 und der umfassende Nyse-Index um 1,52 (0,28) auf 120,34 Punkte. Die Einbrüche am Freitag gingen auch auf das Konto ausgelaufener Optionen.

Die Wall Street hat gehofft, daß die „Großen Fünf" in London Bewegung in die erstarrte Zinsszene bringen. Dazu trug auch Martin Bangemann bei, der von James Baker hängengelassen, aber von Frankreichs Finanzminister bestätigt wurde. Ohne billigeres Geld kann sich in den USA der Kurstrend rasch ändern.

Lira wieder unter Druck

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Mit den in der vorigen Woche erlassenen Kreditmaßnahmen zur Lira-Stützung haben die italienischen Währungsbehörden zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres eingegriffen, um internationalen Abwertungsspekulationen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Anfang Juli 1985 hatte die italienische Zentralbank eine Paritätsänderung innerhalb des Europäischen Währungssystems nicht mehr verhindern können.

Die Frage bleibt, ob der neue Schutzkordon eine Lira-Abwertung langfristig abwehren kann. Die vergangenen Monate ließ die Regierung in Rom verstreichen, ohne die meisten der im Anschluß an die Abwertung beschlossenen wirtschafts- und haushaltspolitischen Maßnahmen in Angriff zu nehmen oder gar durchzusetzen. Die Reformen im Gesundheitswesen und bei der Sozialversicherung – den beiden Hauptdefizitbringern – werden noch auf Parteienebene debattiert.

Von den Sparmaßnahmen, die den Haushaltsfehlbetrag im laufenden Jahr eindämmen sollen, wurden bisher nur Bruchstücke dessen realisiert, was mit den Partnern im Europäischen Währungssystem im Rahmen des Realignments vereinbart wurde. Das Finanzgesetz selbst, das ursprünglich schon zum Jahresende hätte verabschiedet werden sollen und das die Grundlage für die geplante Stabilisierung darstellt, ist erst in der vergangenen Woche zur Lesung für die Abgeordnetenkammer gelangt. Daher besteht die Gefahr, daß die Verabschiedung so spät erfolgt, daß nicht mehr das ganze Jahr von den vorgesehenen haushaltspolitischen Interventionen erfaßt wird. Die Staatsschuld würde dann vermutlich über die Höhe des Bruttoinlandsprodukts hinaus anschwellen – statt abzunehmen.

Der wachsende Bedarf der öffentlichen Hand war auch im vergangenen Jahr dafür verantwortlich, daß die vom Schatzamt geschaffene monetäre Basis zwischen Oktober 1984 *und Oktober 1985 um 31 Prozent* zunahm. Zwar wurde davon ein Teil durch den beinahe verdoppelten Fehlbetrag im Warenverkehr und die Offen-Markt-Operationen der Zentralbank wieder ausgeglichen, so daß per saldo die Geldexpansion nur 17 Prozent betrug. Auch so ist die Zuwachsrate aber noch hoch genug, um Italien unter allen westlichen Industrienationen in der Geldmengenerzeugung mittlerweile einsam an der Spitze rangieren zu lassen.

Erheblich erschwert wird die Stabilisierung der italienischen Wirtschaft nicht nur durch Meinungsverschiedenheiten über eine dynamische Wirtschaftspolitik innerhalb der Regierungskoalition, sondern auch durch die Abstimmungspraxis im italienischen Parlament. Als einziges parlamentarisches System in der westlichen Industriewelt leistet sich Italien bei den Abstimmungen über Haushaltsfragen die geheime Stimmabgabe. Auf diese Weise gehört es zur Norm, daß Regierungsvorlagen zur Ausgabepolitik von den Kammern stets nach oben korrigiert werden.

So wie die Aussichten zur Etatbereinigung unter diesen Umständen weiter düster bleiben, sind auch in der Lohnpolitik noch längst nicht alle Hindernisse ausgeräumt, die die dauerhafte Rückkehr der italienischen Wirtschaft zu einer schwächeren *Lohndynamik gewährleisten* könnten. Die auf Initiative der Regierung kurz vor Jahresende zustandegekommene Reform der gleitenden Lohnskala hat wohl die Umstellung von der bisher quartalsweisen auf eine nur noch halbjährliche Kaufkraftangleichung gebracht. Ihre Abschirmung von Bewegungen der indirekten Steuern, wie sie nach der letzten Lira-Abwertung mit den EWS-Partnern vereinbart wurde, ist aber ausgeblieben.

Höhere Geldmengenerzeugung und stärkere Lohndynamik als in den Partnerländern werden auch in Zukunft für ausgeprägte inflationäre Impulse sorgen und die Stellung der italienischen Wirtschaft auf den internationalen Märkten erschweren. Es ist kaum anzunehmen, daß die Inflationsrate von 8,6 im vorigen auf sechs Prozent in diesem Jahr sinken wird.

Das heißt aber, daß die Inflationsdifferenz gegenüber den Partnern *und die Spannungen im Zahlungs*verkehr mit dem Ausland die italienische Währung auch in den kommenden Monaten starken Belastungen aussetzen wird. Provisorien ersetzen eben keine seriöse und auf dauerhafte Resultate ausgerichtete Wirtschafts- und Währungspolitik.

AUF EIN WORT

„Die Japaner haben versprochen, ihren Markt zu öffnen. Wir werden sie in dem jetzt gegründeten „Deutsch-Japanischen Wirtschaftskreis" partnerschaftlich beim Wort nehmen."

Arno Mock, Vorsitzender des Deutsch-Japanischen Wirtschaftskreises, Düsseldorf FOTO: DIE WELT

Gegen neue Gesetze

dpa/VWD, **Düsseldorf**

Die Segler und Motorbootfahrer auf den Flüssen und Seen der Bundesrepublik sollen auch künftig nicht enger an die Leinen gesetzlicher Vorschriften gelegt werden. Die Vergangenheit habe gezeigt, daß sich die Wassersportler ihrer Verantwortung für den Schutz der Gewässer, der Tiere und Pflanzen bewußt seien, sagte Bundesverkehrsminister Dollinger (CSU) bei der Eröffnung der internationalen Bootsausstellung „boot '86" in Düsseldorf. Mit ihren freiwilligen Umweltschutzaktionen wie der Reinigung von Gewässerufern erfülle „dieser gute Breitensport" Vorbildfunktion für andere Bereiche.

HANDELSPOLITIK

USA und EG fordern von Japan Öffnung der Märkte

AP, **Coronado/USA**

Die Europäische Gemeinschaft und die USA haben Japan eindringlich aufgefordert, die Einfuhr von Gütern aus den Partnerländern erheblich zu steigern. Bei einer Konferenz von Vertretern der wichtigsten westlichen Wirtschaftsmächte in Coronado im US-Staat Kalifornien wurde am Wochenende hervorgehoben, daß Japan seine Importe noch weit über das gegenwärtige Maß hinaus steigern müsse, wenn das Gleichgewicht im Welthandel wiederhergestellt werden solle.

Der für auswärtige Beziehungen zuständige Vizepräsident der EG-Kommission, Willy Declercq, warnte auf einer Pressekonferenz: „Die Japaner sollten wissen, daß die Ungeduld wächst. Die Unzufriedenheit ist echt."

An der dreitägigen Konferenz nahmen Vertreter der USA, der EG, Japans und Kanadas teil. Sie diente im wesentlichen der Vorbereitung einer kommenden Verhandlungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt), an der 90 Staaten beteiligt sind.

Der Handelsbeauftragte der US-Regierung, Clayton Yeutter, sagte vor der Abschlußsitzung der Viererkonferenz: „Mir scheint, die japanische Regierung könnte mehr tun, um ihre Märkte für eine ganze Menge von Waren zu öffnen."

Mitglieder der von Handelsminister Michio Watanabe geführten japanischen Delegation haben bei der Tagung versichert, die Regierung in Tokio tue alles in ihrer Macht Stehende, um die japanischen Märkte zu öffnen, und verwiesen auf entsprechende Programme, die seit kurzem in Kraft sind.

AUSSENWIRTSCHAFT

Kompensationsgeschäfte nehmen immer mehr zu

Mk. **Bonn**

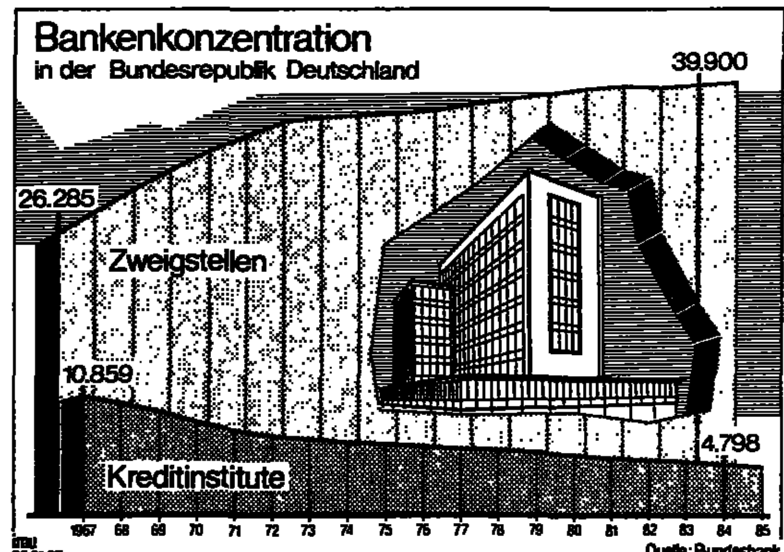
Die Kompensationsgeschäfte, auf die schon jetzt nach Schätzungen rund zehn bis zwanzig Prozent des Welthandels entfallen, werden weiter zunehmen. Dieses liegt, wie es beim Bundesverband des Deutschen Exporthandels (BdEx) heißt, auch an der hohen Verschuldung vieler Entwicklungsländer. Aber auch Ölstaaten wie Iran und Irak versuchen, stabilere Absatzkanäle über Bartergeschäfte aufzuziehen. Allerdings, so der Verband, werde der einst primitive Tauschhandel immer weiter entwickelt.

War der Countertrade früher eine Domäne der östlichen Staatshandelsländer, so gingen heute manche Entwicklungsländer dazu über, um so die Auflagen des Internationalen Währungsfonds zu unterlaufen. Durch den Abschluß von Gegengeschäften hofften sie, zusätzliche Importe „finanzierbar" zu machen, ohne Devisen einzusetzen.

Ohne Geld gehe in der Regel jedoch nichts. Selbst beim Parallelgeschäft werde dem Exporteur – die Einfuhr ist ein selbständiger Vertrag – in der Regel nicht der volle Gegenwert gutgeschrieben. Denn die Stützungsbeträge oder Abschläge, die für die zusätzlichen Absatzbemühungen bezahlt werden, reichten bis an die 40 Prozent heran.

Bei größeren Anlagegeschäften müsse heute – auch wegen der starken internationalen Konkurrenz – häufig die Teilkompensation durch Produkte akzeptiert werden, die auf den Anlagen hergestellt werden. Einige Staaten bestünden darauf, daß ihre Firmen als Unterlieferanten eingeschaltet oder bestimmte Vereinbarungen über den Technologietransfer getroffen würden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Im Kreditgewerbe zeichnet sich seit den sechziger Jahren eine zunehmende Konzentration ab. Banken und Sparkassen schließen sich zu größeren Einheiten zusammen und erhöhen die Anzahl ihrer Zweigstellen. Abgesehen von den Genossenschaftsbanken scheint der Prozeß jetzt abgeschlossen zu sein. QUELLE: IMU

Mehr Kohle eingeführt

Brüssel (dpa/VWD) – Die Steinkohleimporte der EG sind in den ersten neun Monaten des Jahres 1985 weiter gestiegen. Sie erreichten ein Volumen von 64,9 Mill. Tonnen gegenüber 57,5 Mill. Tonnen im gleichen Zeitraum 1984. Wie aus einer jetzt veröffentlichten Übersicht des statistischen EG-Amtes Eurostat hervorgeht, hat die Bundesrepublik in dieser Zeit 6,7 Mill. Tonnen (plus 8,5 Prozent) Kohle aus nicht zur EG gehörenden Ländern importiert.

Auslands-Interesse

Stockholm (dpa/VWD) – 1985 sind 99 schwedische Unternehmen nach 98 im Vorjahr von ausländischen Gesellschaften übernommen worden. Wie die schwedische Reichsbank mitteilte, lag der Umsatz dieser Unternehmen bei rund 5,5 Mrd. Kronen (2,8 Mrd. DM). Die Zahl der Beschäftigten betrug rund *9 500*. An erster Stelle der Aufkäufer lag Norwegen vor Finnland, den Niederlanden, Großbritannien und den USA.

Steuern hinterzogen

New York (dpa/VWD) – Der Erbe des italienischen Leder- und Bekleidungshauses Gucci hat vor einem US-Gericht zugegeben, sieben Millionen Dollar Einkommensteuer hinterzogen zu haben. Dem 80 Jahre alten Aldo Gucci, der seit 1977 in den USA lebt, aber kein amerikanischer Staatsbürger ist, drohen neben einer Geldstrafe 15 Jahre Gefängnis.

Bäcker-Ausstellung

Hamburg (dpa/VWD) – Mehr als 500 Aussteller aus 17 Ländern wollen sich an der 13. Internationalen Bäckerei-Fachausstellung – „iba 86" – vom 19. bis 27. April in Hamburg beteiligen. Wie die Messeleitung mitteilte, sollen neben handwerklichen Fachbesuchern auch Interessenten nahestehender Zweige wie Hotellerie, Gastronomie und Einzelhandel angesprochen werden.

Abkommen umstritten

Moskau (dpa/VWD) – Frankreich wird möglicherweise ein 20 Jahre altes Abkommen über Seetransporte mit der UdSSR kündigen. Das hat die französische Außenhandelsministerin, Edith Cresson, in Moskau in Aussicht gestellt. Die Lage habe sich für Frankreich immer weiter verschlechtert. Die französische Handelsflotte würde nur noch zehn Prozent des Gesamtvolumens transportieren. Der französische Handel mit der UdSSR habe in den ersten elf Monaten 1985 ein Defizit von 4,2 Mrd. Franc (1,4 Mrd DM) erreicht.

38. Handwerksmesse

München (dpa/VWD) – Noch stärker als in den vergangenen Jahren wird die 38. Internationale Handwerksmesse in München (8. bis 16. März) im Zeichen neuer Technologien für das Handwerk stehen, erklärte die Münchner Messegesellschaft. Diese Entwicklung habe auch eine Umfrage bestätigt.

Börse empfohlen

Bonn (dpa/VWD) – Die Deutsche Lufthansa AG, Köln, und die Volkswagen AG, Wolfsburg, sollten nach Auffassung des haushaltspolitischen Sprechers der FDP-Fraktion, Wolfgang Weng, ihre erforderlichen Kapitalerhöhungen an der Börse plazieren. Denn Haushaltsmittel stünden für die beiden wichtigen Betriebe mit staatlicher Beteiligung nicht zur Verfügung. Der CSU-Vorsitzende Strauß unterstütze diese FDP-Forderung in Bezug auf die Lufthansa.

Londoner Kassapreise

	17.1.	10.1.
Kupfer(£/t)	999,50	974,50
Blei(£/t)	253,00	258,25
Zink(£/t)	445,50	435,50
Zinn(£/t)	-	-
Gold($/Unze)	353,50	340,75
Silber(p/Unze)	430,75	420,95
Kakao[1](£/t)	1715,50	1712,00
Kaffee[2](£/t)	2417,50	2884,00
Zucker(£/t)	116,00	127,00
Kautschuk(p/kg)	59,50	57,00
Wolle(p/kg)	400,00	400,00
Baumwolle[3](cts/lb)	52,60	51,25

[1])Abladung Mai; [2])Abladung März; [3])A-Index-Preis Liverpool

Indische Anleihe

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Industrial Development Bank of India, die staatliche Entwicklungsbank, begibt erstmals am Euromarkt eine 100-Millionen-DM-Anleihe. Die Federführung in einem internationalen Konsortium hat die Dresdner Bank. Nach Mitteilung des Instituts beträgt der Jahreskupon sieben Prozent. Die Anleihe wird vom 24. Januar an zum Kurs von 99,75 DM *zum Verkauf* stehen. Bei sieben Jahren Laufzeit beträgt die Rendite 7,05 Prozent.

ZINNKRISE

In dieser Woche soll nun Lösung gefunden werden

fu, **London**

Die seit Oktober letzten Jahres andauernde Zinnkrise ist immer noch ungelöst. Allerdings haben sich die Finanzminister der fünf führenden Industrienationen auf ihrem Wochenend-Treffen in London auf die Initiative ihres britischen Gastgebers Schatzkanzler Nigel Lawson hin mit dem Problem befaßt.

Erneut ist nämlich eine Krisensitzung zwischen Vertretern des Internationalen Zinnrates und den Gläubigerbanken am Freitag ergebnislos abgebrochen worden. Diskutiert wurde ein Rettungspaket, das die Gründung einer neuen Firma mit einem Kapital von 270 Mill. Pfund (956 Mill. DM) vorsieht.

Diese Firma sollte die bislang nicht eingehaltenen Kauf- und Kreditverpflichtungen gegenüber den Gläubigern des Zinnrates übernehmen und im Laufe der Jahre tilgen, darüber hinaus auch die Zinnreserven im Bufferstock des Zinnrates verwalten.

Die Erzeuger- und Verbraucherländer des Zinnrates sollten sich mit zusammen 200 Mill. Pfund an dem Kapital beteiligen, Händler mit 50 und Gläubigerbanken mit 20 Mill. Pfund. Doch insbesondere auf Druck der französischen, aber auch der deutschen und niederländischen Delegierten wurde dieser Plan blockiert. Der Vorschlag der Zinnrats-Mitglieder ist als „nicht praktikabel" zurückgewiesen worden.

Der Zinnrat tritt morgen wieder zu einer Sitzung zusammen. Die Verantwortlichen der Londoner Metallbörse treffen sich heute, um über eine Wiederaufnahme des Zinnhandels – möglicherweise Anfang Februar – zu beraten.

FINANZAUSGLEICH / Grüner: Keine Benachteiligung für Nordrhein-Westfalen

Bund trägt die Lasten der Kohle mit

HEINZ HECK, **Bonn**

Von einer Benachteiligung Nordrhein-Westfalens bei der Lastenverteilung aus der Kohlepolitik kann „nicht die Rede sein". Das hat der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Martin Grüner (FDP), auf Fragen des CDU-Abgeordneten und energiepolitischen Sprechers seiner Fraktion, Ludwig Gerstein, erklärt.

Anlaß sind Äußerungen des nordrhein-westfälischen Finanzministers Diether Posser (SPD), der – zuletzt bei der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht über den Länderfinanzausgleich – von der „unerträglichen Benachteiligung" durch die Sonderlasten für Kohle und Stahl gesprochen hatte.

Die deutsche Kohle leiste einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung. *Für Grüner liegt* daher „ihre Stützung durch öffentliche Hilfen und flankierende Maßnahmen wie Einfuhrbeschränkungen für Drittlandskohle ... im gesamtstaatlichen Interesse". Damit würden zugleich Arbeitsplätze in den Bergbauregionen und mittelbar in der Zulieferindustrie abgesichert. Das trage „in beachtlichem Maße zur Lösung regionaler und sozialer Fragen in den Bergbaugebieten bei", meint Grüner.

Der Bund steuere bei wichtigen Maßnahmen wie Kokskohlenbeihilfe, Investitionshilfe und Anpassungsgeld zwei Drittel, das Land selbst ein Drittel bei. Darüber hinaus würden aber die Lasten der Kohlepolitik – abgesehen von den mittelbaren Folgen der Importbeschränkungen zugunsten der deutschen Steinkohle – „auch in gewichtigem Umfang von den revierfernen Kohleverbrauchern mitfinanziert und den revierfernen Ländern politisch mitgetragen".

Über den „Kohlepfennig" finanziere der Stromverbraucher die Mehrkosten dieses Kohleeinsatzes mit rund zwei Milliarden Mark jährlich. Dabei gehöre Nordrhein-Westfalen zu den wenigen Bundesländern mit „positivem Saldo" im Ausgleichsfonds: Die Stromverbraucher aus Nordrhein-Westfalen zahlten rund 36 Prozent der zwei Milliarden, aber 53 Prozent des jährlichen Aufkommens kämen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zugute.

Auch habe die Braunkohle als einer der kostengünstigsten Energieträger wesentlich dazu beigetragen, daß die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE) über viele Jahre zu den preisgünstigsten Stromanbietern in der Bundesrepublik gehört habe.

Gerstein regt in einem Schreiben an Posser an, einmal darüber nachzudenken, ob diese großen Vorteile aus der preisgünstigen Braunkohle nicht bestimmte Nachteile aus den heute zu leistenden Hilfen für Kohle und Stahl aufwögen.

BRITISCHE FLUGHÄFEN

London forciert Privatisierung

fu, London

Großbritannien wird das erste Land der Welt, dessen Flughäfen private Unternehmungen sein werden. Dies hat die Regierung jetzt mit dem Flughäfen-Gesetzentwurf (Airports Bill) bekanntgegeben. Die Privatisierung der britischen Flughafen-Behörde (British Airports Authority), zu der sieben Flughäfen gehören, darunter die beiden Londoner Großflughäfen Heathrow und Gatwick, soll dem Gesetzentwurf zufolge noch in diesem Jahr in eine Holding-Gesellschaft umgewandelt werden. Die schottischen Flughäfen von Glasgow, Edinburgh und Aberdeen werden zu Tochter-Unternehmen.

Die Flughafen-Holding wird im kommenden Jahr als Einheit an der Börse verkauft. Fachleute rechnen damit, daß der Verkauf 500 Mill. Pfund (1,77 Mrd. DM) in die Regierungskasse bringen dürfte. 17 britische Flughäfen außerhalb der British Airports Authority mit einem Jahresumsatz von jeweils mehr als einer Mill. Pfund (3,55 Mill. DM), darunter die Großflughäfen Manchester, Birmingham und Luton, werden einzeln in Aktiengesellschaften umgewandelt. Bislang gehören sie den jeweiligen Stadtverwaltungen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß alle Flughäfen von einer bestimmten Größe an wirtschaftlichen „Regulierungen" unterworfen werden. Damit will die Regierung verhindern, daß die Monopolstellungen insbesondere im Bereich der Start- und Landegebühren sowie beim Verkauf von zollfreien Waren ausgenutzt werden.

Der Chairman der gegenwärtig noch staatlichen British Airports Authority begrüßte das Regierungsvorhaben, seine Behörde als Einheit zu privatisieren. Die BAA erzielte im Geschäftsjahr 1984/85 einen Gewinn vor Steuern in Höhe von 63,9 Mill. Pfund (knapp 227 Mill. DM), ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 38,9 Prozent, bei einem Umsatz von 361,6 Mill. Pfund.

STEIFF / Das Familienunternehmen erhöhte den Umsatz um 15 Prozent – Optimismus hält auch in diesem Jahr an

Teddybären sind auch bei Ausländern sehr gefragt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Der Trend zum qualitativ wertvollen, klassischen Spielzeug hat für die Margarete Steiff GmbH, Giengen/Brenz, den größten Hersteller hochwertiger Plüschtiere, gute Früchte abgeworfen. Der Umsatz des Familienunternehmens mit über hundertjähriger Firmentradition stieg im Geschäftsjahr 1985 um 15,2 Prozent auf 59,1 Mill. DM. Preiserhöhungen machten dabei etwas mehr als fünf Prozent aus. Das Inlandsgeschäft nahm sogar um 17 Prozent zu.

Die Dispositionsfreudigkeit des Handels basierte nach Einschätzung von Herbert Zimmermann auf den guten Abverkäufen an den Endverbraucher. Hierbei habe nicht zuletzt eine Rolle gespielt, daß die reisefreudigen US-Bürger, die im vergangenen Jahr in Scharen die Bundesrepublik besuchten, als Käufer von Steiff-Plüschtieren, insbesondere von Teddybären, auftraten. Im Export kam Steiff auf ein Umsatzwachstum von elf Prozent. Dadurch verringerte sich der Anteil des Auslandsgeschäfts am Umsatz auf 32 (34) Prozent. Erstmals habe im USA-Geschäft, das etwa die Hälfte des Exports ausmacht, nicht mehr zugelegt werden können. Zimmermann führt diesen Tatbestand darauf zurück, daß sich die Zahl der Mitbewerber auf dem Plüschtiere-Sektor, vor allem bei Teddybären, sprunghaft erhöht habe.

Viele Spielwarenproduzenten, die bislang keine Teddybären im Programm hatten, versuchten nun am Teddy-Boom teilzuhaben. Außerdem habe sich der hohe Dollarkurs ausgewirkt, der andererseits aber bei der amerikanischen Reiselust dem Inlandsumsatz von Steiff zugute kam. Den inländischen Plüschmarkt schätzt Zimmermann auf ein Volumen von rund 150 Mill. DM bei einem Gesamtmarkt für Spielwaren von 3,3 Mrd. DM.

Längst hat die Sammlerleidenschaft auch die Steiff-Tiere entdeckt. In Giengen berücksichtigt man diese Entwicklung, indem beispielsweise von alten Teddybären in limitierter Auflage Nachbildungen (Replica) auf den Markt gebracht werden. Dieses Liebhaber-Geschäft, das durch eine Auktion in London im vergangenen Jahr Auftrieb erhielt, macht nunmehr bereits vier bis fünf Prozent des Steiff-Umsatzes aus.

1986 beurteile man bei Steiff mit „gesundem Optimismus", obwohl sich Unruhe an der Währungsfront bemerkbar mache. Die Rahmenbedingungen für das Inlandsgeschäft seien gut. Dies berechtige auch die Spielwarenhersteller zu gewissen Hoffnungen, wenngleich sich die Branche nach wie vor infolge der sinkenden Geburtenrate in einem stagnierenden Markt bewege. Für dieses Jahr wartet das Unternehmen mit etwa 80 neuen Plüschtier-Modellen auf. Insgesamt werden 550 verschiedene Produkte im Programm geführt. Allein auf den Teddy, der in etwa 100 verschiedenen Varianten angeboten wird, entfallen 20 bis 25 Prozent des Umsatzes. Die Preise sollen um etwas mehr als drei Prozent angehoben werden. Steiff beschäftigt 845 (Vorjahr: 820 Mitarbeiter, davon 570 im Inland).

Zur Steiff-Firmengruppe, die insgesamt etwas über 100 Mill. DM umsetzt, zählen auch die Alligator Ventilfabrik und die Steiff Fördertechnik GmbH, beide in Giengen; ferner die Leuze & Rilling GmbH, Wannweil, die Glasfasergewebe herstellt.

FELDSCHLÖSSCHEN / Kosten belasten Preispolitik

Ausstoß stabil geblieben

K. W. Hannover

Die Brauerei Feldschlößchen AG, Braunschweig, die mehrheitlich zur Hamburger Holsten-Gruppe gehört, steigerte im Geschäftsjahr 1984/85 (30. September) ihren Eigenbierumsatz um 1,9 Prozent auf 817 000 Hektoliter. Da die Lieferungen aus Kapazitätsengpässen an die Holsten-Gruppe um 8,8 Prozent reduziert werden mußten, lag der Gesamtbierausstoß der Braunschweiger mit 970 000 Hektoliter auf Vorjahreshöhe.

Wie der Vorstand vor der Presse sagte, wurden mit 66 000 Hektoliter 19 Prozent weniger alkoholfreie Getränke als 1983/84 verkauft. Der Umsatz ging im Berichtsjahr auf 137,2 (1983/84: 139,7) Millionen DM zurück; eine Folge der geringeren Lieferung an die Holsten-Gruppe. Die Ertragslage sei auf Grund der durchgeführten Rationalisierung stabil geblieben. Die Gewinnabführung an die Mutter verminderte sich auf 0,63 (0,73) Millionen DM. Allerdings: Investitionen werden vor allem durch Sonderabschreibungen und durch Bildung sonstiger stiller Reserven finanziert. Der Cash-flow habe sich auf 12,3 (11,4) Millionen DM erhöht. Aus Kostengründen hält der Vorstand eine Bierpreisanhebung von durchschnittlich sechs Prozent für notwendig, soll die Ertragslage im laufenden Geschäftsjahr nicht beeinträchtigt werden.

Die freien Aktionäre (rund 40 Prozent des Kapitals von 7,5 Millionen DM) erhalten elf Zehntel der Holsten-Dividende. Nach dem Vorschlag der Verwaltung werde die Holsten-Brauerei einen Bonus ausschütten, so daß die freien Feldschlößchen-Aktionäre eine Ausgleichszahlung von 15,4 Prozent oder 77 (66) DM je 500-DM-Aktie erhalten.

AIR FRANCE / Höheres Verkehrsaufkommen erhofft

Reingewinn gut gesteigert

J. Sch. Paris

Während die Internationalen Luftverkehrsgesellschaften (Iata) insgesamt ihre Geschäftsabschlüsse 1985 gerade knapp ausgeglichen haben, konnte die Air France ihren Reingewinn auf 700 (533) Millionen Franc erhöhen. Für dieses Jahr erwartet die staatliche französische Luftverkehrsgesellschaft ein nicht ganz so günstiges, aber immer noch positives Ergebnis, obwohl sich die Expansion des Luftverkehrs weltweit abschwächen dürfte.

Gleichwohl erwartet Air France, ihr Verkehrsaufkommen in diesem Jahr etwas stärker ausweiten zu können als 1985, in welchem einschließlich bei Charter eine Zuwachsrate von 5,5 Prozent erzielt wurde. Allerdings nahm der normale Verkehr nur um 3,5 Prozent zu, gegenüber einem Iata-Durchschnitt von fünf Prozent – dabei um 2,9 gegenüber sieben Prozent im Personenverkehr, während im Frachtverkehr mit 3,5 Prozent die Iata-Rate von zwei Prozent übertroffen wurde.

Die Belegungsquote der Air-France-Flugzeuge blieb mit durchschnittlich 67,9 (68) Prozent befriedigend. Bei der Concorde erreichte sie 61 Prozent. Insgesamt wurden 12,50 (12,05) Millionen Passagiere befördert. Das Passagierangebot nahm um 3,5 Prozent zu, dabei um 13 Prozent im Nordatlantikverkehr. Der Anteil der Gesellschaft an den hier aufgebauten Überkapazitäten ging zurück.

Die Air France steht unter den internationalen Luftverkehrsgesellschaften im Personenverkehr an vierter und im Frachtverkehr an dritter Stelle. Sie ist der drittgrößte französische Exporteur mit einem Devisenerlös von 5,5 Milliarden Franc netto. Diesen Rang glaubt die Verwaltung weiter behaupten zu können.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Beckum: Brandt und Malessa Verwaltungsges. mbH; **Braunschweig:** Neotekt Bauges. mbH; Nachl. d. Jutta Mädge; **Brühl:** Faßgroßhandlung Fritz Henrichs GmbH & Co.; Paletten und Verpackungen Henrichs GmbH & Co. KG; **Detmold:** Franz-Josef Netuschil, Kaufm.; Otto Bastian, Kaufm.; **Düsseldorf:** VETEX Vertrieb exclusiver Textilien GmbH; COTEC-Düsseldorf GmbH, Ges. f. integrierte Kommunikations- und Organisationssysteme; Kukuk – Rohrhandel GmbH, Ratingen; **Hamburg:** KG i. L. Jens S. Jensen (GmbH & Co.); **Heidenheim:** Siegfried Jocham, Gerstetten, **Köln:** Blumen-Krieg & Donike; Oslo-Import GmbH & Co. KG; **Mayen:** Anschütz Kunststoff GmbH, Andernach 13; Ingrid Anschütz GmbH, Andernach 13; **Meldorf:** Hans Hornung, früher Rechtsanwalt und Notar, heute Rentner, Bargenstedt; **Merzig:** Nachl. d. Maria Schneider geb. Morbe, Mettlach; **Neuss:** Gehlfuß & Gabriel Heizungs-Installations GmbH, Kaarst 1; **Nürnberg:** MEGA Verwaltung GmbH; Nachl. d. Lothar Schreiter; **Saarbrücken:** Gustav M. Meyer GmbH, Glas- und Leichtmetallbau; **Wesel:** Argentina Amadei, Voerde; Rita Overkamp; **Witten:** Nachl. d. Dr. jur. Herbert Gustav Adolf Wolfgang Meyer-Arendt, Rechtsanwalt.

NAMEN

Frau Liesel Stahl, Geschäftsführerin der Stahl Apparate- und Gerätebau GmbH, Viernheim, feiert am 21. Januar ihren 75. Geburtstag.

Michael Beuermann (44) wurde zum 1. Januar 1986 Generalbevollmächtigter der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG, Hannover.

Manfred Geisler-Hansson (29) hat das Pressereferat „Lichtanwendung, Hausgeräte" im Zentralbereich Information der Philips, Hamburg, übernommen.

Dr. **Karl Röhrs**, langjähriger Vorsitzender des Aufsichtsrates der VAW Vereinigte Aluminium-Werke AG, Bonn, hat sein Mandat am 31. Dezember 1985 niedergelegt. Dr. **Rudolf Escherich**, der zum Jahresende 1985 aus dem Vorstand der VAW ausgeschieden ist, wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates gewählt. Vorsitzender des Vorstandes wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1986 **Jochen Schirner. Karl Heinz Dörner** wurde ordentliches Vorstandsmitglied.

RENTENMARKT / Impulse durch Erholung in USA

Spekulationen drückten Zins

Der deutsche Rentenmarkt hat von der kräftigen Erholung des US-Kapitalmarktes profitiert. Zudem hat die Spekulation auf eine D-Mark-Aufwertung im EWS ausländische Käufer zu neuen Engagements animiert. Zusätzliche Impulse gingen von der Hoffnung vieler Marktteilnehmer aus, daß auf dem Londoner Finanzgipfel am Wochenende eine konzertierte Zinssenkung unter Führung der USA beschlossen würde. Sehr solide schien das Fundament, auf dem sich der Zinsrückgang während der letzten Tage vollzog, also nicht gerade zu sein. (cd.)

Emissionen	17.1. 86	10.1. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,82	5,83	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,19	6,19	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,90	5,93	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,32	6,30	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,95	5,98	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,52	5,55	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,68	6,70	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,95	5,97	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,73	6,75	6,82	7,20	8,08

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Heinz Egli: Grundformen der Wirtschaftskriminalität, Kriminalistik-Verlag, Heidelberg 1985, 262 S., 48 Mark.

Wirtschaftsdelikte werden in der Wirtschaft gegen die Wirtschaft begangen. Nach einer Einführung in die Problematik gibt der Autor anhand von über 50 Fällen vor allem aus der Schweiz und der Bundesrepublik einen systematischen Überblick über die wichtigsten Erscheinungsformen der heutigen Wirtschaftskriminalität. Die Fälle werden aus der Praxis mit einer Analyse des wirtschaftlichen Sachverhalts und der strafrechtlichen Erfaßbarkeit erläutert. Auch das typische Vorgehen der Wirtschaftskriminellen wird beschrieben. Der Leser wird in einer detaillierten Übersicht über die präventiven Maßnahmen, Schutzmöglichkeiten und rechtlichen Wege aufgeklärt.

Heidrun E. Reimann: Die Bedeutung des vorzeitigen Ruhestandes und Möglichkeiten seiner Vorbereitung, Mittelstandsinstitut Schleswig-Holstein, Band 1, Kiel 1985, 128 S., 29,80 Mark.

In den ersten acht Monaten des Jahres 1985 wurde bereits 15 000mal die Vorruhestandsregel in Anspruch genommen. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit hat sich dadurch die Arbeitslosigkeit der 59 Jahre alten und älteren Arbeitnehmer um zwei Prozent auf 103 900 verringert. 70 Prozent aller über 50jährigen befinden sich heute im Ruhestand. Fast alle sind sie berufserfahren, wirtschaftlich abgesichert und freizeitaktiv. Das Buch soll helfen, den Arbeitnehmer ohne Bruch in seiner Lebensentwicklung in einen neuen Lebensabschnitt zu führen.

Jürgen Boelcke: Wirtschaftswörterbuch Deutsch-Französisch, Französisch-Deutsch, Gabler Verlag, Wiesbaden 1985, jeweils ca. 400 S., 48 Mark.

Der Autor unterrichtet an der Wirtschaftshochschule Paris, Fachbereich Deutsch. Unter Mitarbeit kompetenter Fachautoren entstanden zwei Wirtschaftswörterbücher, die die neueste Terminologie des Wirtschafts-, Handels- und Rechtsverkehrs im deutschen und französischen Sprachraum umfassen. Praktiker, Schüler und Lehrer erhalten Nachschlagewerke, die mit Stichwortauswahl und der Aufnahme zahlreicher Idiome die Arbeit mit der französischen Wirtschafts- und Handelssprache erleichtern.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Zufriedene Bank

Frankfurt (adh) – Als Bestätigung ihrer Geschäftspolitik wertet die Bankgesellschaft von 1899 AG, Frankfurt (vormals Bank für Brau-Industrie), die „kontinuierliche Entwicklung" im vergangenen Jahr. Die zur Oetker-Gruppe gehörende Privatbank erreichte Ende 1985 eine Bilanzsumme von 937 (i. V. 867) Mill. DM, das Geschäftsvolumen wuchs auf 1,13 (1,06) Mrd. DM. Auch mit der Ertragslage sei man zufrieden, allerdings halte der Druck auf die Zinsspanne an, heißt es.

Wird Seven-Up verkauft?

New York (dpa/VWD) – Der führende amerikanische Zigarettenhersteller Philip Morris Inc will sich Berichten aus der Branche zufolge von dem Hersteller des Erfrischungsgetränks Seven-Up, St. Louis, wieder trennen. Das Unternehmen soll auf dem hartumkämpften Softdrink-Markt Anteile verloren haben und mit Verlust arbeiten. Philip Morris hatte Seven Up 1978 für 500 Millionen Dollar gekauft.

Gothaer gut entwickelt

Düsseldorf (Py.) – Die Gothaer Lebensversicherung aG, Göttingen, verzeichnete auch 1985 ein ungebrochenes Wachstum. Das Neugeschäft wurde um 4 Prozent, der Bestand um 7,3 Prozent auf 18,8 Mrd. DM gesteigert. Das Prämienvolumen stieg um 7,1 Prozent auf 634 Mill. DM. Die Kapitalanlagen wuchsen auf 5,1 Mrd. DM (plus 9 Prozent). Die Kapitalerträge erlauben nach Angaben der Gesellschaft wiederum steigende Überschußausschüttungen. Die Kompositversicherung, Gothaer Allgemeine Versicherung AG, erhöhte ihre Beitragseinnahmen um 6,7 Prozent auf über 237 Mill. DM.

Hilfe beim Markteinstieg

Düsseldorf (dpa/VWD) – Hilfestellung im schwierigen Japan-Geschäft will ein Deutsch-Japanischer Wirtschaftskreis geben, der jetzt in Düsseldorf gegründet worden ist. Wie von Vertretern beider Länder mitgeteilt wurde, hat sich die an dem Zusammenschluß beteiligte japanische Außenhandelsorganisation Jetro bereiterklärt, den deutschen Unternehmen alle ihr zugänglichen relevanten Informationen über die japanischen Absatzmärkte zur Verfügung zu stellen und auch bei der Suche nach geeigneten Partnern zu helfen.

Wochenschlußkurse

New York

	17.1.	10.1.
Adv. Micro Dev.	29,125	27
Aetna Life	53,375	52,75
Alcan Aluminium	31,25	29,25
Alcoa	39,875	38,75
Allied Chemical	45,125	46
AMR Corp.	44,5	40
Amax	14,875	14,125
Am. Cyanamid	56,75	55
Am. Express	52,375	51,25
Am. Motors	2,875	2,875
Am. Tel. & Telegr.	22,875	23,75
Amoco Corp.	60,375	62
Asarco	20,5	19,75
Atlantic Richfield	59,875	61,875
Avon Products	27,125	26,875
Bally	17,625	17,625
Bk. of America	13,375	14,5
Bethlehem Steel	15,625	15,25
Black & Decker	20,5	20,25
Boeing	47,375	48
Brunswick	45,125	45,625
Burroughs	61,375	62,75
Caterpillar	43,125	41,125
CBS	114,375	115,25
Celanese	145,375	144,75
Chase Manhattan	77,875	73
Chrysler	42,75	42,5
Citicorp	51,125	51,75
Clorox	45	45,625
Coca-Cola	80,375	81,375
Colgate	31	31,25
Commodore	9,75	9,75
Conwth. Edison	29,375	29,25
Comm. Satellite	35	35,375
Control Data	21	21,25
CPC Int.	51	48,75
Curtiss Wright	45,125	44
Deere	29,75	27,75
Delta Airlines	40,875	39,125
Digital Equipm.	147,875	134,25
Dow Chemical	42,125	40,25
Du Pont	62,75	63,625
Eastern Gas-Fuel	24,125	24,25
Eastman Kodak	47,875	46,625
Exxon	52,125	54
Firestone	22	22
Fluor	15,75	15
Ford	60,375	55,625
Foster Wheeler	12,875	12,375
Fruehauf	25	24,5
GAF Corp.	56,25	51,75
General Dynamics	65,5	65,75
General Electric	69,625	69,75
General Instr.	19	14,25
General Motors	69,25	70,25
Gen. T. & E.	46,625	47,625
Global Nat. Res.	3,5	3,625
Goodrich	35,75	33,375
Goodyear	30,625	30
Grace	57,25	51,625
Halliburton	26,375	27
Heinz	30,125	30,5
Hewlett Packard	39,375	36,125
Homestake	26,875	25,875
Honeywell	74,25	72
IBM	151,25	148,375
Int. Tel. & Tel.	38,375	37,75
Int. Harvester	9,875	8,5
Int. Paper	51,125	49
Int. North. Inc.	45,625	45,125
Jim Walter	42,625	42,75
Litton Industries	78,375	80,5
Lockheed Corp.	45,625	47
Loew's Corp.	58	54,25
Lone Star	29,375	30,125
Louisiana Land	29,75	32,125
LTV Corp.	6,625	6,625
Mc Dermott	17,5	17,5
Mc Donnel Doug.	74	75,25
Merck & Co.	137,875	138,5
Merrill Lynch	38,375	37,125
Mesa Petroleum	2,625	2,75
MGM (Film)	22,75	21
Minnesota M.	90,25	88,375
Mobil Oil	30,875	32
Monsanto	47	45,5
Morgan J.P.	63,5	63
Nat. Semiconductor	13,25	12,5
NCR	42,375	38,875
Newmont	52,25	49,5
PanAm World	7,875	8
Pantry Pride	9,375	9,625
Pfizer	49,875	49
Phibro	42,875	42
Philip Morris	92,625	92,25
Phillips Petroleum	11,875	12,5
Pittston	12,25	12,625
Polaroid	47,125	48,25
Prime Computer	23,625	21,375
Procter & Gamble	66,875	65
RCA	62,625	62,75
Reynolds Ind.	31,5	31,5
Rockwell Int.	35	34,875
Rorer Group	36,375	34,625
Schlumberger	34,125	36,875
Sears, Roebuck	37,625	37
Singer	39,75	40
Sperry Corp.	50,125	50
Stand. Oil Calif.	36,375	37,5
Storage Techn.	3	2,75
Tandy	40,25	38,25
Teledyne	308,125	317
Telex Corp.	63,625	58,5
Tesoro	9,5	9,5
Texaco	29,75	30,125
Texas Instrum.	118,125	103,5
Tosco	4	3,625
Trans World Corp.	37,5	34,5
Transamerica	33,875	32,375
Travelers	46,25	45,5
UAL	52,375	46,25
Uccel Corp.	16,375	14,125
Union Carbide	75,375	74,125
Union Oil of Calif.	25,875	27,75
US Gypsum	45,625	45,5
US Steel	25	25,625
United Technologies	45,875	45,875
Walt Disney	121,5	114,25
Warner Comm.	37,125	38
Westinghouse El.	42,625	42,625
Weyerhaeuser	30,75	30,375
Whittaker	21,875	21,75
Woolworth	60,25	59,625
Xerox	61,125	17,875
Zenith Radio	19,375	19
Dow Jones Index	1534,70	1513,53
Stand. & Poors	208,43	205,96

Toronto

	17.1.	10.1.
Abitibi-Price	16,5	15,625
Alcan Alu.	43,75	40,625
Bk. of Montreal	33,5	33
Bk. of Nova Scotia	13,375	13,25
Bell Cda Enterprises	39,75	39,5
Bluesky Oil	3,1	3,3
Bow Valley Ind.	15	15,75
Brascade Mines	–	–
Brunswick M & Sm.	13,75	13,25
Cdn. Imperial Bk.	42,25	41
Cdn. Pacific Ltd.	18,125	17,875
Cominco	13,25	12,25
Coseka Res.	2,42	2,4
Denison Mines	13,25	14,625
Dome Petroleum	3,1	3
Dofasco	22,75	22,125
Falconbridge Ltd.	23,375	20,625
Great Lakes Forest	18,75	18,5
Gulf Canada	20,625	20,625
Gulfstream Res.	0,98	0,95
Hiram Walker Res.	31,25	30,5
Hudson Bay Mng. Sp.	7,75	7,25
Husky Oil	10	10
Imperial Oil -A-	49,125	49,25
Inco	19,875	18,625
Inter City Gas Ltd.	14,25	16,125
Interprov. Pipeline	42,5	42,375
Kerr Addison	17,25	14,625
Lac Minerals	38,125	38
Massey Ferguson	3,05	2,91
Moore Corp.	36,875	34,75
Noranda Mines	17	16
Norcen Energy Res.	16,375	14,125
Northgate Expl.	5,13	4,8
Northern Telecom.	45,125	45,25
Nova An Alberta 'A'	6,75	7
Nu West Group	0,38	0,39
Oakwood Petrol	7,75	–
Placer Development	26,375	24,125
Provigo Inc.	16,5	15,5
Ranger Oil	4,65	4,8
Revenue Properties	1,95	2
Rio Algom	24,625	22,75
Royal Bk. of Can.	32,5	32
Seagram	64,875	65,5
Shell Canada	23,125	22,875
Sherritt Gordon	8,25	7,875
Stelco -A-	23,625	23,375
TransCdn. PipeLines	20,625	20,5
Westcoast Transm.	14,875	17,125
Index: TSE 300	2849,20	2817,60

Tokio

	18.1.	10.1.
Alps	1850	1690
Bank of Tokyo	725	745
Banyu Pharma	685	710
Bridgestone Tire	517	517
Canon	1130	1100
Daikin Kogyo	613	619
Daiwa House	889	900
Daiwa Sec.	737	755
Ebara	1340	1340
Fuji Bank	1530	1530
Fuji Photo	1980	1940
Fuji Radio	–	590
Hitachi	750	742
Honda	1250	1190
Ikegai Iron	340	352
Isetan	700	705
Ito Yokado	5070	5030
Japan Air	9430	9250
Japan Met.	340	350
Japan Syn. Rubber	430	425
Kajima	445	489
Kansai Elec.P.	1970	1990
Kao Soap	997	995
Kawasaki H	159	143
Kawasaki S	137	135
Kirin Brewery	753	757
Komatsu	507	510
Kubota Iron	348	352
Kyocera	4450	4150
Makita El.	990	976
Marui	1680	1680
Matsushita El. Ind.	1290	1240
Matsushita El. Wks.	870	865
Mitsubishi CP	594	590
Mitsubishi El.	348	348
Mitsubishi Estate	1140	1110
Mitsubishi Heavy I.	373	365
Mitsui Co. Ltd	414	420
Mitsukoshi	610	615
Mitsumi El	985	820
Nichicon	–	760
Nihon Cement	532	344
Nikko Sec.	685	690
Nippon El.	1300	1280
Nippon Kokan	151	151
Nippon Oil	816	815
Nippon St.	157	154
Nippon Yusen	306	310
Nissan Motor	582	572
Nomura Sec.	1030	1040
Olympus	990	995
Penta-Ocean	347	340
Pioneer	1780	1400
Renown	720	710
Ricoh	1090	1080
Sankyo	1100	1110
Seiyu Stores	1030	1080
Sekisui Pref.	810	845
Sharp	940	894
Shiseido	1340	1390
Sony	4070	4080
Sumitomo Bank	770	740
Taisei Corp.	314	312
Taisho Marine	506	518
Takeda Chem.	988	985
Teijin	473	481
Tokyo Elec.	1250	1280
Tokyo Gas	285	282
Tokio Marine	855	880
Tokyo El. Power	2780	2720
Toray Ind.	508	510
Toshiba Elec.	348	348
Toto	856	855
Toyo Kogyo	399	395
Toyota Motor	1250	1250
Yamaichi	690	695
Yamanouchi	3080	3150
Yamaha	640	646
Yamazaki	834	790
Index	1033,40	1029,90

Maximalpositionen und Rechentricks

Krankenkassen: Zahnärzte wollen sich ihrer gesundheitspolitischen Aufgabe entziehen

Von KARL KAULA

Die Krankenkassen verhandeln zur Zeit mit den Zahnärzten über die Preise für zahnärztliche Behandlungen, Zahnersatz und kieferorthopädische Leistungen. Die Verhandlungspartner konnten sich bisher nicht einigen. So wird es am 23. Januar zu einer Schiedsverhandlung unter dem Vorsitz eines neutralen Schiedsgutachters kommen.

Worum geht es? Die Zahnärzte fordern, die Honorare für Zahnersatz und zahnkonservierende Leistungen um fünf Prozent zu erhöhen, obwohl die Bewertungen erst zum 1. 1. 1986 von einem paritätischen Ausschuß neu festgelegt wurden. Die Kassen dagegen wollen die Preise für Zahnerhaltung stabil halten und antworten auf die Erhöhungsforderung mit einem Antrag auf Senkung der Preise für Zahnersatz und kieferorthopädische Behandlungen um 15 Prozent. Dieses Forderungspaket soll eine Fehlentwicklung der Ausgaben im Gesundheitswesen korrigieren.

Worin besteht die Fehlentwicklung, wie sie von den Krankenkassen gesehen wird? Die Ersatzkassen geben für zahnärztliche Leistungen jährlich fünfeinhalb Milliarden Mark aus – bei Gesamtausgaben von gut 31 Milliarden Mark. Das sind 17,23 Prozent aller Leistungsausgaben. Davon entfallen allein 51 Prozent auf Zahnersatzleistungen.

Dieses Ausgabenniveau ist im Verbund der gesamten Gesundheitsaufwendungen zu hoch, und auch der Anteil des Zahnersatzes an den Ausgaben für Zahnärzte insgesamt ist zu hoch. In gemeinschaftlicher Verantwortung der Vertragspartner – Krankenkassen und Zahnärzte – ist dieser Entwicklung entschieden gegenzusteuern. Wenn sich ein Partner des Vertrages der gesundheitspolitischen Zielsetzung verweigert, wird die Steuerungsaufgabe nahezu unlösbar.

Das ist auch der Vorwurf, den die Krankenkassen gegenüber den Vertretern der Zahnärzteschaft erheben: Daß sie ihrer gesamtpolitischen Verantwortung nicht gerecht werden wollen. Sie agieren ausschließlich als Interessensvertretung. Als gesetzlich berufene Träger der Gesundheitspolitik haben die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen aber auch eine Ordnungsfunktion. Was mit den Ärzten durch verschiedene Instrumente (wie Honorarverteilungsmaßstäbe, Sonderregelungen für die Entwicklung der Laborkosten usw.) möglich war, ist mit den Vertretern der Zahnärzteschaft bisher nicht zu erreichen gewesen: die Zurücksteuerung bestimmter Ausgabenbereiche unter gesundheitspolitischen Aspekten.

Argumentation mit falschen Vergleichen

Wir meinen, wenn uns schon der Gesetzgeber die Vertragshoheit gegeben hat mit der dazugehörenden politischen Verantwortung, dann müssen wir als Vertragspartner dieser Verantwortung auch gerecht werden. Die Zahnärztevertreter jedoch operieren als Kampfverband und vertreten Maximalpositionen bis zum letzten Atemzug.

Einige Sprecher der Zahnärzte scheuen nicht die simpelsten Taschenspielertricks:

- Sie sprechen von einem zweijährigen Honorarstillstand und von Verzicht, obwohl die letzte Preisvereinbarung materiell auf zwei Jahre ausgelegt war.
- Sie zeigen „dramatisch gestiegene" Praxiskosten-Anteile vor, obwohl die Kosten absolut gesunken sind.
- Sie suchen sich für Vergleichsbetrachtungen Bezugsgrößen aus, die vollkommen atypisch sind: zum Beispiel das Jahr 1981, in dem die Zahnärzte nach der Ankündigung von Leistungseinschränkungen schnell noch Rekordumsätze realisierten; durch Bezug auf dieses Rekordjahr soll jetzt eine dramatische Rückentwicklung und ein Kostendämpfungsbeitrag der Zahnärzte „bewiesen" werden.

Bei der Darstellung der Beschlüsse zur Umbewertung zahnärztlicher Leistungen im Bewertungsausschuß wird die Tatsache einer gehörigen Aufwertung zahnerhaltender Leistungen (um fünf Prozent) regelrecht unterschlagen, nur um den Einschnitt beim Zahnersatz um so dramatischer darstellen zu können.

Die letzte Kostenstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes weist für 1983 einen Durchschnittsumsatz von 622 000 Mark je Praxisinhaber bei einem Einkommen vor Steuern von 226 000 Mark aus. Natürlich handelt es sich um Durchschnittswerte; acht Prozent der Zahnärzte machen 25 Prozent des Umsatzes. Eine ansehnliche Minderheit hat entsprechend unterdurchschnittliche Einkommen. Und so ist es denn kein Wunder, daß solche Zahnärzte, die von ihren Standesorganisationen nur unzureichend, nur über Absenkungsbeschlüsse informiert sind, in wilden Leserbriefen gegen die Politik der Krankenkassen agieren.

Mit dem Gesetzbuch wollen die Zahnärztepolitiker beweisen, daß nicht nur ihr erreichtes Einkommensniveau erhalten werden muß, sondern auch noch im Umfange der allgemeinen Einkommensentwicklung zu erhöhen ist. Sie ignorieren die Leitbestimmung der Reichsversicherungsordnung, wonach die ärztlichen und zahnärztlichen Leistungen „angemessen" vergütet werden sollen. Wenn es aber um die Angemessenheit geht, so ist doch ganz klar, daß die Zahnärzte-Einkommen sich in vernünftigen Relationen zum Einkommen vergleichbarer Berufsgruppen befinden müssen und die Beitragssatzstabilität nicht gefährden dürfen.

Unrealistische Positionen

Einige Vergleiche:

- Ärzte kommen nur auf 75 Prozent dessen, was die Zahnärzte an Einkommen versteuern;
- Rechtsanwälte erreichen nur 51 Prozent und
- Architekten gar nur 38 Prozent.
- Die „Quartalsfallkosten" betragen bei ärztlicher Behandlung 75 Mark, bei Zahnbehandlung (nicht Zahnersatz!) 106 Mark und bei Kieferorthopädie 202 Mark.
- Ein Gebißabdruck: beim Chirurgen 14,25 Mark, beim Zahnarzt 20,80 Mark.
- Die Gebühr für eine Brücke für zwei ersetzte Zähne ist so hoch wie die für dreizehn Brustkrebsoperationen.

Die Zahnärzte-Forderung läuft darauf hinaus, daß die Beiträge der Versicherten erhöht und ihre Einkommen belastet werden, nur damit die hohen Einkommen der Zahnärzte stabil gehalten werden können. Das ist die Logik der Zahnärzte.

Ich meine, daß dies eine unrealistische Position ist. Die Vertragspartner müssen selbst in der Lage sein, gesundheits- und sozialpolitisch vertretbare Verhältnisse in ihrem Bereich zu schaffen. Muß nicht der Gesetzgeber geradezu zum Eingriff ermuntert sein, wenn dies nicht gelingt? Das wäre ein Armutszeugnis für die Selbstverwaltung.

Der Autor ist Vorsitzender des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen.

Hoffen auf eine vernünftige Lösung

Die Zahnärzte wehren sich gegen „überzogene Angriffe" der Krankenkassen

Von WILFRIED SCHAD

Zahnärzte sind auch Menschen! Dies möchte man rufen, wenn man die überzogenen Angriffe der Krankenkassen gegen unseren Berufsstand in der Öffentlichkeit verfolgt. Da wird einmal gesagt, die Kassen gäben für jeden Zahnarzt 340 000 Mark im Jahr aus. Verschwiegen wird dabei aber, daß in dieser Summe auch die laufenden Praxiskosten enthalten sind. Wer weiß auch schon, daß ein zahnärztlicher Behandlungsstuhl heute 15 000 Mark kostet und daß jenes eigenartige Gerät, aus welchem der Zahnarzt und seine Helferin Blasluft, Wasser und die immer noch nicht geliebten Bohrgeräte „zaubern", auch nicht unter 45 000 Mark zu haben ist.

An anderer Stelle wird behauptet, die Zahnärzte hätten ein Jahreseinkommen von 250 000 bis 300 000 Mark. Die Wahrheit ist, daß 51 Prozent der Zahnärzte mit ihren Jahreseinkommen vor Steuern unter 168 000 Mark und 49 Prozent darüber liegen. Altersversorgung und die regelmäßig nötigen Neuanschaffungen machen zusätzliche erhebliche Rücklagen notwendig. Der wirkliche Verdienst eines Zahnarztes liegt nicht wesentlich höher als der eines leitenden Angestellten.

Verhandlungen unter psychologischem Druck

Deshalb reagieren die Zahnärzte immer gereizter auf diese ständig wiederholten falschen Darstellungen in der Öffentlichkeit. Sie wissen, daß dies alles nur geschieht, um für die Honorarverhandlungen seitens der Krankenkassen einen psychologischen Druck aufzubauen, der die Zahnärzte gefügig machen soll. Aber da muß doch etwas dran sein, muß der Mann auf der Straße denken, daß für die Zahnärzte zuviel Geld ausgegeben wird, wenn die Behandlung von 32 Zähnen fast so viel kosten soll wie die Behandlung des ganzen Menschen. Indes auch das ist falsch!

Bei der zahnärztlichen Behandlung und bei der Versorgung mit Zahnersatz wird die gesamte Behandlung von den niedergelassenen Zahnärzten und den zahnärztlichen Universitätskliniken gemeistert. Die gesamten Leistungen des Zahntechnikerhandwerks – mehrere Milliarden Mark – werden im Gesamtbetrag für die „32 Zähne" mitgerechnet. 1984 waren *das 13,9 Milliarden Mark. Die* wenigen durch Zahnärzte verordneten Arzneimittel können in dieser Rechnung vernachlässigt werden.

Für die Therapie des „ganzen Menschen" wurden folgende Beträge aufgewandt: 33,2 Milliarden für die Krankenhausbehandlung, 18,9 Milliarden für die ambulante ärztliche Behandlung, 15,5 Milliarden für Arzneien und 6,2 Milliarden für Heil- und Hilfsmittel. Macht zusammen 73,8 Milliarden Mark.

73,8 Milliarden Mark zu 13,9 Milliarden, das ergibt ein ganz anderes Bild. Trotzdem glauben auch die Zahnärzte, daß die Ausgaben der Krankenkassen für Zahnersatz nicht so hoch sein müßten. Sie meinen, daß es richtig ist, wenn jeder Versicherte, der Zahnersatz braucht, so versorgt wird, daß er gut kauen und sprechen kann und auch gut aussieht. Dafür sollen die Krankenkassen auch zu einem großen Teil die Kosten übernehmen. Die moderne Zahnheilkunde kann heute aber noch weit mehr. Sie kann kosmetische Wünsche bis zur Perfektion erfüllen. Mit dem Postulat im Gesetz über die gesetzliche Krankenversicherung (RVO), daß eine Behandlung ausreichend und zweckmäßig sein soll und das Maß des Notwendigen nicht überschreiben darf, ist jedoch nicht vertretbar, daß dies zu Lasten der anderen Versicherten geschieht.

Die Kassen sind auf falschem Weg

Die Krankenkassen haben aber 1977 über das Bundesschiedsamt für die kassenzahnärztliche Versorgung gegen den Willen der Zahnärzte erzwungen, daß auch die meistens als *nicht notwendig anzusehenden* prothetischen Versorgungsmöglichkeiten in den Leistungskatalog der Kassenzahnärzte eingeführt und von den Krankenkassen bezahlt werden.

Damals sagten die Krankenkassen: „Weitere Leistungen im Bereich des Zahnersatzes in die kassenärztliche Versorgung einzubeziehen, bringt den Kassen keine nennenswerte finanzielle Mehrbelastung." Tatsächlich kosteten dann aber nur diese Leistungen weit über eine Milliarde Mark. Heute will man das nicht mehr wahrhaben und stellt die Zahnärzte als Kostentreiber an den Pranger.

Der von den Kassen eingeschlagene Weg, sich durch drastische Honorarkürzungen für alle prothetischen Leistungen an den Zahnärzten schadlos zu halten, müßte zwangsläufig zu einem Leistungsabfall führen, der die gute Zahnersatzversorgung gefährdet. Die Zahnärzte hoffen immer noch, daß sie einen vernünftigen Weg zusammen mit den Krankenkassen gehen können.

Der Autor ist Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Peter Jentsch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geltel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/33, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

TENNIS / Masters-Turnier eine Bestätigung für jüngsten Wimbledon-Sieger aller Zeiten

Der Aufstieg

Borg hat es nicht geschafft, McEnroe und Lendl auch nicht. Einen solchen Sturmlauf durch die Weltrangliste gab es bisher nur bei Boris Becker: Erst Wimbledonsieg, dann Finalteilnahme im Masters-Finale. Die Computer-Weltrangliste, in der Becker immer noch auf Platz sechs steht, ist mit dem Ereignis von New York wohl schon außer Kraft. Becker gehört zu den Großen Drei der Tenniswelt – und stand Ostern 1984 noch auf Platz 750, nur Experten bekannt. Ion Tirac war einer von ihnen.

Selbstkritik

Bei allen Erfolgen hat Boris Becker eines nicht verloren: die Fähigkeit, seine Leistungen realistisch einzuschätzen. Mit seinem schwächsten Spiel erreichte er einen Sieg über Anders Jarryd und das Finale des Masters-Turniers. Seine Selbstkritik: „Ich konnte mich bisher von Spiel zu Spiel steigern, aber gegen Jarryd habe ich schlecht gespielt. Ich konnte kein regelmäßiges Spiel gegen ihn aufziehen, das hat man eben an meinen vielen Fehlern gemerkt." Manager Ion Tiriac: „Er ist eben auch nur ein Mensch."

Rekordmarke

Seit 1951 befassen sich deutsche Meinungsforschungs-Institute mit Ansehen und Bekanntheitsgrad prominenter Persönlichkeiten. Boris Becker sprengt nun auch in dieser Sparte alle Grenzen. 98,1 Prozent aller Bundesbürger über 16 Jahre kennen ihn, nur sieben Prozent denken negativ über ihn. Ein solches Ergebnis hat es bisher noch nicht gegeben. Weder Politiker noch Künstler oder andere Sportler kommen und kamen an diese Zahlen heran. Das ermittelten die Wickert-Institute.

Anfeuerung

Das ist einmalig in der über hundertjährigen Geschichte des Madison Square Garden: Rund 1500 Deutsche und deutschstämmige Amerikaner (allein aus New Jersey kamen 100 Busse) feuerten am Wochenende Boris Becker an. Die riesige Arena schien fest in deutscher Hand, die Amerikaner wechselten da im Halbfinale teilweise ins Lager des Schweden Jarryd über. „Reise mit Boris nach New York und sieh dir das Masters an", hatte ein Reiseunternehmen in den USA inseriert.

Lobeshymnen

Und so jubelt Amerikas Presse über Boris Becker: „Von Zeit zu Zeit erleuchtet ein Athlet seine Umgebung nur dadurch, daß er auftritt. Elektrisierende Spannung, Charisma, Flair, sportlicher Sexappeal, Becker hat alles im Überfluß." (New York Post). – „Er füllt den Garden mit seinem Talent, seiner Jugend und seiner Selbstsicherheit." (Daily News) – „Becker steht zwar offiziell auf Platz sechs der Weltrangliste, ist aber zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlich die Nummer zwei." (Washington Post).

Claudia Kohde

Boris Becker lenkt den Blick ein wenig ab von der konstant guten Leistung, die Claudia Kohde seit Monaten zeigt. Beim Turnier in Worcester steht sie erneut im Halbfinale. „Das war eines der besten Spiele, die ich je gemacht habe", sagte die 22 Jahre alte Saarbrückerin (Nummer vier der Weltrangliste) nach ihrem 6:2, 6:1-Sieg über die Engländerin Jo Durie. Claudia Kohde spielt nun gegen Kathy Rinaldi (USA). Im zweiten Halbfinalspiel treffen Martina Navratilova und Pam Shriver aufeinander.

Gleichgültig, was der Computer auch ausspuckt: Boris Becker gehört schon zu den Großen Drei der Weltrangliste

H. J. POHMANN, New York

Sechs Turniertage im Madison Square Garden haben ausgereicht, um zu Beginn der neuen Tennis-Saison über die Entwicklung im Herren-Tennis nachzudenken. Die 16 besten Profis der Welt traten in New York an, um ihren Grand-Prix-Champion zu küren. Jahrelang war dies eine Veranstaltung, bei der sich niemand weh tat, bei der die Favoriten siegten, bevor dieses Turnier schnell wieder abgehakt wurde. Doch diesmal geschah Ungewöhnliches. Urplötzlich geriet die jahrelang beständige Rangordnung ins Wanken, stürzte fast um. Boris Becker rüttelte zum zweiten Mal nach seinem Wimbledon-Sieg an den Grundfesten seines Sports.

Die Absage von Jimmy Connors wird hinter den Kulissen mehr oder weniger als Abschied von einer großen Karriere gehandelt. Noch viel schlimmer aber begann das Jahr für John McEnroe, der vor zwölf Monaten nach seinem Masters-Sieg fester als jemals zuvor auf dem Thron des weltbesten Spielers saß. Was aber zwölf Monate für einen Tennis-Spieler bedeuten können, erlebten die verblüfften New Yorker Fans bei McEnroes Ausscheiden gegen den Kalifornier Brad Gilbert.

„Ich werde in Zukunft viel laufen und mit Gewichten arbeiten, um wieder fit zu werden", sagte McEnroe. Mit derartigen Lippenbekenntnissen macht er sich selbst Mut, allein, den meisten Experten fehlt der Glaube. Denn anstatt zum erstenmal in seiner Karriere richtig zu trainieren, setzte er nach wie vor gierig zur Jagd auf Dollars an. Demnächst steht wieder eine sogenannte „McEnroe US-Tour" an, bei der in der Provinz Schaukämpfe bestreitet. Ohne Training geht es nun mal nicht, auch wenn McEnroe mit 26 Jahren noch immer im besten Tennis-Alter ist. Die anderen Spieler haben erkannt, daß sie alle eine Chance gegen den einst fast Unbesiegbaren haben und stürzen sich wie ein Wolfsrudel auf den angeschlagenen McEnroe.

Der erlebt in diesen Tagen die bittersten Stunden seiner Karriere. Und wie es nun einmal üblich ist, kann er auf die Hilfe seiner Kollegen nicht rechnen. Im Gegenteil, Ivan Lendl äußerte sich dazu drastisch: „Mir hat er auch nicht geholfen, als ich meinen Tiefpunkt hatte, soll er doch alleine sehen, wie er da herauskommt."

Natürlich hat es der Weltranglisten-Erste in seiner jetzigen Position leicht, so zu reden. Er nimmt eine Stellung ein, die er sich durch jahrelanges hartes Arbeiten verdient hat und die ihm jetzt auch das notwendige Selbstvertrauen vermittelt.

Wenn Lendl auf dem Platz steht, dann strotzt er vor Kraft. Er genießt es, wenn er derjenige ist, der den Ton angeben kann. Kein Connors mehr und vielleicht auch kein McEnroe mehr, also freie Bahn für den Tschechoslowaken?

Sicherlich, wenn es da nicht eben jenen jungen Mann geben würde, der innerhalb von einem Jahr für einen lang erhofften Umsturz der Szene gesorgt hätte. Die Rede ist, wie sollte es in diesen Tagen anders sein, von Boris Becker. Beim ersten deutschen Wimbledon-Sieger ist am meisten zu bewundern, wie er sich in einer nicht für möglich gehaltenen Konstanz Woche für Woche verbessert. Dazu gehört auch die unglaubliche Fähigkeit, aufkommende kritische Phasen frühzeitig zu erkennen und diese dann gemeinsam mit dem Betreuergespann Ion Tiriac und Günter Bosch zu entschärfen. Perfekter als Becker ist noch kein Spieler der Welt aufgebaut und geführt worden. Und er dankte es mit ständig aufs neue begeisternden Leistungen.

Dafür waren die letzten zwei Monate symptomatisch. Nach der „bitteren Niederlage" (Becker) bei den Australian-Open gegen Schapers wurde hart gearbeitet. Herausgekommen sind Siege im Davis-Cup, dem Young-Masters-Turniers in Berlin und nun das Erreichen des Halbfinales in New York. Und dies gegen die unmittelbare Konkurrenz im Kampf um einen der ersten fünf Plätze in der Weltrangliste. Schade in diesem Zusammenhang, daß es für die aufgeführten erfolgreichen Wettbewerbe keine Punkte für die Weltrangliste gab, sonst wäre Becker bereits auf Rang drei vorgerückt.

Dennoch: Gleichgültig, was der Computer ausspuckt, viel wichtiger für die Psyche eines Spielers ist es, seinen eigenen Leistungsstand und den der Konkurrenz zu kennen. Und dabei steht Becker zumindest auf Rang drei – hinter Lendl und (fairerweise noch) John McEnroe. Damit hat er einen neuen Meilenstein in seiner Karriere gesetzt. Platz vier scheint dann für Mats Wilander vor Stefan Edberg reserviert zu sein.

Alle anderen aber weisen zu unterschiedliche Leistungen auf (Gomez, Noah, Leconte) oder besitzen nicht das Potential, das ihnen auf Dauer einen sicheren Platz unter den zehn Besten garantiert.

So bleibt unter dem Strich für 1986 die Hoffnung, daß sich Beckers Form weiter stabilisieren wird. Das würde bedeuten, daß künftig alles bei den großen Turnieren vielleicht auf die sportliche Rivalität zwischen Lendl und Becker hinausläuft. So wie das zuvor zwischen Connors und Borg, Borg und McEnroe oder McEnroe und Lendl immer der Fall war.

Solch eine Konstellation ist der notwendige Tupfer, der den internationalen Turniersport weiter interessant macht. Es gibt nämlich viele uninteressante Spieler und Spiele – selbst das Masters-Turnier in New York hat das gezeigt.

Früh krümmt sich, was ein Master werden will





Mit Schläger und Eistüte

Schon vor zwölf Jahren der konzentrierte Blick auf den Ball, der offene Mund, der die Bereitschaft zum Kampf zeigt: Ivan Lendl, 13 Jahre alt und heute (Fotos oben). – Und bei Boris Becker mußte die rechte Faust vor sieben Jahren auch schon etwas zu tun haben. Damals, gerade elf Jahre alt mit scheinbar viel zu großem Schläger, war noch eine Eistüte sein Lohn. Heute stößt die Faust nach großen Siegen steil in die Luft – und sein Verdienst ist in Speiseeis kaum noch umzusetzen. Früh übt sich, was ein Master werden will. Verlorene Kindheit? Diese Frage beschäftigt die Psychologen immer wieder. Björn Borg sagt dazu: „Ich habe beim Tennis fürs Leben gelernt."

FOTOS: WEREK (2), DIEGL, DPA

Die Furcht vor dem Druck der deutschen Öffentlichkeit

GÜNTER DEISTER, New York

„Sie werden ihren Sohn verlieren", hatte Ion Tiriac vor etwa 18 Monaten zu Mutter Becker gesagt. Das sei die Konsequenz einer professionellen Karriere im Tennis. Was als wohlmeinende Warnung gemeint war, ist längst eingetreten. Der 17 Jahre alte Boris Becker sah seine Mutter 1985 nur noch wenige Tage. Und nun, so scheint es, findet auch eine Abnabelung von Deutschland statt. Boris Becker entfernt sich, nicht auszuschließen, daß er künftig eher in China als Tennisspieler zu sehen sein wird als in seiner Heimat.

Äußeres Anzeichen für das inzwischen äußerst kompliziert gewordene Verhältnis zwischen dem zum Weltstar avancierten jungen Sportler und seinem Herkunftsland ist die Auseinandersetzung um die Teilnahme an den Internationalen Deutschen Meisterschaften in Hamburg (15. bis 21. September). Tiriac hat Becker – offenbar mit dessen Einverständnis – nicht gemeldet. Der Deutsche Tennis-Bund (DTB) wiederum setzt alles daran, sein Aushängeschild an die Elbe zu bekommen. Sportdirektor Günter Sanders: „Die Internationalen ohne Boris Becker, das ist undenkbar."

Also versucht der DTB, Beckers Start über das Men's International Professional Tennis Council (MIPTC) zu erwirken, das höchste Gremium im Profitennis. Jeder Berufsspieler hat die Verpflichtung, mindestens 14 Grand-Prix-Turniere im Jahr zu spielen, die beim MIPTC angemeldet werden müssen. Das Council hat das Recht, drei dieser 14 abgegebenen Meldungen nach eigenem Gutdünken umzubuchen. Nach Sanders' Informationen wird das MIPTC Becker nach Hamburg umleiten. Das wiederum bestreitet Tiriac, der eine eigene Nachmeldung offen läßt.

Der Rumäne sorgt sich darum, daß bei einer Turnier-Teilnahme in Deutschland der Druck zu groß werde. Boris könne sich im Ausland viel besser entwickeln. Dem stimmt Bekker zu. Die Belastungen bei Spielen daheim seien kaum noch zu ertragen. Ohne Leibwächter gehe es nicht mehr. „Ich kann nur noch verkleidet, mit meinem Schlapphut und einer dicken Brille, durch die Straßen gehen." Natürlich, der Job sei nun mal so. „Und ich habe es ja auch gewollt." Doch unter diesen Umständen fühle er sich im Ausland wohler, „am wohlsten hier in New York".

Im nachhinein scheint es, als wenn das so erfolgreiche Davis-Cup-Finale in München eher trennend als einend gewirkt hat. Tiriac erklärt: „Mit dem DTB will ich zwei Jahre lang nichts mehr zu tun haben." Dann könne man weitersehen. Unbenommen davon sei Beckers Teilnahme am Davis-Cup. „Für Deutschland zu spielen, das ist seine Pflicht."

Der Rumäne, der von der New Yorker Presse als der wohl kompetenteste und beste Tennis-Manager überhaupt gefeiert wird, ist noch immer tief gekränkt über die, wie er meint, ungerechte Behandlung, die ihm in der Bundesrepublik widerfahren sei. Er sei es schließlich gewesen, der den Deutschen Boris Becker geschenkt habe. Doch anstatt dankbar zu sein, betrachteten sie ihn lediglich als einen Geschäftemacher und Ausbeuter. „Die Deutschen haben ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht", sagt Tiriac. Das soll heißen: Vom professionellen Sport verstehen viele noch zu wenig.

Da trifft es sich gut, daß sich ausgerechnet jetzt für das Unternehmen Tiriac/Becker mit den USA der größte Tennismarkt der Welt weit auftut. Jimmy Connors steht kurz vor dem Ende seiner Karriere, John McEnroe möglicherweise auch. Das amerikanische Tennis befindet sich in einem Tief, neue Stars sind nicht in Sicht. Schon beginnen Sponsoren abzuwandern, ohne die Profitennis nicht möglich ist. Da kommt Becker, der bei den Amerikanern wie kaum sonst ein Ausländer Sympathien erweckt, wie gerufen.

Als einziger Auftritt in der Bundesrepublik steht 1986 bisher lediglich ein Schaukampf in Stuttgart fest.

(dpa)

Debakel der Amerikaner

sid, Düsseldorf

Der Schlußtag wurde für Amerikas Tennis zum Alptraum. Beim Finale des 500 000 Dollar-Masters-Spektakels im New Yorker Madison Square Garden waren die Gastgeber gerade noch durch Schieds- und Linienrichter sowie die Balljungen vertreten. Den sportlichen Teil machten die Europäer unter sich aus – wie auch 1985 bei allen Jahres-Höhepunkten.

Nach dem Endspiel Becker gegen Lendl geriet das Doppelfinale zwischen Nystroem/Wilander und Edberg/Jarryd gar zu einer innerschwedischen Ausscheidung. Die Zeichen sind nun auch für den letzten deutlich. Die Niederlage John McEnroes gegen seinen spielerisch biederen US-Landsmann Brad Gilbert war nur der Schlußpunkt einer Entwicklung.

Im Davis-Cup kam bereits im Viertelfinale das Ende für das Team des 28maligen Rekordgewinners. Als letzter Amerikaner gewann McEnroe vor 16 Monaten mit den US-Open 1984 ein Grand-Slam-Turnier. Seitdem triumphierten Mats Wilander 1984 in Melbourne und 1985 in Paris, Boris Becker in Wimbledon, Ivan Lendl in Flushing Meadow und Stefan Edberg in Melbourne. Der Sieger der WCT-Weltmeisterschaft in Dallas hieß Lendl. Von den ersten zehn der Weltrangliste sind sieben Europäer; hinter der Zukunft McEnroes (Nummer zwei), des seit Herbst 1984 erfolglos spielenden Jimmy Connors (Nummer vier) und des gebürtigen Südafrikaners Kevin Curren (Nummer neun) steht ein Fragezeichen.

Bei den Damen behaupten die USA mit Martina Navratilova (1), Chris Lloyd-Evert (2) und Pam Shriver (4) zwar noch unangefochten die Spitze. Doch Europa drängt auch hier – Hana Mandlikova (CSSR) mit 23, Claudia Kohde mit 22 Jahren, die 18 Jahre alte Manuela Maleeva (Bulgarien) und vor allem die beiden 16jährigen Steffi Graf und Gabriela Sabatini (Argentinien) haben als Nummern 3, 5, 6, 9 und 11 noch eine lange Tenniszukunft vor sich.

So lief das Halbfinale

sid/dpa, New York

Ausgerechnet im Halbfinale, wo oftmals die spannendsten Spiele stattfinden, kam Boris Becker gegen den Schweden Anders Jarryd zum leichtesten Sieg beim Masters-Finale in New York. Beckers Manager Ion Tiriac meinte nach dem 6:3, 6:4-Erfolg barsch: „Nein, zufrieden bin ich nicht. Boris ist eben doch nicht der liebe Gott, er ist ein ganz normaler Tennisspieler mit allen Schwächen, die ein Mensch nur haben kann."

Nach nur 35 Minuten war der erste Satz vorbei. „Wenn ich gut spiele, kann ich Boris schlagen", hatte Jarryd noch vor dem Spiel gesagt. Bekker aber demoralisierte ihn vor allem mit knallhart geschlagenen Returns. Da Jarryd eine hohe Fehlerquote bei Netzangriffen und mit seiner Vorhand aufwies, war er ohne Chance. Obwohl Becker nicht in Bestform spielte und ihm mehrere einfache Fehler unterliefen, war er ungefährdet.

Nur zu Beginn des Spiels konnte Jarryd mithalten. Auf starke erste Aufschläge und die beidhändige Rückhand wußte Becker zunächst kein Rezept. Als dem Schweden zum 3:1 das erste Break gelang, deutete alles auf einen schnellen Satzgewinn hin. Doch Becker gelang sofort das Break zum 2:3, später dann noch zwei zum 4:3 und 6:3.

Im zweiten Satz gewann Jarryd dann sein Aufschlagspiel zum 1:1. Schon sein nächstes Service nahm ihm Becker wieder ab. Beim Stande von 5:2 hatte der Wimbledonsieger den ersten Matchball, den er aber nicht nutzen konnte. Dafür machte Becker mit mehreren Fehlern seinen Gegner plötzlich wieder stark. Der Schwede nutzte die Schwächephase und verkürzte auf 4:5. Doch im entscheidenden Moment steigerte sich Boris Becker wieder, indem er Jarryd im nächsten Spiel den Aufschlag abnahm und nach insgesamt 82 Minuten den Einzug ins Finale geschafft hatte. Becker: „Gegen Wilander habe ich stärker gespielt."

Björn Borg: Im Ernstfall eine 0:6, 0:6-Niederlage

GÜNTER DEISTER, New York

„Ich bin ein glücklicher Mensch." Björn Borg wiederholt den Satz in dem Gespräch mehrere Male, so als sei er in Sorge, es könne ihm nicht geglaubt werden. „Tennis", sagt Borg, „das ist für mich ein ganz und gar abgeschlossenes Kapitel." Die Nummer eins seines Lebens sei sein vier Monate alter Sohn Robin.

Björn Borg bei einem Tennis-Turnier – das ist eine große Seltenheit. Ab und zu muß er seinen Werbe-Verpflichtungen nachkommen, wie jetzt in New York für eine italienische Bekleidungsfirma. Aus demselben Grund spielt er hin und wieder auch ein Einladungsturnier, wie im letzten Jahr gegen John McEnroe. „Ich komme so noch einmal mit alten Freunden zusammen. Über Tennis wird dabei nicht geredet." Es bringe Spaß, im Ernstfall würde er gegen Boris Bekker ohnehin 0:6, 0:6 verlieren.

„Nein", sagt Björn Borg, aus dessen Gesicht die tiefen Falten eines anstrengenden zehnjährigen Arbeitslebens auf dem Tennisplatz gewichen sind, „Tennis ist für mich aus und vorbei." Ganz selten sehe er sich im Fernsehen ein Turnier an. Sein Tennis-Pensum mit drei bis vier Stunden in der Woche hat das Niveau eines Freizeitspielers erreicht.

Wie war das 1982, als er, der fünfmalige Wimbledon-Sieger und zweimalige Masters-Sieger, beschloß, Schluß zu machen mit der Karriere, die ihm wohl annähernd 100 Millionen Mark eingebracht hat? „Ich wollte einfach weg. Mit 26 habe ich plötzlich gemerkt, daß mir ein Matchball nichts mehr bedeutet. Ich stellte mir die Frage, was willst du von deinem Leben. Ich gab mir die Antwort, etwas ganz anderes, etwas, was ich bisher total vermißt habe."

Über die aktuelle Tennisszene kann Björn Borg nur aus der Entfernung urteilen. Boris Becker hat er am Freitag erstmals im Training beobachtet und am Samstag gegen Anders Jarryd erstmals live bei einem Turnier erlebt. So kann er sich doch ein Urteil zutrauen. „Er hat alle Talente, um die Nummer eins zu werden, vielleicht ist er es sogar schon." Björn Borg bewundert das „unerhörte, kaum zu erschütternde Selbstvertrauen. So weit war ich im gleichen Alter noch nicht." Becker könne praktisch jeden Schlag, er sei ein vielseitiger Spieler, der in den Tennissport eine neue Qualität der Athletik bringe. Und er werde von Ion Tiriac und Günther Bosch offenbar hervorragend geführt. „Offen ist für mich noch, ob er auch auf Ascheplätzen Weltspitze werden kann."

Doch Björn Borg ist sicher, daß die eigentliche Zeit der Prüfung Boris Becker noch bevorsteht. „Ich habe es ja alles selber durchgemacht. Am schwersten ist es ja nicht, nach oben zu kommen. Das schwerste ist, an der Spitze zu bleiben. Der Druck wird unheimlich groß. Die Eintönigkeit nimmt immer mehr zu. Inwieweit Becker diesem Druck standhalten kann, das kann ich nicht beurteilen."

Bestens beurteilen kann Björn Borg hingegen die Situation, in die der 26jährige John McEnroe nun geraten ist. „Es ist derselbe Fall wie bei mir zur selben Zeit und aus denselben Gründen. Er hat die anderen Seiten des Lebens kennengelernt, und nun weiß er nicht, wie er sich entscheiden soll." Einen Rat wolle er dem Amerikaner nicht geben. Nur eins wisse er: Sollte McEnroe sich noch einmal entschließen, sich ganz dem Tennis zu widmen, dann könne er erneut die Nummer eins werden. „Er ist ein begnadeter Spieler. Er hat viel für das Tennis getan. Sollte er zurücktreten, werden alle verlieren."

Ob er denn Boris Becker einen Rat mitzugeben habe? „Ich möchte das so beantworten. Für mich waren die Tennis-Jahre die beste Erziehung, die ich haben konnte. Ich bin hinaus in die Welt gekommen und habe meine Erfahrungen gemacht. Ich habe mir die Basis für ein glückliches Leben geschaffen." Und dabei lächelt er weiter milde aus seinem geglätteten Gesicht. Damit niemand zweifelt.

(dpa)

NACHRICHTEN

Langer verbessert

Palm Desert (GAB) – Bernhard Langer (Anhausen) verbesserte sich in der vierten der über fünf Runden ausgespielten „Bob Hope Classic" in Palm Desert (Kalifornien) vom 16. auf den 14. Platz mit 70+70+66+68=274 Schlägen (Par 72). Es führt weiterhin der Amerikaner Jodie Mudd mit 72+65+63+68=268 vor seinem Landsmann John Cook 68+67+65+69=269.

Revanchekampf abgelehnt

London (sid) – Der sowjetische Schachweltmeister Garri Kasparow hat es in einem Gespräch mit der Londoner Tageszeitung „Times" weiterhin abgelehnt, seinen Titel in einem Revanchekampf gegen seinen Landsmann und Vorgänger Anatali Karpow zu verteidigen. Der internationale Schachverband hatte den Beginn des erneuten Titelkampfes bereits für den 10. Februar vorgesehen.

Fußball-Bann aufgehoben

Brüssel (sid) – Großbritanniens Fußball-Amateure dürfen ab sofort wieder in Belgien spielen. Wie die belgische Regierung bekanntgab, sei man der Ansicht, der britische Verband habe sieben Monate nach der Zuschauerkatastrophe im Brüsseler Heyselstadion ausreichend Maßnahmen ergriffen, um gewalttätige Fans davon abzuhalten, mit ihren Klubs ins Ausland zu fahren.

Fußball-Junioren Zweite

Leningrad (dpa) – Die deutsche Fußball-Juniorenauswahl unter 18 Jahren belegte beim Granatkin-Turnier in Leningrad mit 7:3 Punkten den zweiten Platz vor den punktgleichen Franzosen. Im letzten Spiel unterlag das deutsche Team dem Turniergewinner UdSSR mit 1:3.

Santana betreut Brasilien

Rio de Janeiro (dpa) – Wie schon 1982 in Spanien wird der brasilianische Fußball-Trainer Tele Santana (54) auch bei der diesjährigen Weltmeisterschaft in Mexiko die Nationalmannschaft Brasiliens betreuen. In der Zwischenzeit hatte Santana als Trainer in Saudi-Arabien gearbeitet.

Hidalgo nach Marseille

Paris (sid) – Der französische Fußball-Trainer Michel Hidalgo (52), nach dem Gewinn der Europameisterschaft 1984 als Betreuer der französischen Nationalmannschaft zurückgetreten, soll Manager des französischen Erstliga-Klubs Olympique Marseille werden.

Ray tödlich verunglückt

Berlin (sid/dpa) – Der ehemalige „DDR"-Weltklasse-Sprinter Eugen Ray ist im Alter von 28 Jahren in Leipzig tödlich verunglückt. Dies meldet die Ostberliner Zeitschrift „Junge Welt".

Kritik an Zuwendungen

Berlin (sid) – Der „Bund der Steuerzahler Berlin" hat seine Kritik an Sportsenatorin Hanna-Renate Laurien wegen der Subventionierung des Fußball-Zweitliga-Klubs Hertha BSC bekräftigt. Bei der Bewilligung eines Zuschusses von 330 000 Mark und eines unverzinslichen Darlehens von 970 000 Mark zum Erwerb der „Hertha-Villa" in Westend handele es sich um einen „Sonderfall zur Begünstigung von einem Profisportverein". Diese Finanzierung sei nicht durch das Sportförderungsgesetz gedeckt.

Augsburger Serie beendet

Selb (dpa) – Der Eishockey-Klub Augsburger EV, bislang unbesiegt und mit 60:0 Punkten bereits als Meister der Zweiten Bundesliga Gruppe Süd feststehend, verlor im 31. Spiel der Serie mit 5:8 gegen den Tabellensiebten VER Selb.

Comeback von Sloothaak

Münster (sid) – Fünf Monate nach seiner Knie-Verletzung gewann Franke Sloothaak auf Aviata beim Hallenturnier in Münster die zweite Qualifikation zum Großen Preis der Springreiter vor Bernhard Kamps (Heiden) auf Argonaut.

Paris–Dakar: Porsche vorn

Kayes/Mali (dpa) – Bei der Wüstenrallye Paris–Dakar führen weiterhin die Franzosen Metge/Lemoyne auf Porsche vor ihren Markengefährten Ickx/Brasseur (Belgien/Frankreich). In der Motorradwertung bleibt der Franzose Cyril Neveu auf Rang eins vor seinem Landsmann Gilles Lalay (beide Honda). Der Münchner Eddy Hau (BMW) ist auf Rang sieben zurückgefallen.

Burghartswieser siegte

Königsee (sid) – Der 18 Jahre alte Max Burghartswieser (Berchtesgaden) wurde auf der Kunsteisbahn am Königsee Junioren-Weltmeister der Rennrodler vor Heiko Wietasch aus der „DDR".

„DDR"-Bobs überlegen

Innsbruck-Igls (sid) – Mit einem kompletten Erfolg der „DDR" endeten in Innsbruck-Igls die diesjährigen Zweierbob-Europameisterschaften. Die Weltmeister Wolfgang Hoppe/Dietmar Schauerhammer siegten vor ihren Teamkollegen Bernhard Lehmann/Bogdan Musiol und Detlev Richter/Stefan Grummt. Der Ohlstädter Toni Fischer und Christian Langen vom Königsee wurden Sechste.

SKI ALPIN / Viel Wirbel in Kitzbühel – Michaela Gerg im Weltcup-Riesenslalom knapp besiegt

Neuer König der Abfahrt: Wirnsberger

KLAUS BLUME, Kitzbühel

Was ihm gelungen sei, habe zuvor nur Franz Klammer vollbracht, Österreichs nicht mehr auf der Piste tätiges Ski-Idol: vier Abfahrtssiege hintereinander. Als Peter Wirnsberger dies ausgerechnet gleich zweimal hintereinander auf der Streif von Kitzbühel gelungen war – der schwierigsten Abfahrtspiste der Welt –, brauchte der gar nicht erst zu bitten: „Vergleicht mich nicht mit Klammer." Es tat ohnehin nie jemand.

Und die rechte Klammer-Stimmung schien unter den 30 000 Zuschauern trotz des österreichischen Doppel-Sieges (Wirnsberger vor Resch) am Hahnenkamm ohnehin nicht aufzukommen. Zu tief sitzt bei den österreichischen Ski-Fans der Zorn über jenen Peter Wirnsberger, der nach seiner Silbermedaille bei den Olympischen Winterspielen 1980 in Lake Placid sich ständig beschwerte, sein Landsmann Leonhard Stock habe ihm ungerechterweise den Olympiasieg gestohlen, weil der als Riesentorläufer gar nichts im österreichischen Abfahrtsteam zu suchen gehabt habe.

Mit dieser Kampagne hatte sich Wirnsberger in die Nesseln gesetzt und sein Image gehörig ramponiert. Und mit den Erfolgen klappte es auch nicht so. 1979 Gewinner der Abfahrt von Val d'Isère – und dann sechs lange Jahre hintereinander im Weltcup sieglos.

Erst vor einem Jahr gewann Wirnsberger überraschend die klassische Lauberhorn-Abfahrt von Wengen, um dann in der Weltcup-Saison 1985/86 unversehens mit Siegen in Gröden, Schladming und Kitzbühel – wo er zuvor noch nie gewonnen hatte – zu triumphieren. „Ich weiß nicht", sagt er, „was mit mir auf einmal passiert ist. Erklärungen gibt es dafür nicht."

Natürlich gibt es dafür Erklärungen. Werner Grissmann, einst mit Wirnsberger im österreichischen Nationalteam, nun Zeitungskolumnist und Rallyefahrer, meint: „Der Peter hat sich sehr verändert. Er ist nicht mehr der Gaudi-Bursche der Mannschaft, er ist sehr ernst geworden und kapselt sich fast ebenso ab wie der Einzelgänger Erwin Resch. Denn irgendwann hat Peter Wirnsberger wohl mit sich beschlossen, nach sechs mageren Jahren in die Weltspitze zurückzukehren." Außerdem: Österreichs Ski-Stars werden nun nicht mehr vom allgewaltigen Charly Kahr als Cheftrainer betreut, sondern von dem früheren Zuckerbäcker Dieter Bartsch, der ehedem als Abfahrts-Trainer der Schweizerinnen Furore machte. Bartsch hat vor allem ehemaligen Größen wie dem Slalom-Spezialisten Christian Orlainsky und den Abfahrern Stock und Wirnsberger mit viel Fingerspitzengefühl eine neue Chance gegeben.

Karl Frehsner, der österreichische Cheftrainer der Schweizer, erklärte die Erfolgssträhne Wirnsbergers so: „Nachdem er zwei Rennen gewonnen hatte, strotzte er bereits vor Selbstvertrauen. Da kommt dann alles zusammen. Und das wiederum ist die Tragik seines Landsmannes Helmut Höflehner, der im letzten Winter noch den Abfahrts-Weltcup gewonnen hat. Denn Wirnsberger und Höflehner sind bei derselben Ski-Firma unter Vertrag, und jeder Wirnsberger-Erfolg bringt Höflehner weiter nach hinten, weil der, mit eigentlich demselben guten Material ausgerüstet, ständig verliert und dabei immer mehr verzweifelt."

Wirnsberger, mit 27 Jahren der dienstälteste Weltcup-Abfahrer, weil er nun schon die zehnte Saison bestreitet, weiß darum – und er weiß auch, daß es ihm durchaus auch einmal wie Höflehner ergehen kann. Auch deshalb wohl sagt er: „Bei meinen zwei Siegen in Kitzbühel habe ich auch großes Glück bei der Auslosung der Startnummern gehabt. Damit war ich stets gegenüber den anderen im Vorteil."

Ob Glück oder Können – die Hoffnungen des Deutschen Ski-Verbandes (DSV), Wirnsberger würde durch die Heirat mit seiner langjährigen Freundin Regine Mösenlechner aus Inzell irgendwann Deutscher werden, haben sich vorerst zerschlagen. Wirnsberger in Kitzbühel: „Geheiratet wird nicht."

Sieg für Frommelt

Im Sturz-Slalom (41 der 96 Teilnehmer schieden aus) am Ganserlhang in Kitzbühel nutzte Paul Frommelt die Gunst der Stunde. Der 28 Jahre alte Liechtensteiner meinte im Zielauslauf glücklich: „Ich habe verzweifelt gekämpft um diesen Erfolg und erlebe ein Glücksgefühl wie noch nie." In 1:42,13 Minuten verhinderte Frommelt, dessen letzter Weltcupsieg fünf Jahre zurückliegt, den 81. Weltcupsieg von Ingemar Stenmark (1:43,14). Zeitgleich (1:43,62) Dritte wurden Dietmar Köhlbichler (Österreich) und Andreas Wenzel (Liechtenstein).

Bester deutscher Läufer war der Königseer Peter Roth als 20. Weltmeister Markus Wasmeier (Schliersee) wurde 26. und belegte damit in der Kombination den dritten Rang, der ihm 15 Weltcuppunkte einbrachte.





Viel Klasse und (prominente) Masse

Kitzbühel, die Streif, der Abfahrtslauf, die Stars aus allen Bereichen des Lebens. Das gehört seit langem zusammen. „Kitz" ist ein Treffpunkt der Klasse und der prominenten Masse. Während Peter Wirnsberger tollkühn zu Tal stürzt (links), stehen zum Beispiel Formel-1-Pilot Niki Lauda oder Österreichs in die Jahre gekommener Fußballstar Hans Krankl (er tritt jetzt auch als Sänger auf) im Zielraum. Franz Beckenbauer, Wohnort Kitzbühel, wagt sich dagegen noch einen Schritt weiter – mit Skiern unter den Füßen aufwärts (oben). Daß das alles nicht so elegant aussieht wie weiland, als er den Ball führte, sollte kein Grund zum Spott sein. Er ist schließlich Teamchef der deutschen Nationalmannschaft im Fußball, nicht Betreuer der Abfahrtsläufer. Er hält wenigstens, wenn auch krampfhaft, die Balance.

FOTOS: AP/WEREK

Weltcup in Not. Liechtensteiner Manager suchen mit zehn Millionen Dollar Stars für Profi-Rennen

KLAUS BLUME, Kitzbühel

Serge Lang reagierte noch gereizter, noch nervöser als üblich. Vor 20 Jahren hatte er den alpinen Ski-Weltcup aus der Taufe gehoben, nun geht es dieser Institution an den Kragen. Ein Liechtensteiner Konsortium wird in den nächsten Wochen mit der Verpflichtung der besten 40 Abfahrer der Welt beginnen und versucht damit, dem Ski-Weltcup des Elsässers Serge Lang den Garaus zu machen. Als Michael Veith aus Tegernsee, 1978 in Garmisch-Partenkirchen Zweiter der Weltmeisterschaft, am Wochenende beim Hahnenkamm-Rennen in Kitzbühel auftauchte, um die zum Teil bereits hochbezahlten Ski-Amateure für den Liechtensteiner Profi-Grand-Prix abzuwerben, kam es zwischen ihm und Serge Lang zum Eklat.

Veith sollte nämlich obendrein im Auftrag des österreichischen Fernsehens als Vorläufer die gefürchtete Hahnenkamm-Abfahrt mit einer Kamera filmen. Lang setzte alle Hebel in Bewegung, um das zu verbieten. Mit Erfolg. Lang: „Eine Frechheit, daß jemand, der von Ort zu Ort reist, um Profi-Verträge zu fixieren, in Kitzbühel Vorläufer mit einer Fernsehkamera spielen will."

Was freilich nun ein Nachspiel haben wird. Veith will Lang über den Rechtsanwalt seines neuen Arbeitgebers die Rechnung über das ausgefallene Fernsehhonorar präsentieren und notfalls mit einer Klage wegen ungerechtfertigten Arbeitsverbots drohen. Die andere Rechnung: „Es wird kein Stein mehr auf dem anderen bleiben, wenn wir Erfolg haben, und für Lang wird es dann in unserer Organisation keinen Platz mehr geben", sagt Veith.

Die Liechtensteiner „World Ski Association" (WSA), von renommierten Geldinstituten wie der Liechtensteiner Handelsbank finanziell abgestützt, von Juristen und Prinzen (Konstantin von Liechtenstein), Steuerberatern und ehemaligen Rennläufern (Michael Veith) geführt, wird mit einem Stammkapital von 10 Millionen Dollar starten. Geplant sind dann im nächsten Winter mit den 40 besten Abfahrern der Welt (Veith: „Wir werden auf keinen Fall ein Auffanglager für Altstars sein") fünf Rennen in Europa, eines in Japan und vier in Kanada und in den USA. Derzeit werden dafür die Verhandlungen mit den Fernsehanstalten geführt.

Veith: „Die Sache sieht gut für uns aus, denn wir treten in dem Augenblick auf den Plan, in dem es im Weltcup an allen Enden und Ecken kracht." Das heißt: Es gibt zu viele Rennen und deshalb bei wetterbedingten Verschiebungen fast keine Ausweichtermine. Und gestartet wird obendrein sehr oft in Orten, die außer einem Weltcup-Rennen ohnehin kaum Attraktionen anzubieten haben. Der Weltcup geht immer häufiger in Klausur. Die Zuschauer bleiben zu Hause, das Fernsehen sagt immer mehr Übertragungen ab – selbst in Österreich, wo das Skilaufen Nationalsport ist.

Die neue Profi-Vereinigung will nun als erste Disziplin die Herren-Abfahrt bieten, danach will sie sich langsam vorarbeiten. Veith: „Wir werden alle Disziplinen aufnehmen und dafür immer die ersten Weltcup-Startgruppen als Profis verpflichten. Dann werden wir auch Rennen für Nachwuchsleute organisieren." Veith, der in der neuen Organisation als Sportdirektor fungieren soll: „Wir haben bereits mit Universitäten und Hochschulen verhandelt. Deshalb geht es auch dabei den alten Skiverbänden an den Kragen." Denn wenn der gesamte Plan funktioniert, würde das übliche Gefüge des internationalen Skisports auf den Kopf gestellt werden. Veith: „Im Spitzensport werden wir nur noch in attraktiven Orten auftreten, dort, wo aus bisher unerfindlichen Gründen keine großen Rennen stattfanden, zum Beispiel in Klosters, Davos und St. Moritz. Und was das Fernsehen angeht: Die amerikanische Anstalt CBS hat bereits ihre Verträge mit dem Internationalen Ski-Verband gekündigt. Deshalb wird es in den USA und in Kanada in diesem Winter im Fernsehen keine Weltcup-Rennen zu betrachten geben. Wir werden nun in solche ausgelaufene Verträge einsteigen und gute Programme bieten, nämlich Show und Spitzensport. Wir werden auch mit der Ski-Industrie Verträge abschließen, wie zum Beispiel in Österreich, wo nun der Ski-Pool aufgekündigt wird."

Wie sehen die Rennläuer und Trainer das, was auf sie nun unaufhaltsam zukommt? Klaus Mayr, der Herren-Cheftrainer im Deutschen Ski-Verband (DSV), sagt: „Ich sehe diese Initiative gar nicht negativ. Denn auf alle Fälle gerät etwas in Bewegung, und wir Trainer haben dann, wenn die Profi-Idee an der Macht und am Geld des internationalen Verbandes scheitern sollte, endlich die Chance, unsere Vorstellungen durchzuboxen: Reduzierung des Weltcup-Programms, Rennen an attraktiveren Orten als bisher, die Zahlung von offiziellen Preisgeldern, die ausschließliche Vergabe von Weltcup-Punkten und nicht noch die der sogenannten FIS-Zähler bei allen möglichen Rennen sowie die Abschaffung der sogenannten alpinen Kombination als Wettbewerb." DSV-Abfahrtstrainer Martin Osswald: „Vielleicht gibt es zwischen FIS und der neuen Vereinigung eine Zusammenarbeit und hoffentlich dann, wie in der Formel 1, auch hauptamtliche Manager, die so etwas endlich effektiv leiten können."

„Nie an mir gezweifelt"

sid, Oberstaufen

Die Schweizerin Vreni Schneider verhinderte den ersten Weltcupsieg von Michaela Gerg aus Lenggries. Während die 22 Jahre alte Schweizerin nach Maribor auch den zweiten Weltcup-Riesenslalom mit Bestzeit in beiden Durchgängen (insgesamt 2:14,53 Minuten) gewann, feierte Michaela Gerg (2:15,45) in Oberstaufen ihr bestes Riesenslalom-Ergebnis. Die frühere Junioren-Weltmeisterin verhinderte damit einen totalen Triumph der Schweizerinnen, denn mit Michela Figini (2:15,84) und Erika Hess (2:16,24) landeten zwei weitere Läuferinnen von Trainer Jean-Luc Fournier auf den Plätzen drei und vier.

Der Jubel der zahlreichen Zuschauer tat der 20 Jahre alten Michaela Gerg nach den Enttäuschungen im französischen Puy St. Vincent sichtlich gut. Sie sagte: „Ich habe nie an meinem Können gezweifelt." Das schlechte Abschneiden in Frankreich führt sie ebenso wie Trainer Willi Lesch auf das ungenügende Material zurück: „Die Ski sind nun beim Fabrikanten und werden dort genau untersucht."

Neben Michaela Gerg sammelten mit Regina Mösenlechner (2:17,20) aus Inzell als Achte und Maria Epple-Beck (2:18,65) aus Seeg als 13. zwei weitere deutsche Mädchen Weltcuppunkte. „Da bin ich selbst von mir überrascht", freute sich Regina Mösenlechner, die bislang in dieser Saison mehr in der Abfahrt (Vierte in Bad Gastein) von sich reden machte.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Rödelheim – Frankfurt 0:5, Stuttgarter Kickers – Bayern München 2:3, Braunschweig – Hannover 96 3:1, Terracina – VfB Stuttgart 1:6, China – Südkorea 2:1. – **Erste englische Division:** Birmingham – Everton 0:2, Coventry – Watford 0:2, Leicester – Arsenal 2:2, Liverpool – West Ham 3:1, Luton – Aston 2:0, Manchester United – Nottingham 2:3, Queens Park – Newcastle 3:1, Sheffield – Oxford 2:1, Southampton – Ipswich 1:0, Tottenham – Manchester City 0:2, Bromwich – Chelsea 0:3.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 18. Spieltag: Bamberg – Oldenburg 111:77, Charlottenburg – Gießen 74:73, TSV Hagen – Bayreuth 82:84, Langen – Göttingen 69:80, Leverkusen – SSV Hagen 62:59, Osnabrück – Köln 91:88. – **Meisterschaftsrunde,** Damen, 2. Spieltag: Osterfeld – München 76:77, Düsseldorf – Barmen 86:61. – **Abstiegsrunde:** Porz/Hennef – Leverkusen 84:64, Köln – Heidenheim 73:68.

EISHOCKEY

Bundesliga, 30. Spieltag: Düsseldorf – Kaufbeuren 6:4, Iserlohn – Landshut 5:3, Rosenheim – Bayreuth 3:1, Rießersee – Köln 2:9, Schwenningen – Mannheim 4:1.

HANDBALL

Bundesliga, Frauen, 9. Spieltag: Hannover – Oldenburg 18:18, Leverkusen – Engelskirchen 21:18, Nürnberg – Frankfurt 19:13, Jarplund-Weding – Auerbach 13:15. – **Freundschaftsspiel,** Herren in Freudenstadt: Hofweier – DHB-Auswahl 20:31.

GEWICHTHEBEN

Bundesliga, Gruppe Nord: Duisburg – Wuppertal 604,2:695,3, Wolfsburg – Soest 924,8:947,8, Kassel – Berlin 711,8:626,8. – Gruppe Süd: Mutterstadt – Ehrang 795,1:647,2, Kindbach – Altrip 645,8:589,0, Neuaubing – Donaueschingen 671,5:671,4.

HOCKEY

Bundesliga, Herren (Halle), Gruppe Nord: SW Köln – RW Köln 10:10, Berlin – Braunschweig 16:8, Krefeld – Hannover 8:6. – Gruppe Süd: Mannheim – München 12:4, Mülheim – Frankenthal 20:10, Limburg – Bad Dürkheim 8:9, Heidelberg – Stuttgart 10:7. – **Damen,** Gruppe Süd: Raffelberg – Leverkusen 8:7.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 12. Spieltag: Heusenstamm – Altena 1:9, Steinhagen – Berlin 9:2, Reutlingen – Jülich 9:4, Grenzau – Saarbrücken 9:4, Düsseldorf – Bremen 9:4.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Celle – Hamburg 0:3, Friedrichshafen – Dachau 1:3, Gießen – Paderborn 3:2. – **Damen:** Lohhof – Stuttgart 3:0, Münster – Ettlingen 3:0, Oythe – Berlin 3:1, Feuerbach – Rüsselsheim 3:1, Augsburg – Vilsbiburg 3:0. – **WVV-Pokal** der Damen, Halbfinale: Hörde – Essen-Borbeck 3:1, Bochum – Schwerte 0:3.

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt der Herren in Kitzbühel: 1. Wirnsberger 2:02,04, 2. Resch (beide Italien) 2:02,19, 3. Mair (Italien) 2:02,52, 4. Heinzer 2:03,10, 5. Oehrli 2:03,38, 6. Zurbriggen (alle Schweiz) 2:03,51, . . .23. Wildgruber 2:05,37, . . .25. Wasmeier 2:05,42, . . .35. Dürr 2:06,93, . . .40. Renoth (alle Deutschland) 2:08,13. – Stand im Gesamtweltcup: 1. Wirnsberger 119, 2. Girardelli 109, 3. Müller 90, . . .15. Wasmeier 50, . . .36. Wildgruber 20. – **Weltcup-Slalom,** Herren in Kitzbühel: 1. Frommelt (Liechtenstein) 1:42,13, 2. Stenmark (Schweden) 1:43,14, 3. Wenzel (Liechtenstein) 1:43,62, Köhlbichler (Österreich) 1:43,62, 5. de Chiesa (Italien) 1:43,87, 6. Mader (Österreich) 1:43,95. – **Weltcup-Riesenslalom,** Damen in Oberstaufen: 1. Schneider (Schweiz) 2:14,53, 2. Gerg (Deutschland) 2:15,45, 3. Figini 2:15,84, 4. Hess (beide Schweiz) 2:16,24, 5. Wachter (Österreich) 2:17,05, 6. McKinney (USA) 2:17,35, . . .8. Mösenlechner 2:17,50, . . .13. Epple-Beck 2:18,65, . . .16. Dedler (alle Deutschland) 2:19,05. – Stand im Gesamtweltcup: 1. Walliser 172, 2. Hess 164, 3. Schneider 150, 4. Gerg 114, . . .6. Kiehl 104, . . .10. Mösenlechner 67.

SKI NORDISCH

Weltcup-Springen in Klingenthal/„DDR", 90-m-Schanze: 1. Nykänen (Finnland) 227,6 Punkte, 2. Ulaga (Jugoslawien) 216,7, 3. Karetnikow (UdSSR) 198,0, 4. Ostwald („DDR") 197,4, 5. Parma (CSSR) 194,8, 6. Findeisen („DDR") 193,6, . . .20. Bauer 170,6, 21. Ihle 168,9, . . .34. Wegschneider 154,3, . . .44. Waldvogel (alle Deutschland) 147,7. – Weltcup-Stand: 1. Vettori und Ulaga beide 105, 3. Neuländtner 96, 4. Nykänen 86, 5. Suorsa 83, 6. Opaas 75. – **30-km-Rennen** in Kastelruth: 1. de Zolt 1:19:07,9 Std., 2. Runggaldier 1:19:26,7, 3. Albarello (alle Italien) 1:19:33,4, . . .39. Dold 1:24:16,4, . . .44. Benedikt (beide Deutschland) 1:25:31,1. – **20-km-Weltcup-Langlauf,** Damen in Nove Mesto/CSSR: 1. Opitz 1:00:34,0, 2. Nestler (beide „DDR") 1:01:42,2, 3. Dahlmo (Norwegen) 1:01:45,1, . . .45. Kohlrusch (Deutschland) 1:07:21,3. – Stand im Weltcup: 1. Matikainen 57, 2. Dahlmo 51, 3. Nestler 45.

BOB

Zweierbob-Europameisterschaft in Igls/Österreich, Endstand: 1. Hoppe/Schauerhammer 3:39,55 Min., 2. Lehmann/ *Musiol 3:40,07, 3. Richter/* Grummt (alle „DDR") 3:40,47, . . .6. Fischer/Langen 3:41,04, . . .15. Schebitz/Metzler 3:44,19, . . .17. Sperr/Müller (alle Deutschland) 3:44,40.

BOXEN

Kampftag in Kassel, Profis, Welter: Pipa (Hamburg) PS – Hein (Berlin), Halbschwer: Kulle (Hann. Münden) PS – Schulze (Düren), Schwer: Radanovic (Jugoslawien) PS – Zeh (Hamburg), Mittel: Prox (Hamburg) PS – Kanynda (Luxemburg), Mittel: Bitterling (Düsseldorf) PS – Aytekin (Wolfsburg), Halbschwer: Jassmann (Korbach) PS – Yilderim (Berlin).

RALLYE

Paris–Dakar, Autos: 1. Metge/-Lemoyne (Frankreich) Porsche 959 27:21 Std., 2. Ickx/Brasseur (Belgien/Frankreich) Porsche 959 2:08 Std. zur., 3. Rigal/Maingret (Frankreich) Mitsubishi Pajero 6:17, 4. Kussmaul/Unger (Deutschland) Porsche 959 7:21, 5. Lartigue/Giroux (Frankreich) Lada Niva 7:28, 6. Cowan/Syer (England) Mitsubhishi Pajero 8:47, . . .50. Weber/Wanger (Deutschland) Opel Kadet 45:37. – Motorräder: 1. Neveu (Frankreich) Honda 51:18 Std., 2. Lalay (Frankreich) Honda 18 Min. zur., 3. Balestrieri (Italien) Honda 1:15 Std., 4. Charbonnier (Frankreich) Yamaha 2:02, 5. Hau (Deutschland) BMW 3:09, 6. De Peiri (Italien) Honda 3:39.

RAD

Internationales Querfeldein-Rennen für Profis und Amateure in Köln-Mülheim: 1. Hendriks (Holland) 52:48 Min., 2. Jaroszewski (Polen) 26 Sek. zur., 3. Thaler (Gevelsberg) 1:08 Min. zur., 4. Krukenbaum (Herford) 1:26, 5. Kools (Holland) 1:45, 6. van der Leij (Holland) 2:04, 7. Kluge (Berlin) 2:18.

GALOPP

Rennen in Krefeld: 1. Saretta (E. Schindler), 2. Oschiwa, 3. Fine Baronesse, Toto: 78/12, 16, 13, ZW: 140, DW: 244, 2. R.: 1. Goldpfau (L. Mäder), 2. Taros, 3. Capripfau, Toto: 32/18, 17, 38, ZW: 96, DW: 544, 3. R.: 1. Mielix (P. Remmert), 2. Morula, 3. Don Benedikt, Toto: 28/14, 15, 19, ZW: 136, DW: 692, 4. R.: 1. Tomasina (Frl B. Weingärtner), 2. Ratsherr, 3. Olario, Toto: 40/18, 17, 30, ZW: 680, DW: 4400, 5. R.: 1. Karras (L. Mäder), 2. Floris, 3. Jennisej, Toto: 36/16, 42, 30, ZW: 404, DW: 6096, 6. R.: 1. Leones (F. Gröger), 2. Pendentif, 3. Banjo, Toto: 28/13, 15, 15, ZW: 80, DW: 304, 7. R.: 1. Calimero (L. Mäder), 2. Paraco, 3. Gangster, Toto: 72/20, 26, 21, ZW: 488, DW: 4568, 8. R.: 1. Thebaner (L. Mäder), 2. Friedenspracht, 3. Almansor, Toto: 60/22, 15, 26, ZW: 220, DW: 2348, 9. R.: 1. Kiss at Sea (H. Horwart), 2. Wetterhexe, Toldi (o.W.) und Garanga, Toto: 108/46, 23, 19, ZW: 1136, DW: 8280.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 19, 28, 29, 36, 41, Zusatzzahl: 44. – **Spiel 77:** 5 6 7 4 3 9 1. – **Toto, Elferwette:** 1, 2, 2, 2, 0, 1, 1, 2, 1, 1, 1. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / Nürnberg siegte in Mannheim

Klaus Schlappner denkt über Trennung nach

sid/dpa/DW. Mannheim

„Es gibt Tage", sagt Klaus Schlappner, Trainer des Fußball-Bundesligaklubs Waldhof Mannheim, „an denen man besser im Bett liegen bleibt, denn dann macht man auch keine Fehler." Der Samstag war so ein Tag, an dem sich seine Mannschaft besser an diese Aussage gehalten hätte. Die Mannheimer, die sich noch Chancen auf einen der UEFA-Pokalplätze ausrechnen, erlebten durch eine 0:1-Heimniederlage gegen den 1. FC Nürnberg einen herben Rückschlag. Nicht einmal Ausreden hatte Schlappner zur Hand: „Es wäre fast *Diebstahl gewesen, den Nürnbergern* einen Punkt wegzunehmen."

Gut gespielt und trotzdem verloren – oftmals sind die Nürnberger im Verlauf der Vorrunde mit den besten Kritiken versehen worden, das Spiel und die Punkte hatten sie jedoch verloren. Beim ersten Bundesligaspiel (Nachholspiel vom 17. Spieltag) in diesem Jahr aber trug der Lohn auch Früchte. Der zweite Auswärtssieg war das Ergebnis einer taktischen Meisterleistung. Kein Zweifel: Der Neuling, der bislang unbekümmert zu Werke ging und zeitweise für Furore sorgte, hat dazugelernt. Dieter Eckstein, Schütze des Siegtreffers (33.), meinte: „Unser Trainer hat auch noch in der Halbzeit gesagt, wir sollen abwarten und dann kontern. Die Mannheimer liefen uns praktisch immer ins offene Messer."

Chancen boten sich in den zweiten 45 Minuten den Nürnbergern gleich im Dutzend, doch sie wurden geradezu kläglich ausgelassen. Trainer Heinz Höher meinte angesichts der *Möglichkeiten von Andersen*, Wagner, Philipowski und Brunner, dessen Kopfball am Pfosten landete, ironisch: „Im Angriffsverhalten wollte meine Mannschaft über 45 Minuten beweisen, daß man so ein Spiel doch noch verlieren kann."

Während die Nürnberger durch diesen Sieg einen „richtigen Schub nach vorne" erwarten, wie es Vize-Präsident Sven Oberhof formulierte, rief die Leistung der Mannheimer nur Kopfschütteln hervor. Was die 9800 Zuschauer dachten, sagte Nürnbergs Mannschaftsführer Heinz Güttler: „Ich verstehe nicht, daß so eine Mannschaft auf dem sechsten Platz steht." Daß die Mannschaft von Klaus Schlappner so weit oben steht, verdankt sie eigentlich ihrer Heimstärke. Diesmal aber sagte Schlappner: „Wir haben uns 90 Minuten lang einen abgewürgt. Wir waren tollpatschig und fanden keine Ordnung." Der Trainer *kritisierte vor allem* seine Stürmer. Hämisch meinte er: „Wenn bei uns überhaupt welche dabei waren."

Würde Klaus Schlappner dieses Spiel als Bewertungsgrundlage für sein Bleiben in Mannheim nehmen, stünde seine Entscheidung schon heute fest – die Mannheimer müßten sich einen neuen Trainer suchen. So weit ist es aber noch nicht, denn Schlappner sagt: „Anfang März werde ich mich entscheiden, ob ich gehe oder nicht. Fünf Jahre sind eine sehr, sehr lange Zeit." Bereitet hier einer seinen Abschied vor?

Das zweite Nachholspiel zwischen Bochum dem 1. FC Köln mußte erneut ausfallen.

*

Unglücklich verlief das erste Spiel für den neuen Trainer Rudi Kröner beim KSV Hessen Kassel: Mit dem 0:0 in einem Nachholspiel der Zweiten Liga gegen die abstiegsbedrohten Bayreuther gab Kassel einen wichtigen Punkt ab und verpaßte vorerst *den Anschluß an das obere* Tabellendrittel.

Kröner hatte Hessen Kassel zwischen 1979 und 1982 von der Amateur-Oberliga in die Zweite Liga geführt. Erst am 6. Januar übernahm er wieder den Trainerposten nach der Entlassung von Jörg Berger.

BIATHLON

Angerer gut gerüstet

sid, Antholz

Ein neues Gewehr, die neue Lauftechnik, aber die alten Skier: Olympiasieger Peter Angerer ist für die Biathlon-Weltmeisterschaften im Februar am Holmenkollen in Oslo bestens gerüstet. Gleich zum Auftakt der Weltcup-Rennen setzte er sich in Antholz an die Spitze der Gesamtwertung, nachdem er den 10-km-Sprint gewonnen und im 20-km-Rennen Platz vier belegt hatte.

Ein verheißungsvoller Auftakt, wenngleich der große Rivale Frank-Peter Rötsch („DDR") fehlte und statt dessen in Pontresina trainierte. Rötsch fehlte als einziger der vier Weltklasse-Biathleten, die in den beiden letzten Wintern den Ton angaben. Neben Angerer waren in Antholz auch Juri Kaschkarow (UdSSR) und Eirik Kvalfoss (Norwegen) am Start. Kaschkarow erreichte Platz sechs, Kvalfoss gar nur Rang elf.

„Peter weiß wie kein anderer, wie er seine Form aufbauen muß", sagt Bundestrainer Jürgen Seifert und nennt Angerer Erfolgsgeheimnis: Das neue Repetiergewehr und die alten Skier einer österreichischen Firma, die laut Angerer „immer besser und schneller werden".

Seine Nominierung für die Welt*meisterschaft steht außer Frage.* Problematisch gestaltet sich jedoch die Zusammenstellung der Staffel, die in den letzten Jahren stets eine Medaille erkämpfte. Aus dem Nachwuchs empfahl sich der junge Franz Wudy (Rabenstein), der über 20 km Siebter wurde. Als Schlußläufer wünscht Peter Angerer den Einsatz von Fritz Fischer, obwohl er bislang noch nicht überzeugte. „Doch wenn es bei dem Fritz einmal hinhaut, dann läuft er vorne rein. Das muß mir lieber sein, als wenn die anderen bei optimaler Leistung nicht unter die besten zehn kommen", sagte Angerer.

KOMBINATION

Winkend durchs Ziel

dpa/sid, Murau

„Als Europameister bei den Junioren hatte ich vor acht Jahren hier in Murau viel Glück beim Titelgewinn – heute bin ein echter Gewinner." Selbstbewußt war Hermann Weinbuchs erster Kommentar nach seinem Sieg in der Nordischen Kombination bei strahlendem Sonnenschein gestern in Murau in der Steiermark – der zweite Weltcupsieg des Weltmeisters in diesem Jahr.

Schon 100 Meter vor dem Ziel fuhr der Berchtesgadener winkend an Langlauftrainer Hartmut Döpp vorbei und überquerte die Ziellinie mit einem Freudensprung. Deutlich zurück belegte der Norweger Hallstein Boegseth Rang zwei vor dem Oberstdorfer Thomas Müller, der, als sechster nach dem Springen gestartet, 900 Meter vor dem Ziel noch den Italiener Mosele abfangen konnte.

„Zwischenzeitlich hatte ich Probleme mit der Muskulatur und war froh, daß Boegseth nach meiner Attacke nicht mehr folgen konnte", erklärte Weinbuch nach dem Rennen und wagte gar die Behauptung: „Ich bin noch lange nicht in Bestform." Weinbuch führt nun die Weltcup-Wertung mit 85 Punkten alleine an. Team-Gefährte Müller folgt mit 75 Punkten auf Rang zwei, während Cup-Verteidiger Geir Andersen aus Norwegen bislang lediglich 44 Zähler gesammelt hat. „Es ist gut zu wissen, daß der ärgste Rivale aus dem eigenen Lager kommt", meinte Thomas Müller.

Bei Weinbuch und Müller halten sich Sprung- und Laufleistungen mittlerweile die Waage. Das garantiert den Erfolg. Dagegen zog der Dritte im Bunde. Hubert Schwarz aus Oberaudorf, schon fast resigniert Bilanz: „Es ist ein Kreuz mit dem Laufen." Am Samstag hatte Schwarz das Springen gewonnen, doch im Finale blieb der 22. Platz.

LEICHTATHLETIK / Thränhardt über 2.34 m

Kurzer Anlauf, hoher Sprung

sid/dpa, Simmerath/Los Angeles

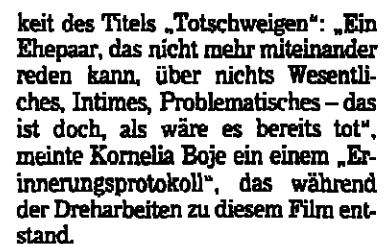
In ausgezeichneter Frühform präsentierte sich Carlo Thränhardt (Köln) beim von ihm selbst organisierten internationalen Hochsprung-Meeting in Simmerath/Nordeifel. Er gewann den Wettbewerb mit 2,34 m vor Dietmar Mögenburg (Mainz) und dem Belgier Eddy Annys. Beide übersprangen 2,31 m. Annys stellte damit eine belgische Bestleistung auf.

„Obwohl ich noch nicht mit vollem Anlauf sprang, wollte ich unbedingt 2,34 m schaffen. Am Mittwoch werde ich in Brüssel mit zwei Anlaufschritten mehr springen, da müßte dann noch mehr drin sein", meinte Thränhardt. Spätestens beim Berliner Springer-Festival am 14. Februar will er als Erster in der Halle die 2,40 m schaffen. Doch Mögenburg könnte ihm zuvorkommen. „Beide nehmen klar Kurs auf 2,40 m", erkannte der Amerikaner Dwight Stones, der seinen 2,20-m-Sprung als Weltrekord für 32jährige ausrufen ließ. Das deutsche Hochsprung-Duo wird allerdings künftig nicht mehr unter Dragan Tancic als Bundestrainer arbeiten. Tancic bat aus privaten Gründen um Auflösung seines Bundestrainer-Vertrages und wird ab 1. Februar beim Deutschen Leichtathletik-Verband nur noch eine halbe Stelle wahrnehmen.

Eine Flut von Welt-Bestleistungen wurde zum Auftakt des Hallen-Grand-Prix in Los Angeles registriert. Weltmeister Greg Foster lief die 50 Yards Hürden in 5,88 Sekunden (bisher Renaldo Nehemiah, USA, 5,92), und Johnny Gray verbesserte über 880 Yards in 1:46,8 Minute seine eigene Bestleistung um eine Zehntelsekunde. Im Dreisprung verdrängte Charles Simkins mit 17,50 m seinen Vorgänger Willie Banks (USA/17,41 m) von der Spitze der Hallen-Weltbestenliste.

Leben mit der Lüge: Das TV-Spiel „Totschweigen"

Eine ganz normale Ehe?



Beim ersten Lesen hat mich das Buch keinen Moment losgelassen – es ist fast gebaut wie ein Psychothriller. Aber mir war bald klar, daß mehr dahintersteckt. Daß nicht der erwartete Tod des Mannes das Hauptthema ist, sondern das Schweigen. Dieses Ehepaar, das nicht mehr miteinander reden kann, über nichts Wesentliches, Intimes, Problematisches – das ist doch, als wäre es bereits tot." So äußerte sich Kornelia

Totschweigen – ZDF, 19.30 Uhr

Boje über Daniel Christoffs Fernsehspiel „Totschweigen", in dem sie die Rolle der Ehefrau spielt.

Der Apotheker Joachim (Peter Kollek) erfährt, daß er nicht mehr lange zu leben hat. Mehr als um sich selbst sorgt sich der 54jährige jedoch um den Zustand seiner Frau, die äußerst labil ist und zu Depressionen neigt. Aber Claudia erfährt durch Zufall von der Krankheit ihres Mannes: Auf dem Anrufbeantworter hört sie Teile des Gesprächs ab, in dem der Arzt Joachim die Wahrheit über seinen Zustand gesagt hat.

Ein offenes Gespräch zwischen den Eheleuten ist jedoch nicht möglich; jeder versteckt sein bedrückendes Wissen hinter einer Wand von Schweigen, jeder will den anderen schonen – aber damit letztlich auch sich selber vor den ausweglosen Unterhaltungen, die sie unweigerlich führen müßten, würden sich beide zur Wahrheit bekennen. Keiner wagt es, das Thema anzuschneiden: es wird „totgeschwiegen".

So erklärt sich die Doppeldeutigkeit des Titels „Totschweigen": „Ein Ehepaar, das nicht mehr miteinander reden kann, über nichts Wesentliches, Intimes, Problematisches – das ist doch, als wäre es bereits tot", meinte Kornelia Boje ein einem „Erinnerungsprotokoll", das während der Dreharbeiten zu diesem Film entstand.

Übereinstimmend, wenn auch mit verschiedenen Hintergedanken, wollen beide nun ihre Apotheke verpachten und sich auf eine italienische Insel zurückziehen – für den Rest *seines* Lebens. Hier hofft Joachim, noch etwas vom „wahren Sinn des Lebens" zu erfahren und – vielleicht – auch etwas langsamer zu sterben. Seltsam erscheint es Joachim, daß Claudia ihre ehemalige Freundin und vermeintliche Rivalin Karin auf die Insel einlädt und mit ihm alleinläßt. Da ahnt er, was Claudia wissen muß...

Eine Lebenslüge, die zwischen einem Ehepaar steht – das ist ein Topos, der sich durch die gesamte moderne Literatur zieht, von Tennessee Williams über Edward Albee bis hin zu Martin Walser. Insofern ist Daniel Christoffs Fernsehspiel nur eine Variante eines altbekannten Themas. Mehr noch als die Frage der Berechtigung, einen bevorstehenden Tod zu verschweigen, beschäftigte den Autor und Regisseur Daniel Christoff daher auch die psychische Konstellation einer Ehe, die zwar äußerlich – auch in der Arbeitsgemeinschaft der Partner – noch funktioniert, in der man aber über Wesentliches, Problematisches, seelisch geradezu Überlebenswichtiges nicht mehr zu sprechen vermag. DW



Beide fürchten die Wahrheit: Claudia (Kornelia Boje) und Joachim (Peter Kollek) FOTO: TELEBUNK

KRITIK

Wie im Taubenschlag

Am Ende des neunzigminütigen Volksstückes **Ein langes Wochenende** (ARD) klatschte eine Sahnetorte auf den Teppich. Die Samstagabend-Bescherung des Bayerischen Rundfunks hatte endlich ihren Höhepunkt erreicht. Vorausgegangen war eine von Carl Borro Schwerla geschriebene Geschichte aus Opas Volkstheaterarchiv, die dort auch besser geblieben wäre.

Die Beteiligten: eine fesche Witwe mit zwei flügge werdenden Töchtern, ein Motorradfreak, ein Amateurfußballer, ein angeberisches Bübchen als Möchtegern-Aufreißer, ein solider Installateur und ein die Witwe umgurrender Biedermann – kurzum: ein phantasielos erdachtes Personensammelsurium.

Da anzunehmen ist, daß der von Regisseur Kurt Wilhelm gestattete bayerische Dialekt nördlich der Mainlinie kaum verstanden wurde, mußte man sich auf seine Augen verlassen. Und was sah man? Eine Familie, bei der es wie im Taubenschlag zuging und – o Schreck – eine Hausbesitzerin (Elma Karlowa), die entweder in pinkfarbenem Kimono oder in einem mit Marabufedern besetzten Morgenmantel durch die fremde Wohnung alberte. Wie erfreulich waren dagegen die zum Schlachten bestimmten Kaninchen im Käfig.

Da das von vornherein klar durchschaubare Spiel um die Eroberung der Witwe (Veronika von Quast) und ihrer Töchter (Sharon Minter und Nini von Quast) nichts Überraschendes hergab, sollten die auf Jugendjargon getrimmten Dialoge wenigstens für Witz sorgen. Aber über das Niveau von „toten Hosen", „ich habe seit drei Tagen eine Verstopfung" und „wir müssen mal schauen, was die Grimaldis machen" kam er kaum hinaus.

GÜNTER RUDORF

STUDIO

Vom 17. bis zum 21. März wird der WDR den Kongreß **Televisions-Design-International 1986** gestalten. Damit bietet die Kölner ARD-Anstalt allen Programm-Machern die Möglichkeit, über die komplexen Bedingungen der Fernseharbeit zu sprechen, Erfahrungen auszutauschen und sich mit Fragen an und über die Zukunft – über die Arbeitsbereiche Design hinaus – auseinanderzusetzen. „Die erste Generation der Fernsehschaffenden tritt ab", heißt es dazu in einer Presseerklärung des WDR. „Konkurrenz schafft neue Orientierungen. Die Visualisierung des Programms, die Präsentation des Produktes stellt neue Anforderungen. Programmacher und Programmunternehmer suchen neue Orientierungen für das Design." Parallel zu dem dreitägigen Kongreß findet eine Ausstellung der Gerätehersteller oder Anbieter neuer Arbeitsmittel sowie eine Schau von Design-Arbeiten aller beteiligten Fernsehanstalten statt. DW

*

In der kommenden Woche wird **der erste Werbespot der BBC** zu sehen sein. Die britische Fernsehgesellschaft, die satzungsgemäß keine Werbung ausstrahlen darf, will mit dem zweieinhalb Minuten langen Werbespot Reklame in eigener Sache betreiben, und zwar gegen Werbung auf den öffentlich-rechtlichen Kanälen. Die BBC wehrt sich mit der Werbekampagne gegen die laufende politische Kampagne, die das Ziel verfolgt, die Fernsehgebühr (58 Pfund pro Jahr) durch die Einführung eines Werbefernsehens zu senken.

An dem „Werbespot" haben die zugkräftigsten Publikumslieblinge der BBC mitgewirkt, darunter der Fernsehkomiker John Cleese (der auch das Script schrieb), Talkmaster Terry Wogan, David Attenborough und das Komikerduo „Die Zwei Ronnies". Der renommierte Regisseur Alan Parker setzte das Stück „Propaganda" in Szene, das Teil einer Werbekampagne ist, die sich die BBC eine halbe Million Pfund kosten läßt. SAD

*

Ab 1. März 1986 wird **Rolf Pflücke** (Jahrgang 1942) als ZDF-Korrespondent in Rio de Janeiro für die Mainzer Anstalt über Südamerika berichten. Der promovierte Sozialwissenschaftler gilt als ausgezeichneter Kenner der lateinamerikanischen Verhältnisse. Er war bereits von 1973 bis 1979 ARD-Korrespondent für Lateinamerika mit Sitz in Buenos Aires. DW

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau
10.03 Die Schwarzwaldklinik
Hochzeitstag
10.50 Tennis-Masters-Turnier
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Für Freundlichkeiten von Herzen empfänglich
Carl Heinz Schroth im Gespräch mit seiner Tochter Sabine
17.20 Pan Tau
Das ist nicht zu fassen
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Engels & Consorten
3. Folge: Engels contra Engels
Buch: Eberhard Möbius
Johann hat keine Ruhe: Der Arzt hat ihm zwar verboten zu arbeiten, aber ein bißchen kann wohl nicht schaden. Doch was er im Betrieb erfährt, ist für ihn bestürzend: Fritjof ist drauf und dran, die Werft in einen reinen Reparaturbetrieb umzuwandeln.
21.15 Arme Welt – Reiche Welt
Die Baby-Krise
Beobachtungen aus zwei Ländern
22.00 Ein Mann macht klar Schiff
Ägäisgeschichten mit Hans Joachim Kulenkampff
8. Folge: Eine Vorstellung mit Hindemissen
Martin Olden verbringt mit Elsa Mattschies und Mehmet einen letzten Abend auf der „Christine", denn Elsa wird das Reisebüro in Bodrum wieder verlassen.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Dorf im Wandel
Spielfilm aus Sri Lanka (1983)
3. und letzter Teil: Der Streik
0.40 Tagesschau
0.45 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

12.20 Die Sport-Reportage
Ski-Weltcup der Damen aus Pfronten
Riesenslalom: 1. und 2. Lauf
16.00 heute
16.04 Biotechnologie
3. Folge: Alkohol im Fluß
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Maultrommel
Musik und Poesie
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Auftritt für Valerie
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Totschweigen
Fernsehfilm von Daniel Christoff
Mit Peter Kollek, Kornelia Boje, Karin Anselm u. a.
21.15 WISO
Bankgewerbe nach der Esch-Pleite: Durch Schaden klug geworden? / Sind Linkshänder „gelinkt"? / Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen genau betrachtet: „Gratwanderung" zwischen Nutzen und Schaden – der „Norddeutschen-Berater" als gutes Beispiel / WISO-Tip: Sinkende Hypothekenzinsen – jetzt zugreifen!
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 denkmal
Ein kulturelles Fragespiel
Von und mit Helmut Greulich und Monika Moos
23.05 Die stillen Stars
Nobelpreisträger privat gesehen von Frank Elstner
Heute: Professor Robert Hofstadter
23.35 heute

SAT 1

15.00 Kimba, der weiße Löwe
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Raumschiff Enterprise
18.00 Westlich von Santa Fé
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Schätz' mal
Neue Show
19.45 Muß i denn zum Städtele hinaus
Deutscher Spielfilm (1962)
21.30 APF blick
22.15 WM – Das Wirtschaftsmagazin
22.45 JazzBox Extra
23.00 Matt Houston
23.50 APF blick

3SAT

17.00 Sport-Zeit
Tennis-Masters-Turnier New York
18.00 Mini-ZiB
18.10 Unsere Kühe haben Flügel
Anschl. Sachunterricht: Heizen
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Hitparade im ZDF
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Montagskino
Der grauenvolle Mr. X
Amerikanischer Spielfilm (1961)
23.10 Kennwort: Kino
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.22 Karichen
19.30 Alias Smith and Jones
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Gier
Deutscher Spielfilm (1976)
22.05 RTL-Spiel
22.12 Wetter/Horoskop/Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße (7)
Ein Unglück kommt selten allein
20.45 Hilferufe
Wege aus der Krise
Vera Prinz: Angst vor dem Leben
21.45 Medizin-Magazin
22.15 Stahl
Dokumentation
22.45 Des Sommers ganze Fülle
Englischer Fernsehfilm nach der Autobiographie „Cider with Rosie" von Laurie Lee
0.15 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Komm, spiel' mit mir!
19.00 Praktische Tips
19.15 Prisma
20.00 Tagesschau
20.15 Rufen Sie uns an!
Lärmschutz
21.15 Markt der Ideen
Die Tollkühnen in ihren Solarmobilen
22.15 Gefangen in Jackson County
Amerikanischer Spielfilm (1976)
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Black Beauty (7)
18.55 Pumpa (7)
19.05 Drei – D Spezial
Magazin Zukunft
Der Schock
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
Die Katastrophenmedizin
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
Der Mann mit Higgins' Gesicht
22.30 171. NDR-Jazzworkshop

SÜDWEST
18.35 Fury (5)
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Bonanza
20.15 Das kostbare Naß
Unser Trinkwasser ist in Gefahr
21.00 Klimbim
21.45 Schweizermann, ich liebe dich
Mauretanierinnen auf dem Weg ins „Paradies"
22.30 Jazz am Montagabend
23.45 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Dezibel weiche
Lärm als Umweltbelastung
Bericht von Engelbert Schwarzenbeck
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Schottische Sinfonie
Fotos von Michael Ruetz
22.50 Mata Hari (3)
Fernsehserie in vier Teilen
23.50 Rundschau

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wie das Gesetz entstand

„Der DGB malt eine Gefahr an die Wand, die nicht existiert": WELT vom 15. Januar

Sehr geehrte Herren,

die DGB-Führung sollte die Worte des Professors Eschenburg sehr sorgfältig lesen. Sie hat einen bis hin zu Tätlichkeiten gehenden Streit über ein vermeintliches Recht vom Zaun gebrochen, das sie nach dem Willen des Gesetzgebers von Anfang an nicht besaß.

Nach meinen Informationen entstand das jetzt umstrittene Arbeitsförderungsgesetz zur Zeit der Großen Koalition 1967 in der Hand des damaligen Ministers Katzer (CDU). Der Gesetz-Entwurf sah vor, daß außerhalb des erklärten Verhandlungsbereichs grundsätzlich keine Leistung an Streikende erfolgen dürfe. Der DGB forderte zwar eine Änderung, verzichtete aber auf jegliche propagandistische Stellungnahme.

Unter dem Vorsitzenden Müller (CDU) erhielt das Gesetz im federführenden Bundestags-Ausschuß für Arbeit seine bis heute geltende Fassung, nach der Anspruch auf Arbeitslosengeld für mittelbar betroffene Arbeitnehmer nicht gegeben ist, wenn für sie im wirtschaftlichen Sinne mitgekämpft wird. Der DGB nahm das zwar mit schwachem Widerspruch, aber ohne Streik oder andere Aktionen („Welt der Arbeit" v. 14. 3. 1969, also beim Inkrafttreten) zur Kenntnis.

Auch als der im Gesetz dazu ermächtigte Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit 1973 die „Neutralitätsanordnung" beschloß, nach welcher dann keine Leistungen gewährt werden sollen, wenn für den mittelbar betroffenen Arbeitnehmer „nach Art und Umfang gleiche Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden sollen", stimmten die Vertreter des DGB und der IG Metall dieser Neutralitätsanordnung zu! Dabei hatte der zuständige Ausschuß III des Verwaltungsrates am 15. 1. 1973 ausdrücklich vermerkt, daß mit diesem Wortlaut nicht die volle Identität (!) der Arbeitskampfforderungen vorausgesetzt werden könne. Das zuständige Mitglied des Vorstandes der IG Metall, Janzen, sagte am 14. 3. 1973 in einer Presse-Erklärung, diese Lösung der Neutralitätsanordnung entspreche zwar nicht der Wunschlösung der Gewerkschaften, aber sie könnten „durchaus damit leben"!

Noch 1978 hatte die IG Metall nichts unternommen, als mittelbar betroffene Arbeitnehmer in Südwürttemberg und Südbaden keine Leistungen der Arbeitsämter erhielten, als in Nordwürttemberg und Nordbaden gestreikt wurde. Erst 1984 entdeckten Gewerkschaftler die Lücke im Gesetzestext, welche die Bundesregierung nunmehr schließen will, und fanden in Hessen und Bremen Sozialgerichte, die sich nicht die Mühe machten, durch Nachlesen im Entstehungsgang des Gesetzes den eigentlichen Willen des Gesetzgebers festzustellen, sondern die im Gegensatz zu ihm „Identität" als Grund für das Ruhen des Leistungsanspruches verlangten. Ihre Entscheidungen stehen damit nachweislich im Widerspruch zum Willen des Gesetz- und Verordnungsgebers!

Mit freundlichem Gruß
Werner Gohrisch,
Erkrath

Unglücksrabe

„Das Faust-Unrecht"; WELT vom 14. Januar

Sehr geehrter Herr Gillies,

die Vorfälle in Frankfurt können nicht scharf genug verurteilt werden. Dennoch: Was in aller Welt mag den Unglücksraben Blüm bewogen haben, das Thema Paragraph 116 gerade jetzt, ein Jahr vor den vielleicht wichtigsten Wahlen in der Geschichte der Bundesrepublik, aufs Tapet zu bringen?

Bisher, so liest man, sind diese Dinge recht und – meinetwegen – auch schlecht gelaufen. Eine durch Wiederwahl gestärkte Regierung würde 1987 das Problem vermutlich „mit links" vom Tisch fegen können. Im jetzigen Zeitpunkt ist beim besten Willen kein Handlungsbedarf erkennbar.

Wer jetzt den Gewerkschaften diesen nur allzu willkommenen Knüppel in die Faust drückt, darf sich nicht wundern, wenn sie damit um sich schlagen. Herr Blüm sollte wissen, daß sachbezogene Argumentationen im beginnenden Wahlkampf keine Chance haben.

Was hier leichtfertig inszeniert worden ist, ist in Umkehrung eines bekannten Zitats (Talleyrand hat's gesagt) wahrhaftig mehr als eine Dummheit. Ich fürchte, es könnte der berühmte Zwirnsfaden werden, über den die Koalition endgültig stolpern würde.

Mit freundlichen Grüßen
Gerd Koenemann,
Hamburg 65

Keine Kultur

„Pankraz, M. Kundera und die neuen Medien"; WELT vom 13. Januar

Lieber Pankraz,

auch Sie akzeptieren im Grunde den vollkommen begründeten Kulturbegriff des Exil-Schriftstellers Kundera, huldigen aber – ich kann mich dieses Eindrucks nicht erwehren – einem gewissen Fatalismus, wenn Sie sagen, das elektronische Tempo, der Zug zur bildhaften Abbreviatur seien unser aller Schicksal.

Eben dieser Zug ist keine Kultur. Daß die Medien, hauptsächlich das Fernsehen, (wegen der Aktualität) „den ursprünglich einheitlichen kulturellen Zusammenhang fragmentieren und zerhacken und ihn insgesamt dem Vergessen ausliefern", ist nicht zu bestreiten.

Bei wahrer Kultur geht es nicht um Musealisierung, sondern Erhaltung („Pflege") des Bewußtseins für bestimmte Zusammenhänge. Ohne Geschichtsbewußtsein gibt es keine Kultur (das sieht nicht nur Spengler so), und wenn das elektronische Tempo unser aller Schicksal ist, dann verhindern wir nicht, daß das Gedächtnis, das die Mutter auch aller Kunst (und Wissenschaft) ist, uns eines Tages vollständig verläßt. Wäre das noch Kultur?

W. R. Thorwirth,
Gummersbach

Eckpfeiler

„Das manipulierte Recht"; WELT vom 7. Januar

Die Kritik von Professor Wolf ist nicht grundfalsch, aber sie richtet sich an ein falsches Gericht. Gerade das Bundesverfassungsgericht betont in seiner Rechtsprechung – in Übereinstimmung mit der Rechtslehre –, daß die Gerichte die Grenzen zulässiger Rechtsfortbildung nicht überschreiten dürfen, daß die Richter die Prozesse fair führen und dem rechtsuchenden Bürger effektiven Rechtsschutz geben müssen. In einer grundlegenden Entscheidung (1 BvR 84/74 vom 11. 10. 1978) führte es aus:

„... Eine solche richterliche Rechtsfortbildung ist von Verfassungs wegen nicht schon grundsätzlich zu beanstanden. Vielmehr gehört sie zu den anerkannten Aufgaben und Befugnissen der Gerichte. Es ist aber ebenso anerkannt, daß diese Befugnis nicht unbegrenzt besteht." Es führt weiter aus, daß die Grenzen durch den allgemeinen Grundsatz der richterlichen Gesetzesbindung gezogen sind, der seinerseits als Eckpfeiler im Gewaltenteilungssystem sowie als ein im Interesse der Rechtssicherheit notwendiges Gegenstück zur richterlichen Unabhängigkeit bezeichnet und ferner mit der stärkeren demokratischen Legitimation des aus dem politischen Willensbindungsprozeß hervorgegangenen Parlamentsgesetzes begründet wird. Im gleichen Urteil sagt es, es könne nicht Sache der Gerichte sein, das Ergebnis gesetzgeberischer Abwägung mit rechtspolitischen Überlegungen zu korrigieren.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts a. D. Dr. Benda hat in einer Fernsehsendung erklärt, es mache den guten Richter aus, daß er geduldig zuhören könne, fleißig und gerecht sei. Ich füge hinzu: Daß er gesetzestreu, gründlich und intellektuell redlich sei. In erfrischender Offenheit hat kürzlich der Vizepräsident des gleichen Gerichts erklärt, daß grundfalsche Urteile anderer Gerichte nicht auszuschließen seien (vorsichtige Formulierung eines geschulten Juristen!), daß das Bundesverfassungsgericht aber nur in den Fällen helfen könne, wenn gleichzeitig ein Grundrecht verletzt sei.

Dr. jur. Josef Güßregen,
Freiburg

Wort des Tages

„Ich glaube, daß es auf der ganzen Welt keinen größeren Haß gibt als den der Unwissenheit auf das Wissen."

Galileo Galilei, italienischer Naturforscher (1564–1642)

Heilige Kuh?

In seinem Leitartikel „Notizen aus der Provinz" (WELT v. 10. 1.) schildert Gernot Facius die derzeitige Lage beim Fernsehen und Rundfunk.

Unbegreiflich ist für mich das bisherige Verhalten der CDU-Politiker. Diese können doch nicht so borniert sein, nicht zu bemerken, daß sie von den Sozialisten genasführt werden und daß eine vernünftige gemeinsame Lösung unmöglich erscheint.

Außerdem: Die ARD ist doch keine heilige Kuh. Je schneller sie geschlachtet wird, desto größer sind die Chancen, daß die den Staat wahrhaft tragenden Bürger der rotgrünen Dauerberieselung entgehen. Die dafür zu entrichtenden Zwangsgebühren sind sowieso eine Schande.

Aber der „normale" Bürger wird für den Politiker wohl erst interessant, wenn er zu einer „Randgruppe" geworden ist.

Mit freundlichem Gruß
Gunther Albers,
Hamburg 90

Personalien

GEBURTSTAGE

Zu seinem 65. Geburtstag gratuliert hat der bayerische Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** dem Präsidenten der Wehrbereichsverwaltung VI, **Albert Köhler**: „Wenn Sie demnächst aus dem Amt des Befehlshabers scheiden", heißt es in dem Glückwunschschreiben, „können Sie sich einen wesentlichen Beitrag zu der Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte und damit zur Friedenssicherung zugute halten."

*

Hans Gertzen, 1965 bis 1980 sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter, wird am 22. Januar 65 Jahre alt. Die parlamentarische Arbeit hatte Gertzen, der sich nach Rückkehr aus der britischen Kriegsgefangenschaft 1947 der SPD angeschlossen hatte, auf vier Etagen kennengelernt. 1952 bis 1976 saß er im Rat der Stadt Gelsenkirchen. Zwei Legislaturperioden gehörte er der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe an. Vor seinem Einzug in den Bundestag war er drei Jahre lang nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter. In Düsseldorf wie in Bonn arbeitete er im Finanzausschuß mit. In seinem Wahlkreis 98 – Gelsenkirchen 2 – erzielte Gertzen stets Spitzenergebnisse, so etwa 1976 63,4 Prozent der Erststimmen.

*

Reinhard Bühling, 1965 bis 1980 und 1981 bis 1983 sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter und von 1974 bis 1981 Kuratoriums-Vorsitzender der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung, wird am 21. Januar 60 Jahre alt. Der gebürtige Erfurter hatte nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft in Jena und Berlin Jura studiert und anschließend als Amtsrichter in Berlin-Kreuzberg, als Justitiar beim Senator für Volksbildung, als Magistratsdirektor beim Bezirksamt Schöneberg und als Rechtsanwalt gearbeitet. 1949 war er der SPD beigetreten. Für sie saß er 1958 bis 1963 – davon ab 1961 als Fraktionsvorsitzender – in der Bezirksversammlung von Berlin-Wilmersdorf. Bevor er als Vertreter Berlins in den Bundestag einzog, gehörte er noch für zwei Jahre dem Abgeordnetenhaus Berlin an.

EHRUNGEN

Der Mitbegründer und wissenschaftliche Leiter der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE), Dr. **Wolf von Freytag-Loringshoven** in Marburg, ist von der Baden-Württembergischen Gesellschaft für Sozialhygiene mit der Alfons-Fischer-Medaille ausgezeichnet worden. Er erhielt die Auszeichnung in Würdigung seiner jahrzehntelangen Verdienste um die Publizierung der vorbeugenden Gesundheitspflege mit Hilfe aller modernen Medien in weite Teile der Bevölkerung.

*

Für ihre grundlegenden Erkenntnisse über Harnwegsinfektionen haben die Hamburger Ärzte **Rainer Busch** und Professor **Hartwig Huland** den mit 20 000 Mark dotierten Preis der Werner-Otto-Stiftung für medizinische Forschung erhalten. Die Mediziner von der urologischen Klinik des Universitäts-Krankenhauses Eppendorf haben nach Mitteilung der Stiftung festgestellt, daß die bisherigen Vorstellungen über dieses Frauenleiden weitgehend falsch sind. Langzeitbeobachtungen an 200 Patientinnen zeigten, daß Harnwegsinfektionen nicht, wie bisher angenommen, durch körperliche Defekte zustande kommen. Die vielen tausend Versuche, das Leiden mit einer Operation zu beheben, seien daher zum Scheitern verurteilt gewesen. Die tatsächliche Ursache für die Krankheit sei eine Abwehrschwäche gegen Infektionen, weshalb der körpereigene Abwehrmechanismus durch Medikamente gestärkt werden müsse.

VERÄNDERUNGEN

Die EVP-Fraktion hat in Straßburg einen Christdemokraten und Europäer der ersten Stunde geehrt. Der Fraktionsvorsitzende **Egon Klepsch** MdEP verabschiedete im Rahmen eines Empfangs den langjährigen Generalsekretär des Europäischen Parlaments, **Hans Joachim Opitz**, der aus Altersgründen in den Ruhestand tritt. Der 1921 in Leipzig geborene Opitz war nach dem Zweiten Weltkrieg Mitbegründer der CDU in seiner Heimatstadt. Schon im Juni 1945 war Opitz von den Amerikanern, die damals noch Leipzig besetzt hatten, als Stadtrat für Jugendfragen benannt worden. Doch bald darauf mußte er Leipzig aus politischen Gründen verlassen. Er absolvierte seine Studien an den Universitäten Dresden und Leipzig sowie in Tübingen, Freiburg/Schweiz, London und Paris und schloß sie mit dem Doktorat der Wirtschaftswissenschaften ab. Von 1953 bis 1959 war Opitz erster Generalsekretär der christlich-demokratischen Fraktion der Gemeinsamen Versammlung der Montan-Union und des Europäischen Parlaments. Anschließend arbeitete er als Direktor und bald darauf als Generaldirektor in der Verwaltung des Parlaments, dessen Generalsekretär er 1979 wurde.

*

Erstmals in der Justizgeschichte der Bundesrepublik wird eine Frau ein Verwaltungsgericht leiten. Die 46jährige bisherige Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts Kassel, **Felicitas Fertig**, ist nach Angaben des hessischen Justizministeriums zur Präsidentin ernannt worden. Sie wird Nachfolgerin des 65jährigen Präsidenten **Gerhard Triebel**, der Ende vergangenen Jahres in den Ruhestand trat, teilte die Behörde mit. Justizminister **Herbert Günther** (SPD) soll die neue Präsidentin am 20. Januar in ihr neues Amt einführen und den Vorgänger verabschieden.

*

Mit einer neuen Führungsspitze sieht der Malteser-Hilfsdienst (MHD) in der Diözese Köln seinen vielfältigen Aufgaben im Jahr 1986 entgegen. Neuer MHD-Diözesangeschäftsführer für das Erzbistum Köln ist der 40jährige **Joachim Preiß**, der bereits seit April 1985 als Diözesangeschäftsführer im Bistum Osnabrück tätig war. Der bisherige Diözesangeschäftsführer **Albrecht Freiherr von Boeselager** löst Dr. med. **Friedrich Graf von Plettenberg** (65) vom Amt des Diözesanleiters für den MHD im Erzbistum Köln ab. Der 36jährige Baron von Boeselager hat seit Januar 1982 als Diözesangeschäftsführer maßgeblich den Aufbau der Jugendarbeit und der Sozialen Dienste im Malteser-Hilfsdienst mitbestimmt. Graf von Plettenberg, der viele Jahre Chefarzt der Chirurgie am Kölner Heilig-Geist-Krankenhaus war, steht dem MHD weiterhin als Arzt zur Verfügung.

EMPFANG

Der bayerische Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** sieht die neuen privaten Programmanbieter auf einem erfolgversprechenden Weg. Dazu hätten in Bayern eine richtige Medienpolitik ebenso beigetragen wie unternehmerischer Weitblick und journalistischer Einfallsreichtum, sagte Strauß bei seinem Neujahrsempfang für die Vertreter der Medien in der Münchener Residenz. Besonders herzlich begrüßte der Gastgeber die Präsidenten des Landtags und des Senats, **Franz Heubl** und **Hans Weiß**, zahlreiche Abgeordnete des Bundestags, des Landtags, des Europäischen Parlaments und den Präsidenten der Landeszentrale für Neue Medien, **Rudolf Mühlfenzl**.

Pankraz, Herkules und die zwölf Irrtümer

Es gibt Bücher, mit denen ist man sofort per Du. Sie werden schon nach der Lektüre des Inhaltsverzeichnisses ohne Rest in den eigenen geistigen Haushalt aufgenommen, so daß man sie gar nicht mehr mit Distanz konsumieren kann. Man streitet sich vielmehr mit ihnen herum, unterbricht sie, beutet sie heimlich aus. Sie finden selten einen würdigen Platz im Bücherschrank, bleiben in der Arbeitsecke bei Duden und Büchmann, müssen Randnotizen und Eselsohren hinnehmen.

Helmut Schoecks „Die zwölf Irrtümer unseres Jahrhunderts", bei Herbig in München erschienen, ist ein solches Buch. Pankraz war begeistert von der Idee, die größten Eseleien des zwanzigsten Jahrhunderts einmal sorgfältig aufzulisten, und er fand beim Lesen, daß der Mainzer Soziologieprofessor Schoeck auch genau der richtige Mann dazu war: so nüchtern und *allem geistigem Taumel abhold*, so gebildet und weltläufig, so mutig und individualistisch. Aber schon über den Titel stolperte Pankraz. Wieso denn ausgerechnet „zwölf" Irrtümer, warum nicht dreizehn oder sieben? Offenbar war Schoeck doch nicht dicht genug an der Wirklichkeit, offenbar standen ihm die zwölf Aufgaben vor Augen, die Herkules einst für König Eurystheus ausführen mußte.

Zwölf Arbeiten des Herkules, zwölf Irrtümer des zwanzigsten Jahrhunderts – eine solche Sehweise verrät ja eher Märchengläubigkeit als Wirklichkeitsanalyse. Die Einleitung schien den Verdacht zu bestätigen. Da war von „Aufräumarbeiten" die Rede (Augiasstall!) und von einem Jahrhundert, das dabei sei, sich „abzurunden", so daß bis auf weiteres gar keine neuen Ideen (und mithin auch keine neuen Irrtümer) zu erwarten stünden. Als wäre ein Jahrhundert nicht eine willkürliche Festlegung der Chronologen, als wäre es ein lebender Organismus mit eigenen Ideen und Irrtümern!

Im eigentlichen Text des Werkes war die Geschichtsmythologie dann freilich wie weggeblasen. Schoeck hat ein ganz und gar wirklichkeitsnahes, mehr noch: ein brennend aktuelles Buch geschrieben, so daß man streckenweise sogar den Eindruck bekommt, er halte sich zu sehr bei den spezifischen Irrtümern unserer siebziger und achtziger Jahre auf, die ja nicht unbedingt mit den Irrtümern des Jahrhunderts identisch sein müssen. Doch mag der Leser selbst urteilen. Hier sind die von Helmut Schoeck festgemachten zwölf Negativ-Arbeiten des Gottes des zwanzigsten Jahrhunderts:

1. der Glaube, daß es in der modernen, demokratisch verfaßten Gesellschaft auch ohne Eliten gehen könne;
2. der Glaube, Bildung könne Arbeit ersetzen, die „Akademikerschwemme";
3. die moderne Kunst, die sich nicht mehr von Können, sondern nur noch von Wollen herleitet und schon bloße Absichtserklärungen für das Kunstwerk nimmt;
4. die Verteufelung von Naturwissenschaft und Technik, die Dämonisierung der sogenannten instrumentellen Vernunft;
5. die Siegmund Freud'sche Psychoanalyse und, damit verbunden, die Für-krank-Erklärung und Hospitalisierung an sich ganz normaler Personen und Verhältnisse;
6. der Zuständigkeitswahn der modernen Politiker und, damit verbunden, die Gesetzesflut, die über das Alltagsleben hereingebrochen ist und es bürokratisiert und oft entsetzlich lähmt;
7. der Wahn der Sozialwissenschaften, die alles gut marxistisch auf „soziale Verhältnisse" zurückführen wollen, die Prognosewut und die Ersetzung des gesunden Menschenverstandes durch Ergebnisse der Meinungsforschung;
8. die wahnhafte positive Fixierung der Intellektuellen auf das Wort „Sozialismus" und ihre Mißachtung des Nationalgefühls in der westlichen Welt;
9. die Gesinnungsethik, die gute Absichten schon für gute Taten nimmt und dadurch oft die größten Schandtaten rechtfertigt;
10. der Geschichtsverlust und der Geschichtsnihilismus speziell in Deutschland, die Reduktion der gesamten tausendjährigen deutschen Geschichte auf die zwölf Jahre Hitlerdiktatur;
11. der „Drittweltschmerz", das vor allem von Pfaffen immer wieder genährte schlechte Gewissen gegenüber der sogenannten „Dritten Welt" und die oft „idiotische" Entwicklungspolitik;
12. der Glaube, daß politische Wohlfahrt und glückliches Leben auf Kredit zu haben seien.

Man sieht: Schoeck hat eine beachtliche Strecke zusammengebracht und dabei den Finger zweifellos auf einige der schlimmsten Wunden der Gegenwart gelegt. Über den Stellenwert und die Reichweite der einzelnen Posten könnte man sich endlos streiten. Einiges gehört nach Pankraz' Meinung zusammengelegt, zum Beispiel die Punkte eins, zwei und zwölf, die das Wollen der zur Macht gekommenen puren Quantität, der „Masse", ausdrücken. Ob es sich dabei allerdings um „Irrtümer" handelt, steht dahin; es sind wohl eher Ideologien, mit denen die Masse ihre Herrschaft absichert.

Einige andere Posten sind nicht typisch zwanzigstes Jahrhundert, *sondern stammen schon aus dem* neuzehnten oder gar von noch früher, so etwa die Psychoanalyse oder der materialistische Soziologiewahn. Wieder andere scheinen lediglich „Jahrzehnt-Irrtümer" zu sein, oft auch Reaktionen auf vorhergegangene konträre Jahrzehnt-Irrtümer, siehe die Verachtung der instrumentellen Vernunft.

Das bringt uns am Ende doch wieder auf die Mythologie zurück. Herkules verrichtete seine zwölf Arbeiten bekanntlich, um sich vom Wahnsinn zu befreien und die Schuld des Kindermordes zu sühnen. Wie schön, wenn es mit Schoecks „Irrtümern" ähnlich stünde, wenn mit ihrer Benennung der Wahn des Jahrhunderts vertrieben und seine Verbrechen gesühnt werden könnten! Aber mit solcher Entsühnung sollte man nicht warten, bis sich das Jahrhundert in seiner Dummheit „gerundet" hat.

Pankraz

München: Das 11. Filmgespräch der CDU/CSU

Wer profitiert, der zahlt

Zeitig zog man sich zurück am Samstag beim 11. Filmgespräch der CDU/CSU aus der Palaishalle im Münchner Nobelhotel „Bayerischer Hof". Schließlich lockte abends der Filmball mit all seinem Glanz. Und letzterer ist es, der München auszeichnet gegen die Konkurrenz Berlin. Glamour gehört eben zum Film.

In München hat man das begriffen. Ebenso: Daß es ohne Publikum nicht geht. Zwar kann (theoretisch) nach dem herrschenden Filmförderungsgesetz ein Film gefördert werden, wenn er nur einen einzigen Zuschauer gefunden hat. Doch richtig findet das hier niemand. Ebensowenig, daß (praktisch) das befördernde Prädikat „guter Unterhaltungsfilm" erbeten wird, wenn knapp 1000 Besucher sich einen Streifen angeschaut haben. In der CDU/CSU-Novelle zum neuen Filmförderungsgesetz (das alte läuft Ende des Jahres aus) wird dem Publikum wieder zu seinem Recht verholfen: Für mehr Zuschauer gibt es mehr Prämie. Aber man fügt auch gleich hinzu: Das heißt nicht, daß anspruchsvolle und experimentelle Filme jetzt nichts mehr bekämen, auch die sind ja fürs Publikum ...

Die Diskussionsfrage „Brauchen wir eine neue Filmpolitik?" ist da schon auf den praktikablen Nenner gebracht. Gesprächsleiter Herbert Huber, Vorsitzender der CSU-Filmkommission, hatte es leicht mit der Podiumsrunde, die verschiedene Einzelaspekte betonte. Im Grunde war man sich einig.

Generalsekretär Gerold Tandler nannte klare Zahlen für Bayern, das Förderung auf Landesebene schon so betreibt, wie es bundesweit geplant ist. Zum Beispiel wird die Filmtheater-Förderung bereits praktiziert. Roland Caspary von der Filmförderungsanstalt Berlin weiß, daß der Verleih gefördert werden muß. Filmtheaterbesitzer Steffen Kuchenreuther wünscht sich mehr Kopien, damit man nicht so lang auf den deutschen Film warten muß. Filmkaufmann Jürgen Wohlrabe fordert eine Entlastung der Mittelstandsbetriebe. Professor Reinhold Kreile sieht steuerliche Möglichkeiten der Förderung, ohne an eine Wiederbelebung der Abschreibungsfilme zu denken. Produzent Franz Seitz will eine freie Entscheidung des Unternehmers, wo er das Geld verwendet. Allerdings reichen ihm 0,75 Prozent Kürzung der Kinofilmabgaben nicht. Claus Hardt vom Verband Deutscher Fernsehproduzenten appellierte an das Fernsehen, beim Einkauf auch an den Verkauf zu denken. Die im Publikum anwesenden TV-Programmdirektoren Oeller und Stolte bekundeten sofort ihr Goodwill gegenüber dem Film.

Einig war man sich: Wer vom Film profitiert, soll für ihn zahlen. Auch Videofirmen und freie Medienanstalten. Noch herrscht Schonfrist. Manche finden das ungerecht. Doch wo kein Gewinn gemacht wird, ist nichts zu holen. So beherrschte nüchternes wirtschaftliches Denken das Gespräch.

Aber schließlich ist Filmförderung hierzulande Wirtschaftspolitik. Und die daraus sich ergebene EG-Abhängigkeit macht es für den deutschen Film im Gegensatz zu dem anderer Länder nicht leichter.

UTE FISCHBACH

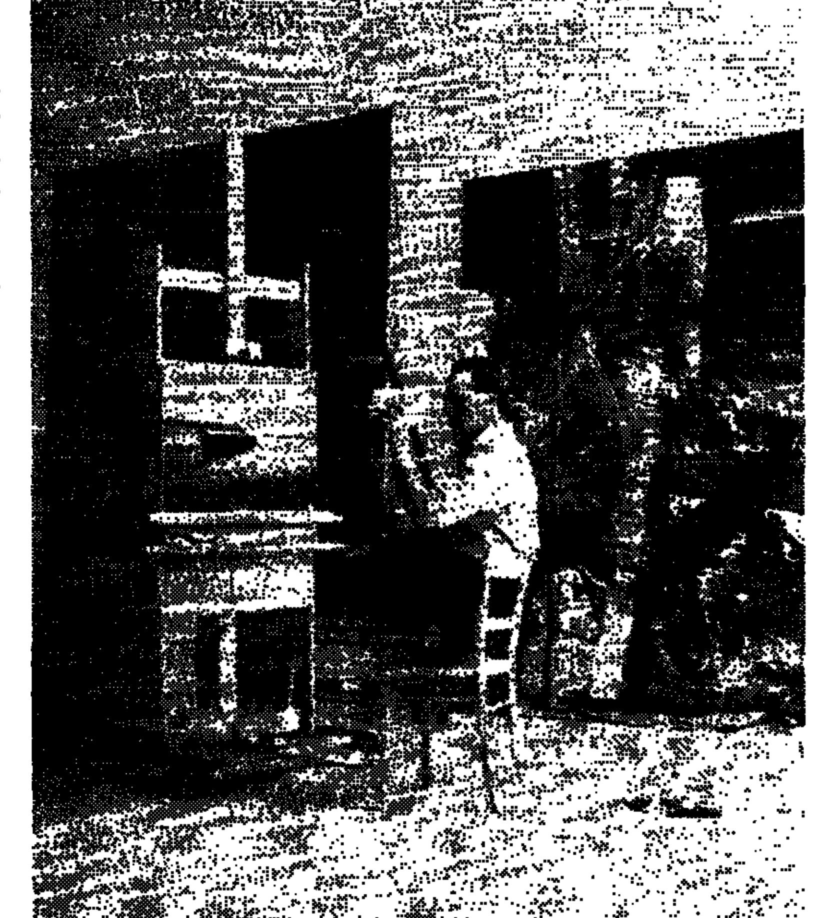
Ein Maler hadert mit dem Malen: Die große Richter-Retrospektive in der Düsseldorfer Kunsthalle

Im Farbenrausch dionysischer Feste

Als Gerhard Richter 1961, kurz vor dem Mauerbau, von Dresden nach Düsseldorf „übersiedelte", da begann er zugleich einen ganz neuen Œuvrekatalog. Sein Opus eins trägt das Entstehungsjahr 1962. Da war Richter 30 Jahre alt. In diesem Alter weiß ein Maler, was er will. Die Zeit der Selbstfindung, des probierenden Frühwerks, sie ist abgeschnitten vom eigentlichen Schaffen. Das verdirbt bei einer großen Werkschau, wie sie an diesem Wochenende in der Düsseldorfer Kunsthalle eröffnet wurde (und dann weiterreist in die Berliner Nationalgalerie, in die Kunsthalle Bern und ans Wiener Museum des 20. Jahrhunderts), das Spiel, Wurzeln zu suchen. So wird man darauf zurückgeworfen, sich mit den Bildern, jedem der 120 hier gezeigten, einzeln zu befassen.

Gerhard Richter hat die ganzen 25 Jahre über gemalt, auch als Malerei nicht zeitgemäß war, als um ihn herum in Düsseldorf die Zero-Gruppe mit Licht und Kinetik blühte, als später Konzeptkunst und Minimal-art en vogue waren. Richter arbeitete mit Ölfarben auf Leinwand. Nur ein paar Ausnahmen machte er mit Glasscheiben und Spiegeln: Aber Richter wich selbst da nicht ab vom Tafelbild. Ihn interessierte *Malerei*.

Die Entwicklung der letzten Jahre mit ihrer Rückkehr zu Bildern, wenn auch wilderen, als Richter sie malt, diese Entwicklung hat Richter glorios ins Recht gesetzt. Er sah sich über Nacht in die Rolle des Ziehvaters einer neuen *Generation von Malern* versetzt, eine Rolle, die er mit seiner Übersiedlung nach Köln vor zwei Jahren, mitten ins Nest der Neuen Wilden, offenbar auch angenommen hat.



Der lange, schwere Weg zur Farbe: Gerhard Richter in seinem Kölner Atelier, 1985 FOTO: KATALOG

Richter begann mit einer Malerei, die „*Kapitalistischer Realismus*" heißen sollte. Das war, damals in den Sechzigern, eine deutsche Antwort auf die amerikanische Pop-art. Richter nahm Fotos her, vor allem Pressefotos mit ihren alltäglichen und Amateurfotos mit ihren trivialen Inhalten, *und malte sie in entsprechender* Vergrößerung nach, aber in striktem Schwarz-Weiß-Grau: leicht verwischt nur, wie durch Nebel gesehen. Da gibt es Militärflugzeuge zu sehen, einen Ferrari mit Resten des Werbetextes unter dem Foto, Strandszenen oder auch Stilleben wie einen Kronleuchter, eine Konsole. Und jene fast konzeptuell intelligente Arbeit von 48 Porträts nach Fotos in einem Lexikon, für die Biennale Venedig 1972.

Erst 1966, mit „Ema – Akt auf einer Treppe", beginnt die *systematische* Auseinandersetzung mit Farbe – so systematisch, daß Richter anfängt, Farbtafel-Bilder zu malen, im Extremfall „1024 Farben", 32 mal 32 rechteckige Kästchen, jedes mit einer anderen Farbnuance bestückt. Die *Grau-Malerei weitet sich unterdessen* aus zu Stadtbildern, in denen das dichte Gepuzzel von Häusern nur noch als Fleck sichtbar wird, Alpenlandschaften, bei denen sich das Schwarz des Steins und das Weiß des ewigen Schnees seltsam vermischen, Wolkenbilder eines grauen rheinischen Himmels.

Richter beginnt, Schlierenbilder zu malen. Da fährt er mit dem Finger oder mit Kämmen durch die noch weiche Farbe und strukturiert so Oberfläche, auf daß *sie zu einer* extremen Vergrößerung von herkömmlichen Malstrukturen wird. Am vorläufigen Ende dieser Entwicklung stehen Richters „Graue Bilder", monochrome Farbflächen, die freilich nicht aus der Farbverweigerung entstanden sind, sondern Grau als Summe aller Farben vorstellen. Der Kreis hat sich geschlossen: Über die Farbe ist Richter wieder beim Grau seines Anfangs angekommen.

Nun, Mitte der siebziger Jahre, wird Richters Malerei deutlich freier, gelöster, entspannter. Wieder malt er nach Fotos, aber nun in schönen, tiefen Farblasuren, Landschaftsbilder voller Idylle, voller Romantik oder Stilleben einer brennenden Kerze. Wer sie so einfach als Bild sieht, nicht im Kontext des Richterschen Werkes, möchte sie in ihrer Werbeprospekt-Sehweise und der makellosen Oberfläche für industriell halten.

Nicht weniger wichtig werden für Richter die „abstrakten Bilder", inhaltslose Vermalungen greller, extrem leuchtender Farben, Rot, Gelb, Blau und Grün von einer knallenden Intensität. Es sind zweifellos diese „abstrakten Bilder" Richters aus den letzten Jahren, etwa das dreiteilige „Atelier", das der Berliner Ausstellung „1945–1985" schon als Katalogtitelblatt diente, die den Betrachter heute, aus der neuen Malszenerie, ganz spontan für Richter einnehmen. Das sind ganze Frühlings- und Sommersinfonien, Seestücke und Erntebilder, die sich da gefühlsmäßig entladen in vordergründiger Abstraktion. Richters Malerei erreicht hier eine dionysische Feierlichkeit, die einzig dasteht in der Kunstszene.

Ein geschlossenes System ist hier nicht auf den ersten Blick zu ergründen. Die Themen scheinen schnell zu wechseln, vielerlei wird nebeneinander verfolgt. Aber es geht Richter eben immer um das Malen als Problem: Farbanalysen, Oberflächenanalysen und bei den nachgemalten Fotos ganz sicher nicht um den dargestellten Inhalt, denn den gibt es auf dem Foto ja schon *klarer*, präziser, besser abgebildet. Es geht um das Bild von einem Bild, das in dieser doppelten Abstraktion wieder eine eigene Realität bekommt. Ein Bild also ist nur es selbst und sonst gar nichts.

Die Düsseldorfer Ausstellung mit ihrer überlegten Ordung, ihrer glücklichen Werkauswahl und eindrucksvollen Hängung macht es zum reinen Vergnügen, Richters kurvenreichen Denkpfaden zu folgen. Als fast textloser Katalog dient die Neuausgabe des Werkverzeichnisses, das Jürgen Harten herausgegeben hat.

REINHARD BEUTH

Kunsthalle Düsseldorf: bis 23. März, Neue Nationalgalerie Berlin: 25. 4. bis 1. 6., Kunsthalle Bern: 13. 6. bis 20. 7. und Museum des 20. Jahrhunderts Wien: 1. 8. bis 21. 9.; Werkverzeichnis = Katalog 48 Mark, im Buchhandel, DuMont Verlag, 148 Mark.

Monte Carlo: Rimski-Korsakows „Zarenbraut"

Die Stube voller Leichen

Sehr seltsam: *Man* geht durch die gute Stube des russischen Großbürgertums, und in jedem Sessel sitzt aufs behaglichste eine Leiche, wärmt sich an der eigenen blutigen Historie und räkelt sich musikalisch. Rimski-Korsakows Oper „Die Zarenbraut", *kurz vor der Jahrhundert*wende entstanden, jetzt in Monte Carlo (als Co-Produktion mit Washington) wiedererweckt, singt mit fleißigem Opernmund russische Geschichte heraus: Vergangenheitsbewältigung der musikalischen Art sozusagen.

Es geht um das Schicksal des Mädchens Marfa, dem man bei der Verlobung einen Liebestrank einzugeben versucht, der aus schierer Eifersucht allerdings gegen ein schleichendes Gift ausgetauscht ist. Plötzlich erhebt überdies Iwan der Schreckliche Mar*fa überraschend zu seiner Frau*. Die vorangegangene Verlobung geht in die Brüche. Marfa kränkelt. Man schiebt die Schuld daran dem ehemaligen Bräutigam in die Schuhe. Der wird hingerichtet. Marfa verfällt dem Wahnsinn. Die wirklich Schuldigen tun sich kund. Die Giftmischerin wird erstochen. Ihr Mörder verfällt dem Gericht. Eine wilde Geschichte.

Nichts davon spiegelt sich in der Musik. Sie fließt ruhig dahin, großgliedrig, lyrisch verträumt. Lieder reihen sich an Arien, Chöre an Lieder. Es gibt zwei größere Ensembles, auch ein kleines Tanzstück. Es mordet, haßt, liebt und stirbt alles friedvoll vor sich hin: volle vier Stunden lang mit ihren drei Pausen. Geht man in ihnen aus dem kleinen Opernsaal die drei Schritte in das Casino hinüber, ist es mit einigem Glück dort spannender als in der Aufführung selbst. Seufzend kehrt man immer wieder zu Marfa und ihrem finsteren Schicksal zurück, in der vagen Hoffnung, es würde sich vielleicht doch noch gegen Ende musikdramatisch schärfer entfalten. Tut es aber nicht.

Wer kein russisch versteht (man spielt das Werk in der Originalsprache, Monte Carlo war ja überdies seit Diaghilew und Schaljapin eine Dependance des Russentums an der Côte d'Azur), bemerkt kaum, daß Marfa auf dem Thron der Zarin plötz*lich zu halluzinieren beginnt*. Die Musik verrät wenig von ihren Wahnsinnsschüben und klingt ungetrübt in ihrer dramatischen Austauschbarkeit und Gleichgültigkeit weiter. Rimski-Korsakow bedient sich dabei einer äußerst gepflegten Orchester*sprache*, von der man lange vermuten konnte, sie könne buchstäblich alles ausdrücken, aber nur deswegen, weil sie in Wahrheit wenig zu sagen hat. Dies Wenige freilich sagt sie mit Ausdauer und Geschmack. Doch an Temperament fehlt es ihr erheblich.

Das brachte erfreulicherweise Mstislaw Rostropowitsch in die Aufführung ein. Er dirigierte mit Zuckerrohr und Peitsche sozusagen. Beides wurde vom Philharmonischen Orchester Monte Carlos allerdings auch gebraucht. Es riß sich unter den anfeuernden Händen des Dirigenten immer wieder zu einer Intensität hoch, von der sich Rimski-Korsakow an seinem behaglichen Schreibtisch wohl nichts hatte träumen lassen.

Rostropowitschs Elan hatte an diesem Abend gleich nach mehreren Seiten zu kämpfen. Denn auch die Bühne hielt sich in ihrem Ausdrucksdrang eher zurück. „Die Zarenbraut" markierte das Regiedebüt von Galina Wischnewskaja, der Bolschoi-Primadonna von einst, jetzt auf der Suche nach neuer künstlerischer Beschäftigung. Sie hat ihre Sache brav gemacht, aber gerade über Bravheit verfügt die „Zarenbraut" sowieso schon. Vom Bühnentemperament der Wischnewskaja, ihrem heiligen Rasen, ließ sie hier jedenfalls nichts spüren. Sie arrangierte in den üppigen Kostümen und Dekorationen von Zack Brown eine Folge lebender Bilder, die das Auge auf angenehme Weise beschäftigten, jedoch das Konventionelle des Stückes noch unterstrichen.

John M. Mordler, der neue Operndirektor Monte Carlos, hatte eine sehr homogene Besetzung verpflichtet, an der Spitze Stefania Toczyska als glutvoll singende Giftmischerin und Barbara Madra als Marfa. Mit Zvetlev, Petkov und Serkoyan war zudem das Klein-Rußland der Oper verläßlich zur Stelle.

KLAUS GEITEL

Gab ihr Regiedebüt: Galina Wischnewskaja, die Bolschoi-Primadonna von einst FOTO: CAMERA PRESS

New York: Ein PEN-Kongreß der Kontroversen

„Wir sind beleidigt!"

Der Kongreß endete mit Protesten – ein passender Schlußakt. Weil Gastgeber Norman Mailer demonstrierenden Frauen eine ihrer Meinung nach unbefriedigende Antwort auf Vorwürfe über eine „Unterrepräsentierung" des weiblichen Ge*schlechts erteilt hatte, stoben sie wut*entbrannt aus dem Saal. Es würde ihm leid tun, daß sie so erregt seien, rief Mailer hinterher. „Wir sind nicht erregt", lautete die schrille Antwort, „wir sind beleidigt."

Norman Mailer konnte aufatmen, *als die 48. Jahrestagung des interna*tionalen Schriftstellerklubs PEN Geschichte war. So polemisch hatte er sich dieses Ereignis nicht vorgestellt. Bereits bei der Eröffnungsfeier in der New York Public Library wurde Außenminister George Shultz niedergeschrieen (vgl. WELT v. 14. 1.).

Viele Ausländer, Günter Grass voran, kleben an dem Klischee-Bild: Ronald Reagan gilt als Reaktionär und Raketenrassler. Deshalb die Tumulte während des Shultz-Auftritts. Grass: „Wir (wir?) fühlen uns alle (alle?) schockiert. Ich kam von Europa nach New York, und das erste, was ich hörte, war eine Lektion (von Shultz) über die Literatur und Freiheit." Mailer überreichte Shultz einen Protestbrief mit 66 Unterschriften. Der Kongreß umfaßte 700 Teilnehmer.

Wer das Reagan-Amerika besser kennt, lebt nicht in ständiger Angst. Norman Mailer beispielsweise: „Eher eine konservative als eine reaktionäre Regierung." Die Freiheit der Meinungsäußerung sei bewahrt geblieben. Er plädierte allerdings dafür, das sogenannte McCarran-Walter-Gesetz abzuschaffen, mit dem das State Department die Einreise von Kommunisten verweigern kann. Freilich durften alle eingeladenen Delegierten dieses PEN-Kongresses einreisen. Auch der sandinistische Comandante Omar Cabezas und Rosario Murillo, die Frau des nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega. Auch der Brasilianer Jorge Amado, einst kommunistischer Parlamentsabgeordneter und 1950 Träger des Stalin-Friedenspreises der Sowjetunion.

Mailer steht nicht allein. Sein Kollege Kurt Vonnegut nannte Amerika gar „das größte Land der Welt". Er amüsierte sich darüber, daß „die Zensur in den USA und Kanada" zu den Diskussionsthemen zählten. Provinzbibliotheken hätten gelegentlich Bücher entfernt, auch seine Werke. John Updike gestand, daß er die Vereinigten Staaten nicht als „internationalen Paria" betrachtet. Saul Bellow, der Nobelpreisträger, ein Sohn jüdischer Emigranten aus der Sowjetunion, lobte die angenehmen Lebensver*hältnisse in den USA – und provozier*te Grass zu einem Wutausbruch.

Angenehmes Leben? Er, Grass, sei vor drei Jahren Zeuge der Armut und des Elends in dem New Yorker Stadt*teil Bronx gewesen. Die Vereinigten* Staaten würden es sich auf Kosten anderer Länder gut gehen lassen. Sie unterstützten Diktaturen, etwa Pakistan und die Türkei. Die „New York Times" vermerkte später süffisant: „Auf der Landkarte von Grass exi*stiert Afghanistan nicht*."

Das war am Dienstag. Am Donnerstag erregte Grass Susan Sonntag, die ebenfalls nie in den Verdacht geriet, rechtsradikal zu sein. Man unterhielt sich über Utopien. Grass lieferte den Diskussionsbeitrag: „Kapitalis*mus ist auch eine Utopie. Ist er besser* als der Kommunismus? Ich glaube nicht." Susan Sonntag: „Ich war überrascht. Ich kann nicht glauben, daß er das meint." Freitags folgte noch ein Grass-Disput mit dem peruanischen Schriftsteller Mario Vargas Llosa. Der Peruaner hatte gerade Gabriel Garcia Márquez kritisiert, den kolumbianischen Nobelpreisträger, weil dieser sich als „Kurtisane" Fidel Castros mißbrauchen ließe. Grass schritt zornig zum Mikrophon und verteidigte Garcia Márquez' politische Positionen. „Wenn man so über Kollegen redet, beginne ich alle Hoffnungen zu verlieren."

Wassili Axionow, der exilierte sowjetische Schriftsteller, der Gefängniserfahrungen in seiner alten Heimat sammeln konnte, sagte: „Das war nicht nur dieser Kongreß. Ich habe das schon öfters beobachtet. Die Westdeutschen versuchen die USA zum Sündenbock zu stempeln. Als wenn sie perfekt seien." Sein Eindruck von den Vereinigten Staaten: „Nach fünfeinhalb Jahren in diesem Land glaube ich, daß die USA ein Modell für die Demokratie sind."

Nach Ansicht vieler Teilnehmer war jenes Symposium am Mittwoch, das sich mit dem Schicksal inhaftierter Schriftsteller beschäftigte, die eindrucksvollste Veranstaltung. 441 Autoren sitzen im Gefängnis, 140 in Lateinamerika, 104 in Osteuropa, 89 in Asien, 39 in Afrika, 69 im Nahen Osten.

George Shultz hatte Buh-Rufe über sich ergehen lassen müssen. Der kontroverse Unesco-Direktor Amadou-Mahtar M'Bow, Verfechter der ebenfalls umstrittenen „neuen Informationsordnung" (Vargas Llosa: „Zensurbestimmungen") und Zielscheibe konservativer Kritiker, konnte dagegen einen Tag später ungestört reden. Norman Mailer schloß aus diesen Erfahrungen eine größere Toleranzschwelle der Konservativen. „Einer der Gründe, weshalb der Konservatismus floriert, ist die Meinung, die Linken würden zerstörend wirken." Mailer weiß, daß er Gefahr läuft, in Zukunft als reaktionärer Zeitgenosse *eingestuft zu werden*. Auch beim nächsten PEN-Kongreß. Der findet im Juni auf heimatlichem Terrain von Günter Grass statt, in Hamburg.

WERNER THOMAS

JOURNAL

Vaclav Havel: Zum Glück gibt es eine Parallelkultur

AFP, Prag

Die Existenz einer „Parallelkultur" hat die Tschechowlowakei vor einem „geistigen Biafra" bewahrt. Diese Ansicht äußerte der tschechoslowakische Dramatiker Vaclav Havel in einem AFP-Interview in Prag. Der 50jährige Schriftsteller und Mitbegründer der Bürgerrechtsbewegung Charta 77, dessen Stücke seit 17 Jahren in seiner Heimat nicht aufgeführt werden dürfen, erklärte sich gemäßigt optimistisch über die Zukunft der Literatur in seinem Land. Vor zehn Jahren habe es keine einzige Samisdat-Zeitschrift gegeben, heute seien es Dutzende. Die im Ausland gedruckten und unter der Hand verkauften Werke tschechoslowakischer Autoren fänden reißenden Absatz. Havel sagte ferner, er werde, aus Sorge, nicht in die ČSSR zurückkehren zu dürfen, auf eine Reise nach New York verzichten, wo im März sein in der Haft geschriebenes Stück „Largo Desolato" aufgeführt wird.

Finnische Zensurbehörde kassiert US-Film

AFP, Helsinki

Die finnische staatliche Zensur*behörde hat einen neuen amerika*nisch-finnischen Film aus politischen Gründen und wegen Gewaltszenen verboten. Nach Angaben der Zensurbehörde würde der Film die auswärtigen Beziehungen des Landes beeinträchtigen. Ge*meint ist damit offenbar der Nach*bar Sowjetunion. Der Film mit dem Titel „Born in America" (Regie hat der Finne Renny Harlin) handelt von Amerikanern, die illegal die finnisch-sowjetische Grenze überqueren und von sowjetischen Soldaten festgenommen werden.

Ruhrfestspiele erinnern an „Kohle für Kunst"

dpa, Recklinghausen

Mit mehr als 80 Programmpunkten – von der Shakespeare-Aufführung bis zum Flamenco-Fest, von der Kunstausstellung bis zum Sinfoniekonzert – warten die Ruhrfestspiele in Recklinghausen vom 1. Mai bis zum 27. Juni auf. Mit einem Schwerpunkt der Präsentation kultureller Glanzleistungen „made in Hamburg" will das Festival in seinem 40. Jahr an den Beginn im harten Nachkriegswinter 1946 erinnern, als die Bergleute von der Ruhr mit dem Deutschen Schauspielhaus in Hamburg Kohle gegen Theateraufführungen „tauschten".

Eine Schweigeminute für Andrej Sacharow

DW. Köln

Zu einer Schweigeminute für Andrej Sacharow am 22. Januar, dem 6. Jahrestag seiner Verbannung nach Gorki, haben die deutsche Menschenrechtsgesellschaft Kontinent sowie die Resistance International und das Vereinigte Komitee zur Rettung Sacharows in Paris das



M. Kepkas Plakat für Sacharow FOTO: LOENEBACH

Europäische Parlament und die Parlamente der KSZE-Signatarstaaten aufgerufen. Aus demselben Anlaß hat der Kölner Arzt Wolfgang *Grote ein Plakat in Auftrag* gegeben, das an Sacharows Schicksal erinnert (unser Bild). Es wurde von Miluše Kepka, einer aus der Tschechoslowakei emigrierten Künstlerin, gezeichnet. Das Plakat mit dem ironischen Motto „Lenin grüßt Sa*charow" kann kostenlos bei Dr.* Grote (Frohnhofweg 4, 5000 Köln 40) angefordert werden.

Ein Aids-Benefiz an der Pariser Oper

DW. Paris

Unter dem Ehrenpräsidium von Luc Montagnier, dem Entdecker des Aids-Virus am Pariser Pasteur-Institut, findet am 9. Februar in der Pariser Opéra ein großer Wohltätigkeitsbasar zur Bekämpfung von *Aids statt. Am Nachmittag* versteigert M. Tajan Lithographien und originale Entwurfszeichnungen von Architekten, Modeschöpfern etc. sowie Bühnen- und Kostümzeichnungen. Die Compagnie Alain Germain führt das Tanzstück „A l'ombre des anées en fleurs" auf, am Abend gibt Teresa Berganza ein Recital. Conférencier ist der Filmschauspieler Jean Claude Brialy.

Das Kabarett ist um eine Stimme leiser geworden

no, Bonn

Sammy Drechsel, der in Berlin geborene Kabarettist, ist gestern nach zwei Herzinfarkten in seiner Münchner Wohnung gestorben. Eigentlich hatte er Fußballer werden wollen, schon 1942 sah er sich aber auf der anderen Seite des Fußballfeldes als Sportreporter wieder. 1946 ging er als „Zeit- und Sensationsreporter" zum RIAS. Mitte der 50er Jahre schließlich – Drechsel hatte sich als Moderator diverser Fernsehsendungen einen Namen gemacht – kam er zum Kabarett. Zusammen mit Klaus Peter Schreiner und Dieter Hildebrandt gründete er die Studentenbühne „Die Namenlosen", die sich nach kurzer Zeit wieder trennten. Drechsel schwebte ein Ensemble der „großen vier H's" vor: Mit Ursula Herking, Oliver Hassencamp, Dieter Hildebrandt und Klaus Havenstein gründete er 1956 die „Münchner Lach- & Schießgesellschaft". Mit dem ersten



Sammy Drechsel ist tot. Er wurde 60 Jahre alt. FOTO: DPA

Programm „Denn sie müssen nicht, was sie tun" wurden bereits die Leitlinien des Brettls abgesteckt: Man wollte „journalistisches Kabarett" machen, Themen aufgreifen, die in der Presse nicht behandelt wurden.

Die große Zeit des Ensembles kam mit den TV-Übertragungen, die in der Rückschau als die hohe Zeit deutscher Nachkriegs-Kabarettskunst gelten. Ein paar Jahre lang war das Ensemble (inzwischen war die Herking durch Ursula Noack ersetzt worden; für Hassencamp waren Hans Jürgen Dietrich und Jürgen Scheller gekommen) fest abonniert auf den „Schimpf vor Zwölf" am Silvesterabend.

„Wenn Brandt wiedergewählt wird, wäre es ratsam, ganz aufzuhören", meinte Drechsel im September 1971. Ein Jahr später kam dann tatsächlich das „Aus" für die Münchner Kabarettisten. Erst 1976 rief er mit einem jungen Ensemble die „L&S" wieder ins Leben. Das jüngste Programm, „Jugend 'raus", sollte Drechsels letzte Regiearbeit werden.

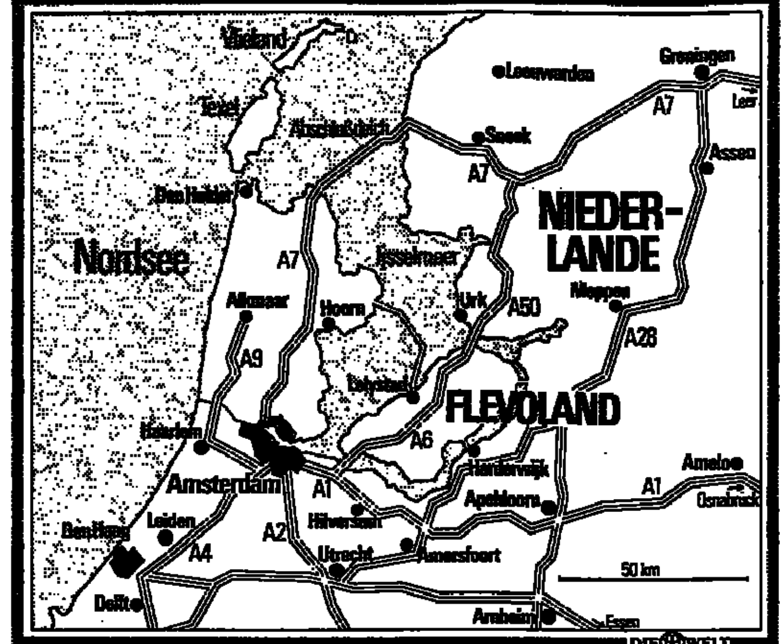
Sammy Drechsel war seit 1962 mit der Fernsehangerin Irene Koss verheiratet und galt als Mentor und Ziehvater eines der wichtigsten Kabaretts der Bundesrepublik Deutschland. Mit seinem Tod ist die ohnehin weitgehend öde Satire-Szene um eine wichtige Stimme leiser geworden.

Holland setzt weiterhin auf die stille Landgewinnung durch Eindeichung / Nach 50 Jahren Kampf wurde jetzt die 12. Provinz gewonnen

Flevoland – Festland, das aus dem Wasser kam

Nahezu unbemerkt ist unserem Nachbarn Holland ein weiteres Stück friedlicher Landgewinnung gelungen: Die wundersame und mühselige Umwandlung von Wasser in Land. Dieser Tage proklamierte Königin Beatrix den Distrikt Flevoland – das Festland, das aus dem Wasser kam – zur 12. Provinz.

K. T. / htz, Amsterdam





Almere-Haven: Neue Stadt auf neuem Land. Rechts das Herzstück, das Flevoland erst möglich machte. Der riesige Deich. FOTOS: DU MONT

Dazu war nur ein kleiner königlicher Handgriff nötig. Das Staatsoberhaupt fügte das im Maßstab nachgebildete Neuland auf die vor ihr stehende Magnetlandkarte der Niederlande ein, und schon war politisch und verwaltungstechnisch die 12. Provinz erstanden. Die Vorarbeiten freilich waren lang und mühselig.

Weit, fast unendlich wirkt die neu angelegte Polderlandschaft. Von einer „Schachbrettlandschaft" sprechen die Kritiker. Richtig daran ist, daß die ganze Region der schnurgeraden Straßen und rechteckigen Felder das Ergebnis arithmetischer Reißbrettplanung sind. Rund 90 000 Hektar ist Flevoland groß. Nur einige hunderttausend Menschen leben hier – buchstäblich auf dem Meeresgrund. Es ist weitgehend ein freier Raum geblieben, eine fast menschenleere Oase im ansonsten mit 400 Einwohnern pro Quadratkilometer dichtestbesiedelten Land Europas.

Geplant von dem genialen Wasserbauingenieur Cornelius Lely, bietet Flevoland vor allem den Einwohnern der nahegelegenen Hauptstadt Amsterdam Erholungs- und Siedlungsraum. Viele Amsterdamer sind bereits in die während der vergangenen Jahre aus dem Boden gestampften Retortenstädte Almere und Lelystadt umgezogen. Dabei hatte der Aspekt eines Naherholungsgebietes bei der Planung zu keinem Zeitpunkt eine Rolle gespielt. Aber das flache Land, über das die Stürme ungehemmt jagen, ist vor allem im Winter mit seinen zugefrorenen Wasserflächen für die schlittschuhbegeisterten Holländer zum Tummelplatz geworden.

Der Plan zur Neulandgewinnung in der birnenförmigen Zuidersee entstand im Ersten Weltkrieg, als in Holland die Nahrungsmittel knapp waren. In den 30er Jahren wurde die Zuidersee an ihrem engen Ausgang zur Nordsee durch einen 30 Kilometer langen, 10 Meter hohen und 90 Meter breiten Damm geschlossen. Ideen und Vorarbeiten stammen von Cornelius Lely, dem Ingenieur und späteren Minister für Wasserwirtschaft. In dieser Eigenschaft war er in den beneidenswerten Lage, für ein Projekt verantwortlich zu sein, für das er in seiner Eigenschaft als Ingenieur die Pläne erstellt hatte.

Aus der salzigen Meeresbucht entstand so der süße Binnensee Ijsselmeer. 1937 begann man mit der Trockenlegung der eingedeichten Gewässer. Dreißig Jahre später waren Milliarden Kubikmeter Wasser abgepumpt worden. Allein aus dem heutigen Ostflevoland saugten die Pumpwerke 1,5 Milliarden Kubikmeter Wasser ab. Und sie tun es immer noch. Danach wurde der Meeresgrund kultiviert, umgepflügt und bepflanzt.

Es werde Land – es ward Land. Das nächste Kapitel galt der Besiedlung. Bauern wurden gesucht, die den Meeresgrund im Laufe der Jahre in den Garten Hollands verwandeln sollten. Auch hier ging alles nach Plan, nach Gesetz sogar, das den Prototyp des Kolonisators festlegte: Nicht unter 25 Jahre und nicht über 55 Jahre alt durfte der Polderbauer sein, der zudem eine exzellente landwirtschaftlicher Ausbildung haben sollte. Auch hier zahlte sich die Planung aus. Das Land wurde zum Obst- und Gemüsegarten der einstigen Seefahrernation. Hier werden nunmehr pro Jahr Agrarprodukte im Werte von mehr als einer Milliarde Mark gewonnen, fast schon zu viel für die überproduzierende EG.

Aber damit ist der Lely-Landgewinnungsplanes immer noch nicht abgeschlossen. Noch steht die Einpolderung des Markerwaardmeers – heftig umstritten – zur Diskussion. Theoretisch kann sich Holland mit seiner 13. Provinz Zeit lassen. Hier läuft nichts davon. Welches Land kann so etwas von seinen Zukunftsplänen schon behaupten?

Bundesbank will 10-Mark-Münzen herausgeben

dpa, Hamburg

Bundesregierung und Bundesbank wollen offenbar noch in diesem Jahr eine Zehnmark-Münze prägen und in Umlauf bringen. Im Februar will das Bundeskabinett das Bundesgesetz, das bisher nur Münzen bis zu einem Wert von fünf Mark erlaubt, entsprechend ändern. Motiv und Größe des neuen Zehners, von dem zunächst 25 Millionen Stück in Umlauf kommen sollen, stünden noch nicht fest, hieß es. Ein Goldhauch soll das Zehnmark-Stück von der silbrigen Fünfmark-Münze unterscheiden helfen. Der Grund für die Einführung der neuen Münze dürfte die fortschreitende Automatisierung zum Beispiel beim Fahrscheinverkauf der öffentlichen Verkehrsmittel sein. Geräte, die mit Zehnmark-Scheinen gefüttert werden können, erwiesen sich in der Praxis als zu störanfällig.

Mordopfer identifiziert

dpa, Bonn

Die Leiche, die vor vier Tagen in der Nähe eines Rastplatzes an der Autobahn Köln-Bonn gefunden wurde, ist identifiziert. Es handelt sich bei dem Mordopfer um den 35jährigen Versicherungsvertreter Wilderich Freiherr von Rennenberg aus Wachtberg. Er wurde erdrosselt. Inzwischen hat die Polizei das Auto des Ermordeten gefunden. Mit diesem Wagen verursachte ein Unbekannter in Bonn einen Unfall und beging danach Fahrerflucht, vermutlich mit der Leiche an Bord.

Haft in freier Natur

rtr, Neu Delhi

Weil die Gefängniszellen im nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh mittlerweile überfüllt sind, werden immer mehr Häftlinge an Bäume gefesselt. Die indische Presseagentur PTI meldet, auf diese unkonventionelle Form der Verwahrung werde vor allem in ländlichen Gebieten zurückgegriffen. Sobald ein Zellenplatz freiwerden, würden die Sträflinge allerdings sofort wieder hinter die üblichen Gitter gebracht.

11,5 Millionen Patienten

dpa, Frankfurt

Jeder sechste Bundesbürger muß einmal pro Jahr zur ärztlichen Behandlung ins Krankenhaus. Insgesamt werden jährlich rund 11,5 Millionen Krankenhaus-Patienten registriert. Für sie stehen in mehr als 3100 Krankenhäusern rund 700 000 Betten zur Verfügung.

Verstärkt gegen Drogen

rtr, Bonn

Einen verstärkten Kampf gegen die Rauschgiftkriminalität hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann angekündigt. Im Bundeskriminalamt werde eine eigenständige Abteilung „Rauschgift", sagte er. Außerdem solle das Strafgesetzbuch so geändert werden, daß auch aus dem illegalen Drogengeschäft stammende Gewinne beschlagnahmt werden könnten.

Mild und regnerisch

dpa, Hamburg

Regen und Plus-Temperaturen ließen am Wochenende den „Schnee von gestern" zerrinnen. Das Tauwetter am Abend brachte Schneematsch und Hochwasser. Während die Wintersportler am Samstag noch auf ihre Kosten kamen, war im Harz bei Windböen mit 100 Stundenkilometern bald nur noch „Wasserski" möglich. Auch für die nächsten Tage rechnen die Meteorologen mit Regen, Wind und milden Temperaturen.

Knobelspiess frei

AFP, Paris

Einer der umstrittensten französischen Häftlinge, der Schriftsteller Robert Knobelspiess, ist wegen seines handfesten Alibis vom Vorwurf der Beteiligung an einem bewaffneten Raubüberfall freigesprochen worden. Das Gericht in Evry bei Paris verurteilte den 38jährigen jedoch wegen anderer Delikte wie zum Beispiel Autodiebstahl zu sechs Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft bereits abgegolten sind. Knobelspiess mußte sich wegen eines bewaffneten Überfalls auf einen Geldtransport im Mai 1983 verantworten, bei dem 20 Millionen Franc erbeutet wurden.

LEUTE HEUTE

Die gute Nachricht

Aufatmen in Camp David: An seinem Wochenend-Sitz erreichte **Ronald Reagan** das Ergebnis der Nachuntersuchung vom Freitag. Weder in den Gewebeproben des Dickdarms noch in denen der rechten Gesichtshälfte sind neue Krebszellen gefunden worden. Der Präsident – in wenigen Wochen wird er 75 – war im Juli an Darmkrebs operiert worden; später entfernten die Ärzte eine Wucherung aus seiner Nase.

Die schlechte Nachricht

Die Reihen der „Dallas"-Stammbesetzung lichten sich weiter; jetzt hat auch **Victoria Principal** genug. Zum Jahresende gibt sie ihre Rolle ab. Obwohl die Produzenten der Serie sie mit einer Aufstockung der Jahresgage (zuletzt umgerechnet 3,6 Millionen Mark) lockten, ließ „Pam" sich nicht überreden. Jetzt wolle sie eine bedeutende Filmschauspielerin werden, ließ die 36jährige wissen.



Hat Lady Di uns allen eine Nase gedreht?

Hat da jemand den richtigen Riecher gehabt? Lady Di, heißt es in einer Meldung, soll sich heimlich (ist das überhaupt noch erlaubt?) die Nase operiert haben lassen. Seither soll sie noch schöner, eben so makellos geworden sein, wie wir ihrer täglich ansichtig werden. 1982 soll das geschehen sein, kurz nach der Geburt ihres ersten Sohnes. Die Redaktion dieser Zeitung vermochte das kaum zu glauben. Sind Journalisten so schlechte Beobachter, ganz zu schweigen von den professionellen Lady-Di-Begleitern, den Hunderten von Fotografen? Also durchforsteten wir unser Foto-Archiv nach einem Bild der Lady vor der Operation (links) und einem nach derselben (rechts). Das Ergebnis präsentieren wir gern dem objektiven Urteil unserer Leser. (DW)

PS.: Alte Branchenhasen mit Lupe wollen tatsächlich links ein Höckerchen erblickt haben.

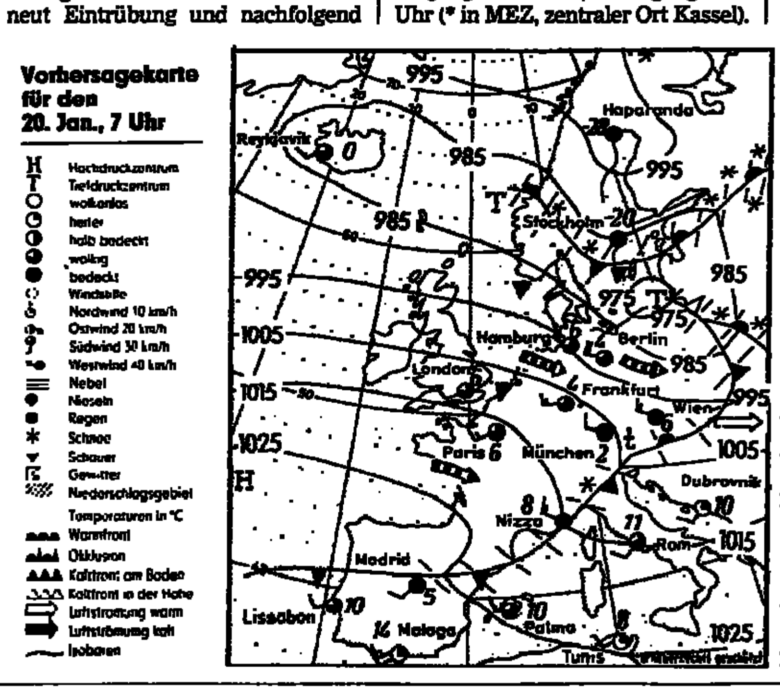
WETTER: Mild und regnerisch

Lage: Atlantische Tiefausläufer überqueren Deutschland in rascher Folge. Sie führen milde Meeresluft heran.

Vorhersage für Montag: Zunächst bei wechselnder Bewölkung einzelne Schauer, die im Flachland als Regen fallen und mit zunehmender Höhenlage in Schnee übergehen. Von Westen her bald abklingende Schauertätigkeit. Abends im Westen erneut Eintrübung und nachfolgend Durchzug eines Regengebietes. Tagestemperaturen 4 bis 8 Grad. Nachts keine nennenswerte Abkühlung. Mäßiger bis frischer, im Norden auch starker Wind.

Weitere Aussichten: Andauer des milden und regnerischen Wetters.

Sonnenaufgang am Dienstag: 8.15 Uhr*, Untergang: 16.52 Uhr; **Mondaufgang:** 12.30 Uhr, Untergang: 4.47 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:					
Berlin	5	R	Faro	15	he
Bielefeld	9	Sp	Florenz	7	bd
Braunlage	5	R	Genf	7	bw
Bremen	9	R	Helsinki	-13	S
Dortmund	9	R	Hongkong	22	bw
Dresden	7	R	Innsbruck	3	bw
Düsseldorf	10	R	Istanbul	4	bw
Erfurt	8	bd	Kairo	15	he
Essen	9	R	Klagenfurt	4	he
Feldberg/S.	3	R	Konstanza	-1	he
Flensburg	4	R	Kopenhagen	2	Ne
Frankfurt/M.	9	bd	Korfu	12	he
Freiburg	11	R	Las Palmas	20	he
Garmisch	5	bd	Leningrad	-22	he
Greifswald	3	R	Lissabon	10	he
Hamburg	7	R	Locarno	6	bd
Hannover	10	bd	London	11	R
Kahler Asten	4	R	Los Angeles	17	wl
Kassel	8	R	Luxemburg	8	R
Kempten	5	bd	Madrid	7	he
Kiel	4	R	Mailand	4	he
Koblenz	–	–	Malaga	16	he
Köln-Bonn	10	bd	Mallorca	15	bw
Konstanz	8	bd	Moskau	-16	bw
Leipzig	7	bd	Neapel	11	bw
List/Sylt	2	R	New York	–	–
Lübeck	5	R	Nizza	10	he
Mannheim	9	R	Oslo	-12	bw
München	8	R	Ostende	11	bd
Münster	10	R	Palermo	13	he
Norderney	7	bd	Paris	11	bd
Nürnberg	8	R	Peking	3	wl
Oberstdorf	3	R	Prag	5	R
Passau	5	R	Rhodos	9	he
Saarbrücken	8	R	Rom	9	bw
Stuttgart	9	R	Salzburg	4	R
Trier	9	R	Singapur	27	bw
Zugspitze	-4	Ne	Split	9	he
Ausland:			Stockholm	-11	S
			Straßburg	9	bd
			Tel Aviv	14	bw
			Tokio	12	Rs
Algier	17	he	Tunis	15	bw
Amsterdam	10	R	Valencia	17	he
Athen	13	he	Varna	1	bw
Barcelona	14	he	Venedig	8	he
Belgrad	5	he	Warschau	2	bd
Bordeaux	14	he	Wien	8	bd
Bozen	3	he	Zürich	9	bd
Brüssel	11	bd			
Budapest	4	bw			
Bukarest	1	he			
Casablanca	17	wl			
Dublin	4	Rs			
Dubrovnik	9	he			
Edinburgh	2	bw			

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Die Werteskala des Kandidaten Rau

WILM HERLYN, Wuppertal

Der Gefeierte gestand es freimütig ein: „Als ich hier bei meinem 40. Geburtstag den damaligen Ministerpräsidenten Heinz Kühn begrüßte, dachte ich bei mir – du liebe Güte, 55 Jahre ist er schon." Nun ist Johannes Rau selbst Ministerpräsident und auch 55 – Jahre, die auch Spuren hinterließen. „Mir geht manches unter die Haut." Inmitten von 350 Gratulanten fühlte er sich, noch von einer schweren Grippe geschwächt, sichtlich wohl, genoß die Sympathie von allen Seiten. Das ist sein Element: Harmonie, Gleichklang. Traditionell ist diese Feier schon im historischen Wuppertaler Engelshaus. Und sie ist wie ein Magnet, besonders zu Wahlkampfzeiten. Nur 1980 – da wurde im Land und später im Bund gewählt – sah man mehr Prominenz. Aber damals regierten die Sozialdemokraten ja auch noch in Bonn. Friedrich Nowottny kam als Heerführer einer reichlich vertretenen Schar öffentlich-rechtlicher Journalisten, aus Moskau mit Umweg über Bochum. In der sowjetischen Hauptstadt hatte er Verhandlungen geführt und freute sich spitzbübisch, daß er dort im Rang eines Ministers behandelt wurde („aber trotzdem war das Zimmer im Hotel kalt"). Am Spätnachmittag erhielt er die „Goldene Steuerschraube" in Bochum – noch wegen seiner Verdienste als Bonner WDR-Chef. Frau Gisela wartete schon.

Auffällig, daß viele Männer ihre Frauen vorgeschickt hatten: zum Beispiel Ilse Neuber, die sich von NRZ-Chefredakteur Jens Feddersen und seiner Frau Karin über die Abwesenheit ihres Mannes Friedel Neuber, Chef der Westdeutschen Landesbank, hinwegtrösten ließ. Neuber kam erst gegen 22.00 Uhr: die Neue Heimat hatte ihn aufgehalten. Kein Wunder – denn wenn der Konzern in Konkurs steht, stehen 700 Millionen Mark Kredite der WestLB auf dem Spiel – auch wenn sie hervorragend abgesichert sind, wie Banker verraten. Oder auch Wiltraut Lueg, die noch länger allein ausharren mußte – Ernst Dieter Lueg mußte erst seinen „Bericht aus Bonn" über den Äther schicken.

Wenn sich im Gedränge eine Stimme über die andere erhob, durfte man sicher sein, daß Burkhard Hirsch – neben Willi Weyer der einzige Liberale im Engelshaus – Bonmots über den FDP-Parteifeind Jürgen Möllemann verteilte: „Der ist nie in Gefahr, der hat doch immer einen Fallschirm um."

Jochen Vogel taute in der heiteren Atmosphäre schnell auf und hielt sich gerne in der Nähe von Willy Brandt und Frau Brigitte, dem zweiten Brennpunkt des Festes. Eine vierstellige Zahl an Glückwünschen habe er bekommen, erzählte Rau, drei Worte seien ihm besonders häufig aufgefallen: Gesundheit, Gelassenheit, Erfolg. „Und diese Reihenfolge ist mir auch die liebste."

ZU GUTER LETZT

„Live aus der Schwarzwaldklinik: Hackethal und Brinkmann operieren Boris Beckers Tennisarm." Vorschlag der WELT-Sportredaktion für eine Fernsehsendung mit endlich einmal 100 Prozent Einschaltquote.